

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Duisburg zum 31.12.2019

Inhaltsverzeichnis

I	Allgemeines	1
1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	1
2	Prüfauftrag	3
II	Grundsätzliche Feststellungen	4
1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters	4
2	Weitere grundsätzliche Feststellungen	8
III	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	9
1	Gegenstand der Prüfung	9
2	Art und Umfang der Prüfung	9
IV	Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung	11
1	Vorjahresabschluss	11
2	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	11
3	Internes Kontrollsystem (IKS)	13
4	Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz	16
5	Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen	54
6	Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen	56
7	Hinweise zum Anhang	58
8	Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände	59
9	Inventur, Inventar und Festwerte	60
10	Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage	61
V	Bestätigungsvermerk	65
	Anlagen	69
Anlage 1	Bilanz	69
Anlage 2	Anhang	69
Anlage 2.1	Anlagenspiegel	69
Anlage 2.2	Forderungsspiegel	69
Anlage 2.3	Eigenkapitalspiegel	69
Anlage 2.4	Rückstellungsspiegel	69
Anlage 2.5	Verbindlichkeitspiegel	69
Anlage 2.6	Ermächtigungsübertragungen	69
Anlage 3	Gesamtergebnisrechnung	69
Anlage 4	Gesamtfinanzrechnung	69
Anlage 5	Investitionsmaßnahmen 2019 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR	69
Anlage 6	Spiegel der Erträge und Aufwendungen je Organisationseinheit	69
Anlage 7	Ergebnisse je Organisationseinheit	69

Abkürzungsverzeichnis

AiB	Anlage im Bau
BauGB	Baugesetzbuch
DIG	Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH
DU-IT	Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH
DuSport	DuisburgSport
DVV	Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
EK	Eigenkapital
GEBAG	GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung NRW
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoBD	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
HGB	Handelsgesetzbuch
HSP	Haushaltssanierungsplan
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IKS	Internes Kontrollsystem
IMD	Immobilien-Management Duisburg
KAG	Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen
KomHVO NRW	Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
MHKBG	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
WBD-AöR	Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts

I Allgemeines

1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Die Haushaltssatzung 2019 ist mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltssanierungsplan (HSP) am 26.11.2018 (DS 18-0773/7 vom 22.11.2018) durch den Rat der Stadt verabschiedet worden. Sie wurde nach den Bestimmungen der §§ 78 bis 80 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) aufgestellt.

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Die Teilnahme an der Konsolidierungshilfe war für die Stadt Duisburg verpflichtend. Die pflichtig teilnehmenden Gemeinden mussten der Bezirksregierung bis zum 30.06.2012 einen vom Rat der Stadt beschlossenen HSP vorlegen, der einen Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der jährlichen Konsolidierungshilfe bis spätestens zum Jahr 2016 vorsieht. Der HSP ist jährlich fortzuschreiben.

Mit Bescheid vom 28.03.2019 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des HSP von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt. Die Genehmigung wurde dem Rat der Stadt zur Kenntnis gegeben (DS 18-0773/8 vom 02.04.2019).

In der Genehmigung wird festgestellt, dass die Planung der Ansätze für die wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Finanzplanungszeitraum und im darüber hinausgehenden Haushaltssanierungszeitraum bis 2021 u. a. den Orientierungsdatenerlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG NRW) grundsätzlich berücksichtigt, wobei auch ortsspezifische Entwicklungen zugrunde gelegt worden sind. Bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer ist weiterhin eine stabile Entwicklung zu verzeichnen. Der Ansatz der Schlüsselzuweisungen für 2019 entspricht der Modellrechnung. Für die Jahre 2020 bis 2022 sind die Schlüsselzuweisungen im Hinblick auf die Diskussion um die Anpassung des Gemeindefinanzierungsgesetzes vorsichtig kalkuliert worden. Bei den Aufwendungen sind nach wie vor die Bereiche Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferaufwendungen besonders zu beobachten. Das Risiko der Planungssicherheit im Haushaltssanierungszeitraum liegt bei der Stadt Duisburg. Sollten sich die Prognosen der Haushaltsplanung oder die geplanten Wirkungen der im HSP benannten Konsolidierungsmaßnahmen nicht realisieren lassen und die Ziele des HSP dadurch gefährdet werden, muss die Stadt entsprechende Kompensationsmaßnahmen ergreifen.

Aufgrund der Genehmigung der Bezirksregierung konnte die Haushaltssatzung gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW öffentlich bekannt gemacht werden (Ausgabe Nr. 9 des Amtsblattes für die Stadt Duisburg vom 04.04.2019). Als Folge unterlag die Haushaltsbewirtschaftung bis zum Jahresende 2019 nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW zur vorläufigen Haushaltsführung.

In § 1 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 sind folgende Beträge festgesetzt worden:

Ergebnisplan

• Gesamtbetrag der Erträge	1.911.498.211 EUR
• Gesamtbetrag der Aufwendungen (Überschuss)	1.908.591.687 EUR (2.906.524 EUR)

Finanzplan

• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.840.805.220 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.812.862.640 EUR
• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	113.717.000 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	142.706.000 EUR
• Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	430.375.100 EUR
• Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	431.460.000 EUR

Der in der Haushaltssatzung ausgewiesene Überschuss beträgt 2,907 Mio. EUR. Das Ergebnis brachte einen Überschuss von 36,166 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis ist im Wesentlichen auf höhere Schlüsselzuweisungen von 41,656 Mio. EUR und den gestiegenen Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer von insgesamt 13,196 Mio. EUR zurückzuführen. Erstmalig wurde im Berichtsjahr vom Land zur Unterstützung von Aufwendungen zum Abbau eines Investitions- und Sanierungsstaus sowie für weitere Unterhaltungsaufwendungen ein Betrag in Höhe von 2,078 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Dagegen sind bei der Gewerbesteuer Mindererträge in Höhe von 19,970 Mio. EUR zu verzeichnen.

Das Eigenkapital besteht nur noch aus der Sonderrücklage für Stiftungsvermögen (Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum). Mit dem Jahresüberschuss 2019 hat sich das auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesene negative Eigenkapital auf 322,389 Mio. EUR reduziert. Damit ist die Stadt Duisburg aber weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW bilanziell überschuldet.

2 Prüfauftrag

Die Stadt Duisburg hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres gemäß § 95 Abs. 1 GO NRW und § 38 Abs. 1 KomHVO NRW einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und der Maßgaben der KomHVO NRW aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 49 KomHVO NRW beizufügen.

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2019 (DS 20-0194 vom 31.03.2020) ist vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 15.06.2020 festgestellt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt (RPA) übersandt worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft nach § 59 Abs. 3 GO NRW den Jahresabschluss und bedient sich zur Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung. Der Jahresabschluss ist dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Duisburg vermittelt und ob die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzende ortsrechtliche Bestimmungen oder sonstige Satzungen beachtet worden sind. In die Prüfung des Jahresabschlusses ist die Buchführung einzubeziehen (§ 102 Abs. 3 GO NRW).

Zu prüfen ist weiterhin, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Duisburg vermittelt. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind (§ 102 Abs. 5 GO NRW).

Das RPA hat im Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses das Ergebnis der Prüfung in diesem Prüfbericht inklusive Bestätigungsvermerk zusammengefasst.

II Grundsätzliche Feststellungen

1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters

Der Lagebericht ist gemäß § 102 Abs. 5 GO NRW daraufhin zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind.

Der Lagebericht zum Jahresabschluss 2019 enthält folgende Kernaussagen zur Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg:

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Nr. 2, Seiten 3 - 5),
2. Jahresergebnis 2019 - Darstellung und Analyse (Nr. 3, Seiten 5 - 9),
3. Informationen zur Vermögens- und Schuldenlage (Nr. 4, Seiten 9 - 13),
4. Vorgänge von besonderer Bedeutung einschließlich einer Einschätzung der Chancen und Risiken (Nr. 5, Seiten 13 - 19),
5. Prognoseberichterstattung (Nr. 6, Seiten 19 - 21) und
6. Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf der Grundlage von Kennzahlen (Nr. 7, Seiten 21 - 26).

Der Inhalt des Lageberichtes entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen.

Jahresergebnis 2019, Vermögens- und Schuldenlage

Zunächst werden im Lagebericht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl weltweit als auch für den Euro-Raum und Deutschland beschrieben. Wie auch der Trend auf Bundesebene verringerte sich die Arbeitslosenquote in Duisburg um 0,2 % auf 10,4 % (Stand Dezember 2019).

Das Jahresergebnis 2019 mit einem Überschuss in Höhe von 36,166 Mio. EUR reduziert sich im Vergleich zum Vorjahr um 10,754 Mio. EUR. Gegenüber der Haushaltsplanung 2019 weist das Ergebnis eine Verbesserung in Höhe von 33,259 Mio. EUR aus. Das positive Jahresergebnis ist im Wesentlichen auf höhere Schlüsselzuweisungen von 41,656 Mio. EUR und den gestiegenen Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer von insgesamt 13,196 Mio. EUR zurückzuführen. Erstmalig wurde im Berichtsjahr vom Land zur Unterstützung von Aufwendungen zum Abbau eines Investitions- und Sanierungsstaus sowie für weitere Unterhaltungsaufwendungen ein Betrag in Höhe von 2,078 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Dagegen sind bei der Gewerbesteuer Mindererträge in Höhe von 19,970 Mio. EUR zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr übertrafen die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen um 41,317 Mio. EUR. Durch diese positive Ertragsentwicklung veränderte sich der Aufwandsdeckungsgrad, der anzeigt, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Allerdings

übertrafen im Berichtsjahr die Erträge die Aufwendungen nicht mehr in dem Maße wie im Vorjahr (55,182 Mio. EUR), sodass diese Kennzahl leicht von 103,11 % auf 102,25 % sank.

Der Lagebericht macht die anhaltend schwierige finanzielle Situation der Stadt Duisburg deutlich. Trotz des im Berichtsjahr erzielten Überschusses ist die Haushaltslage weiterhin kritisch und entbindet die Stadt nicht von weiteren erheblichen Sparbemühungen. Das Eigenkapital weist seit 2010 nur noch die Sonderrücklage aus. Auf der Aktivseite der Bilanz wird das negative Eigenkapital in Höhe von 322,389 Mio. EUR ausgewiesen. Damit ist die Stadt Duisburg weiterhin nach § 75 Abs. 7 GO NRW bilanziell überschuldet.

Mit dem Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) vom 09.12.2011 stellt das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Mit Bescheid vom 28.03.2019 wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung des HSP von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt (DS 18-0773/8 vom 02.04.2019). Somit konnte die Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 im Amtsblatt für die Stadt Duisburg am 04.04.2019 erfolgen. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung unterlag die Haushaltsbewirtschaftung nicht mehr den einschränkenden Vorschriften des § 82 GO NRW.

In der Prognoseberichterstattung wird auf die weitere Entwicklung des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ hingewiesen. Durch das positive Jahresergebnis konnte in 2019 wie bereits in den Jahren 2015 bis 2018 der Abbau dieses Postens fortgesetzt werden.

Die vom Rat der Stadt Duisburg beschlossene Eigenkapitalerhöhung bei der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) sowie das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ machten zusätzliche Kreditaufnahmen notwendig, sodass sich das Investitionskreditvolumen in 2019 um 4,779 Mio. EUR (Nettoneuverschuldung) auf 488,818 Mio. EUR erhöht hat. Die Erhöhung ist demnach auf die Deckung der Finanzierungsbedarfe für die vierte und letzte Zahlung der DVV-Kapitalerhöhung in Höhe von 24,359 Mio. EUR und auf eine Kreditaufnahme für das Projekt „Gute Schule 2020“ von 3,922 Mio. EUR zurückzuführen. Betrachtet man nur die Investitionstätigkeit der Stadt ohne die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV bzw. der Aufnahme des Kredites für das Förderprogramm „Gute Schule 2020“, ist wie in den Vorjahren eine Entschuldung - im Berichtsjahr um 23,503 Mio. EUR (Angabe im Anhang nicht korrekt) - festzustellen.

Die zur Aufrechterhaltung der Liquidität notwendigen Kredite haben sich zum Bilanzstichtag weiter verringert, und zwar um 124,500 Mio. EUR auf 1.222,900 Mio. EUR (Stand 31.12.2018: 1.347,400 Mio. EUR). Trotz der rückläufigen Entwicklung weist der Bilanzposten weiterhin einen sehr hohen Stand auf. Zu der Reduzierung dieser Kredite hat auch die Konsolidierungshilfe des Landes NRW beigetragen.

Sowohl Investitionskredite als auch Liquiditätskredite profitierten weiterhin vom niedrigen Zinsniveau. In der Prognoseberichterstattung werden hierzu die Risiken aus steigenden Zinssätzen beschrieben.

Die aus den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen resultierenden Wirkungen auf die Einnahme- und Ausgabesituation der Stadt Duisburg sind im Lagebericht zutreffend und nachvollziehbar beschrieben. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Duisburg wird ergänzend mit den Angaben im Anhang ausführlich dargestellt und analysiert. Er steht mit den bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation wird anhand der Kennzahlen in Abschnitt 7 des Lageberichtes deutlich gemacht.

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Abschnitt 5 des Lageberichts enthält neben den Vorgängen von besonderer Bedeutung auch die Darstellung der Chancen und Risiken.

Mit dem Stärkungspaktgesetz und dem damit vorgeschriebenen HSP wurden die beteiligten Gemeinden verpflichtet, den Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der jährlichen Konsolidierungshilfe bis 2016 zu erreichen. Seit dem Jahr 2017 nimmt diese Hilfe stufenweise bis zum Jahr 2020 ab. Ab dem Jahr 2021 ist der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe zu erreichen. Auch danach sind weitere Sparanstrengungen notwendig, um die Überschuldung (negatives Eigenkapital) und die erheblichen Liquiditätskredite weiter abzubauen.

Im Berichtsjahr ist die nach dem Stärkungspaktgesetz vorgesehene Konsolidierungshilfe in Höhe von 20,430 Mio. EUR (Vorjahr 31,029 Mio. EUR) an die Stadt gezahlt worden. Trotz dieser Kürzung konnte in 2019, wie bereits in den Jahren 2015 bis 2018, zum fünften Mal in Folge ein positives Jahresergebnis erreicht werden. Allerdings ist das Konsolidierungsziel weiterhin konsequent zu verfolgen, um im Jahr 2021 den Haushaltsausgleich ohne die Landeshilfe erreichen zu können. Zudem können die Sparbemühungen durch nicht steuerbare Entwicklungen, wie z. B. in dem Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft, negativ beeinflusst werden. Wie schon seit Jahren ist von besonderer Bedeutung, ob das anhaltend niedrige Zinsniveau im Bereich der Liquiditäts- und Investitionskredite weiter bestehen bleibt.

In diesem Abschnitt des Lageberichtes wird auch ausführlich auf die großen Aufwandsblöcke - Personal- und Sozialetat - eingegangen. Im Ergebnis betrugen die Personalaufwendungen im Berichtsjahr 395,761 Mio. EUR. Die mit Wirkung zum 01.01.2017 neu konzipierte HSP-Maßnahme „Konsolidierung Personalkosten zur Erwirtschaftung eines Einstellungs- und Ausbildungskorridors“ führte im Ergebnis zu einem Überschuss in Höhe von 6,047 Mio. EUR gegenüber der geplanten Entlastung bei den Personalkosten von 16,430 Mio. EUR in 2019. Die Entwicklungen und Perspektiven im Sozialetat (Zuschuss 2019: 237,299 Mio. EUR, Vorjahr: 233,411 Mio. EUR) werden, bezogen auf die wichtigsten Produkte, genannt. Insbesondere die Zahl der Pflegebedürftigen in Duisburg wird analog zum demografischen Wandel in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Damit einhergehend hat sich der Zuschussbedarf im Berichtsjahr für das Produkt „Hilfen bei Pflegebedürftigkeit“ gegenüber dem Vorjahr um 5,539 Mio. EUR erhöht. Die im

Vorjahresvergleich entstandenen Minderaufwendungen für das Produkt „Leistungen für Arbeitssuchende“, bedingt durch den weiteren Rückgang bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug des SGB II, ist positiv zu werten.

Weiterhin sind in diesem Abschnitt die trotz des engen Finanzierungsspielraums möglichen Projekte der Stadtentwicklung beispielhaft aufgeführt.

Die Haushaltssituation 2019 wird im Lagebericht zusammen mit den ergänzenden Ausführungen im Anhang durch ausführliche Darstellungen der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen dargelegt. Chancen und Risiken im gesamtwirtschaftlichen Umfeld sind hinreichend dargestellt. Von höchster Priorität ist, die in den nächsten Jahren geplanten Haushaltsausgleiche auch im Ergebnis zu erreichen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung im Zusammenhang mit der Sars-CoV-2-Pandemie werden für die Kernverwaltung massive Herausforderungen entstehen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Ertragslage der Stadt Duisburg (insbesondere auf die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und der Erträge aus der Gewerbesteuer) sind zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Im Abschnitt 5.5 des Lageberichtes (Seiten 18 - 19) sind die Chancen und Risiken bezogen auf die Beteiligungen ausführlich dargestellt. Neben den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen werden insbesondere die maßgeblichen Gesellschaften Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH mit ihren Beteiligungsgesellschaften Stadtwerke Duisburg AG und Duisburger Verkehrsgesellschaft AG sowie die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH betrachtet.

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Annahmen, der geprüften Unterlagen sowie der im Rahmen dieser Prüfung durchgeführten Analysen, ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung zur Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Darstellungen und Beurteilungen der Lage vermitteln insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Duisburg. Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Stadt Duisburg sind zutreffend dargestellt.

2 Weitere grundsätzliche Feststellungen

Vorlage des Jahresabschluss-Entwurfes 2019

Gemäß § 95 Abs. 5 GO NRW ist der vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses und des Lageberichtes innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat der Stadt zur Feststellung zuzuleiten. Für den Entwurf des Jahresabschlusses 2019 sowie des Lageberichtes (DS 20-0194 vom 31.03.2020) erfolgte die Feststellung durch Beschluss in der Sitzung des Rates der Stadt am 15.06.2020.

Sonstige Feststellungen und Empfehlungen

Die Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg wurde im Berichtsjahr unter Beteiligung des RPA modifiziert. Insbesondere sind die neuen Vorschriften des 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes NRW ergänzt bzw. aufgenommen worden. Das Regelwerk ist zum 01.12.2019 in Kraft getreten.

Zur Unterstützung der Finanzbuchhaltung wurde zum 01.01.2014 ein zentrales SAP-Management beim Hauptamt (Amt 10) eingerichtet. Um den gesamtstädtischen Lizenzeneinsatz zu optimieren, wurden bereits im Jahr 2017 erste Überprüfungen initiiert. Ziel ist es, dass Geschäfts- und Genehmigungsprozesse möglichst medienbruchfrei gestaltet werden können. Dazu ist es notwendig, über eine ausreichende Anzahl von „Professional User-Lizenzen“ zu verfügen. Der Vorteil dieser Lizenzen besteht darin, dass sie verfahrensübergreifend von einer Person in Genehmigungsprozessen genutzt werden können.

Im SAP-Lizenzumfeld wurden daher in 2019 weitere „Professional User-Lizenzen“ beschafft. Sie sollen insbesondere dazu genutzt werden, die Digitalisierung von Arbeits- und Genehmigungsprozessen voranzutreiben.

Im Berichtsjahr wurde die ursprünglich geplante Umstellung der SAP-Datenbankserver auf das Linux-Betriebssystem noch nicht realisiert. Die Projektleitung geht davon aus, dass dieser Zeitrückstand noch aufgeholt werden kann. Hinzu kommt, dass die SAP SE die Wartungs- und Serviceunterstützung des bisherigen R/3-Systems, auch wegen der Komplexität der Umstellungsarbeiten, von denen fast alle kommunalen SAP-Anwender betroffen sind, bis 2027 verlängert hat.

Das RPA wird die erforderlichen Umstellungsarbeiten weiterverfolgen und den Rechnungsprüfungsausschuss zu gegebener Zeit informieren.

III Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung ist der Jahresabschluss 2019 mit seinen in § 95 GO NRW und § 38 KomHVO NRW aufgeführten Bestandteilen. Danach besteht der Jahresabschluss aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht nach § 49 KomHVO NRW beizufügen. In die Prüfung wurde die Buchführung einbezogen (§ 102 Abs. 3 GO NRW).

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2019 und des Lageberichtes wurde vom Rat der Stadt festgestellt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss übersandt. Nach § 59 Abs. 3 GO NRW und § 4 Abs. 2 Buchstabe b der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses der örtlichen Rechnungsprüfung.

2 Art und Umfang der Prüfung

Der Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2019 wurde nach den Vorschriften der im Jahr 2019 gültigen Gesetze und Rechtsverordnungen aufgestellt. Durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW (2. NKFVG NRW) erfolgte zum 01.01.2019 eine umfangreiche Gesetzesänderung. Davon besonders betroffen sind die Vorschriften in der GO NRW. Mit Rundschreiben des MHKBG NRW vom 15.02.2019 wurde klargestellt, dass die Vorschriften zum Prüfungsmaßstab erstmals auf den zum 31.12.2019 zu erstellenden Jahresabschluss anzuwenden sind.

Weiterhin wurde zum 01.01.2019 die Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) durch die Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) ersetzt. Die gesetzlichen Regelungen der KomHVO NRW wurden demnach erstmalig für die Aufstellung und Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses 2019 angewendet.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfansatzes wurden zunächst eine Prüfstrategie entwickelt und anschließend die Prüfungsschwerpunkte festgelegt. Die Prüfung der einzelnen Bilanzposten wurde von verschiedenen Prüfteams des RPA durchgeführt, während die Prüfung der Teilrechnungen Aufgabe der zuständigen Fachprüfer*innen war.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Die formelle und materielle Beachtung und Anwendung der Vorschriften des 2. NKFVG NRW und der GO NRW sowie der KomHVO NRW,
- das Interne Kontrollsystem (IKS),
- die Ordnungsmäßigkeit der Belege und
- die ausreichende Dokumentation in der Buchführung.

Die drei letztgenannten Schwerpunkte unterliegen generell mit unterschiedlicher Intensität besonderer Aufmerksamkeit bei der Prüfung des Jahresabschlusses.

Bei der Durchführung der Prüfung wurden die Vorschriften der GO NRW, der KomHVO NRW und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Für weitergehende Fragestellungen wurden auch das Handelsgesetzbuch (HGB) und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen in die Prüfhandlungen mit einbezogen. Die Prüfung und Berichterstattung zum Jahresabschluss 2019 orientierte sich an interkommunalen Standards und Checklisten.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit hinreichender Sicherheit erkannt werden, insbesondere wesentliche Schwächen des IKS bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Die Prüfung erfolgte überwiegend in Stichproben sowie durch System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelprüfungen. Die Prüfung wurde teilweise begleitend zur Erstellung des Jahresabschlusses durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Arbeitspapieren des RPA ausführlich dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen lediglich eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

Im Rahmen des gemäß § 102 Abs. 3 GO NRW formulierten Prüfauftrages ist die Einhaltung der für den Jahresabschluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzende ortsrechtliche Bestimmungen oder sonstige Satzungen sowie die Beachtung der GoB geprüft worden.

Die Prüfung wurde in den Monaten April bis Juni 2020 durchgeführt.

IV Erläuterungen und Feststellungen zur Rechnungslegung

1 Vorjahresabschluss

Der Jahresabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2018 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt (DS 19-1131 vom 07.10.2019).

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 25.11.2019 den Jahresabschluss 2018 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt und dem Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2018 die Entlastung erteilt. Weiterhin hat er beschlossen, dass der Jahresüberschuss in Höhe von 46.919.814,89 EUR mit dem auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Bilanzposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ zu verrechnen ist (DS 19-0180/1 vom 13.11.2019).

Der vom Rat der Stadt festgestellte Jahresabschluss 2018 wurde der Bezirksregierung Düsseldorf gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW am 29.11.2019 angezeigt.

2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Für die Beurteilung der ordnungsmäßigen Buchung der Geschäftsvorfälle wurden die für Gemeinden vorgeschriebenen gesetzlichen Regelungen, örtlichen Richtlinien, das Kontierungshandbuch der Stadt Duisburg und der Duisburger Kontenplan herangezogen.

Nach § 104 Abs. 1 Ziffer 1 GO NRW gehört die laufende Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung ebenfalls zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses. Für das Ablagesystem der buchungsbegründenden Unterlagen sind die Regelungen in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ und in der „Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg“ zu beachten.

Die Vorschrift des § 28 der KomHVO NRW legt fest, dass alle Geschäftsvorfälle unter Beachtung der GoB in den Büchern klar ersichtlich und nachprüfbar aufzuzeichnen sind. Die Eintragungen in die Bücher müssen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet vorgenommen werden, sodass die Geschäftsvorfälle in ihrer Entstehung und Abwicklung nachvollziehbar sind. Den Buchungen sind Belege zu Grunde zu legen (begründende Unterlagen), durch die der Nachweis der richtigen und vollständigen Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu erbringen ist. Die Buchungsbelege müssen Hinweise enthalten, die eine Verbindung zu den Eintragungen in den Büchern herstellen. Entsprechende gesetzliche Regelungen gibt es auch zur Archivierung. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung werden Belege sowohl von der Finanzbuchhaltung als auch von den Fachbereichen eingesehen und geprüft. Insbesondere werden zur Abstimmung der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den verbundenen Unternehmen, den Beteiligungen, der Sondervermögen und der Kernverwaltung Saldenbestätigungen von der Finanzbuchhaltung angefordert und geprüft.

Außerdem sind die „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff“ (GoBD) zu beachten. Die hier beschriebenen Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten sowie der Datenzugriff sind in der „Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg“ berücksichtigt worden.

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene IKS, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenrahmen entspricht den gesetzlichen Anforderungen gemäß § 28 Abs. 7 KomHVO NRW und dem vorgegebenen Kontenrahmen des MHKBG NRW.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung abgeleitet.

3 Internes Kontrollsystem (IKS)

3.1 Interne Kontrollmechanismen im Zuge der Jahresabschlusserstellung

Interne Kontrollmechanismen beschreiben systematisch gestaltete aufbau- und ablauforganisatorische (Sicherungs-) Maßnahmen und Kontrollen zur Einhaltung von Richtlinien und zur Abwehr von Schäden, die unbeabsichtigt oder bewusst durch das eigene Personal bzw. Dritte verursacht werden können. Richtlinien wie Dienstanweisungen sind als verschriftlichte Grundlage selbst ebenso Bestandteil interner Kontrollsysteme. Die Abdeckung IT-relevanter Risiken ist gleichermaßen über interne Kontrollmechanismen sicherzustellen.

Der Grad der Notwendigkeit verschiedener Kontrollmechanismen je Aufgaben- bzw. Organisationsbereich richtet sich nach der Komplexität der jeweiligen Aufgabe und dem Ziel der Aufgabe.

Der Jahresabschluss soll diesbezüglich als prioritäres Ziel unter Beachtung der GoB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln (§ 95 Abs. 1 Satz 4 GO NRW). So ist im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses durch die örtliche Rechnungsprüfung analog zu untersuchen, ob die notwendigen IKS-Instrumente vor dem Hintergrund der formulierten Zielsetzung und hinsichtlich des zugrundeliegenden Rechnungslegungsprozesses eingerichtet sind und in ihrer materiellen Umsetzung greifen, um Gefährdungen bzw. das Wirksamwerden von Risiken in der Jahresabschlusserstellung ausschließen zu können. Die örtliche Rechnungsprüfung hat diesbezüglich gemäß § 59 Abs. 3 Satz 3 GO NRW über wesentliche Schwächen des IKS bezogen auf den Rechnungslegungsprozess zu berichten.

3.2 Aufbauorganisatorische Aspekte und ihre prozessualen Auswirkungen

Die Stadt Duisburg arbeitet nach dem System der dezentralen Haushaltsbewirtschaftung. Hierbei bedarf es in Hinblick auf die Rechnungslegung verschiedener dokumentierter Verfahrensabläufe, um bereits unterjährig und somit vorbereitend für den Jahresabschluss im Zusammenspiel zwischen den Fachbereichen und den rechnungslegenden Stellen (Ämter 20 und 21) einheitlich nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung agieren zu können. Der folgende Auszug zeigt eine Auswahl diverser Dienstanweisungen und Richtlinien der Stadt Duisburg zur Rechnungslegung:

- Dienstanweisung für den Aufgabenbereich der Finanzbuchhaltung und der Zahlungsabwicklung der Stadt Duisburg (Dezember 2007)
- Richtlinie für die Zahlungsabwicklung (November 2017)
- Kontenplan und Kontierungshandbuch der Stadt Duisburg zum NKF (laufend)
- Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg (Februar 2014)
- Richtlinie über die Behandlung von Geschäftsvorfällen der Kreditorenbuchhaltung (Juni 2018)
- Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen (August 2015)
- Richtlinie zur Verfolgung von Forderungen (Januar 2011)
- Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg (Dezember 2019)
- diverse Inventurrichtlinien für das Anlagevermögen der Stadt Duisburg

Für die Prozesse in der Jahresabschlusserstellung gelten weitere jährlich wiederkehrende schriftliche Verfügungen (Jahresabschlussverfügungen, Einzelverfügungen), um notwendige Informationen zentral bei den übergeordneten rechnungslegenden Stellen zu bündeln bzw. zusammenzufügen. Für den Jahresabschluss 2019 gelten folgende Verfügungen:

- Jahresabschlussverfügung 2019 des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-1) vom 18. Oktober 2019
- Verfügung 2019 des Dezernates für Finanzen, Beteiligungen und Europaangelegenheiten (Dezernat I) vom 8. November 2019
- Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019, Bewertung von Forderungen, Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-10) vom 18. Oktober 2019
- Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019, Bildung von Rückstellungen, Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-10) vom 18. Oktober 2019
- Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019, Abgrenzung jahresübergreifender Zahlungen, Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21-10) vom 18. Oktober 2019

Durch die Einzelverfügungen („Durchführung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019“) werden die Fachbereiche aufgefordert, der Finanzbuchhaltung beim Amt 21 die erforderlichen fachamtsspezifischen Informationen zu bilanzrelevanten Komponenten im Rahmen des Jahresabschlusses innerhalb einer im „Jahresabschlussterminplan 2019 der Stadt Duisburg“ gesetzten Frist zu übermitteln.

3.3 Dienstanweisungen, Richtlinien und Verfügungen vor dem Hintergrund des 2. NKFVG NRW

Im Zuge dieser Prüfung lag der Schwerpunkt auf der Überprüfung der Auswirkungen der ab 2019 geltenden Vorgaben aus der 2. NKF-Novellierung auf die einschlägigen städtischen Regelwerke. In einer risikoorientierten Auswahl wurden die folgenden Regelwerke einer genaueren prüferischen Betrachtung unterzogen. Die Überprüfung umfasste formale als auch materielle Eigenschaften. Die Auswahl begründet sich durch das Prüfziel der Betrachtung einer bestmöglichen Zusammenstellung von übergeordneten und nicht nur einzelthemenspezifischen Regelwerken im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses im System einer dezentralen Haushaltsausführung.

- Kontenplan und Kontierungshandbuch der Stadt Duisburg zum NKF
- Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg
- Jahresabschlussrichtlinie der Stadt Duisburg
- Jahresabschlussverfügung und Einzelverfügungen (betrachtet als Paket)

Der Überprüfung des Kontierungshandbuchs der Stadt Duisburg kam hierbei eine signifikante Rolle zu, da dieses zentraler Bestandteil und maßgebende Grundlage für die Fachbereiche im Zuge der Umsetzung der dezentralen Haushaltsbewirtschaftung ist. Weitere den spezifischen Erfordernissen entsprechende

notwendige fachbereichsinterne Kontierungshilfen blieben bei der Betrachtung außen vor.

Formale Prüffeststellungen

Es sind keine wesentlichen Mängel festzustellen.

- (1) Das Kontierungshandbuch, welches mit Stand für den Jahresabschluss 2019 ff. bindend ist, erfordert eine redaktionelle Änderung der Gesetzesgrundlage GemHVO NRW auf die 2019 in Kraft getretene KomHVO NRW. Selbiges gilt für die Richtlinie über die Aufbewahrung von Unterlagen des Rechnungswesens der Stadt Duisburg.
- (2) Die weiteren in dieser Prüfung untersuchten Regelwerke haben die unter (1) dargelegte erforderliche redaktionelle Anpassung für den Jahresabschluss 2019 erfahren.

Materielle Prüffeststellungen

Die Überprüfungen ergaben, dass die Inhalte der sonstigen überprüften Regelwerke mit den gesetzlichen Grundlagen in den ausschlaggebenden Elementen übereinstimmen und die wesentlichen Änderungen der 2. NKF-Novellierung enthalten sind (u. a. Wirklichkeitsprinzip, Komponentenansatz). Die relevanten Verfahrensabläufe sind hinreichend beschrieben.

Alle weiteren Anweisungen und Richtlinien, die nicht Teil der risikoorientierten Auswahl in dieser Prüfung waren und noch keiner formalen sowie inhaltlichen Anpassung hinsichtlich der 2. NKF-Novellierung unterzogen wurden, sind mit jeweils nächster Änderung betreffend der Angaben zu den gesetzlichen Grundlagen zu korrigieren bzw. zu ergänzen.

3.4 IT-relevante Aspekte

Bei DV-gestützten Buchhaltungssystemen bedarf es ferner weiterer IT-Sicherungsmechanismen. Es ist festzustellen, dass die notwendigen Begrenzungs- und Sicherungsmechanismen für den mit der Jahresabschlussaufstellung betrauten Personenkreis über entsprechende Rollenberechtigungen im Buchführungssystem SAP eingerichtet und hinterlegt sind.

4 Feststellungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Der Jahresabschluss wurde auf der Basis der rechtlichen Grundlagen und im Wesentlichen unter Beachtung der geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften aufgestellt. Die Bilanzgliederung entspricht den Vorgaben des § 42 KomHVO NRW. Die Nummerierung der Feststellungen orientiert sich an dem vorgelegten Bilanzentwurf.

AKTIVA

1 Anlagevermögen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	4.499.441.383,27 EUR	4.525.005.840,01 EUR

Im Anlagevermögen sind die gemeindlichen Vermögensgegenstände anzusetzen, die von der Gemeinde nicht nur vorübergehend für ihre Aufgabenerfüllung gehalten werden. Sie sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde zu dienen.

Gemäß § 45 Abs. 3 KomHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Anlagenspiegel nach § 46 KomHVO NRW beizufügen. Im Anlagenspiegel ist die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens darzustellen.

Der vorgelegte Anlagenspiegel (Anlage 2.1 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der KomHVO NRW vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) verbindlichen Muster. Um den Spiegel noch übersichtlicher zu gestalten, wurde er um Zwischensummen erweitert. Die im Anlagenspiegel enthaltenen Werte stimmen mit den Werten der Bilanz zum 31.12.2019 überein.

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	600.875,97 EUR	733.612,78 EUR

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Vermögenswerte des Anlagevermögens, die körperlich nicht fassbar sind. Hierzu gehören im Wesentlichen Konzessionen, Lizenzen und DV-Software. Eine Aktivierung kann gemäß § 44 Abs. 1 KomHVO NRW nur erfolgen, wenn immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworben wurden und sie selbstständig bewertungsfähig sind.

Der Bilanzwert zum 31.12.2019 setzt sich wie folgt zusammen:

Konzessionen, Nutzungsrechte	0,000 Mio. EUR
Lizenzen	0,173 Mio. EUR
DV-Software	0,428 Mio. EUR

Gegenüber dem Jahresabschluss 2018 hat sich der Bilanzansatz um 0,133 Mio. EUR verringert.

Der Bilanzwert für Lizenzen ist um 0,115 Mio. EUR und der Wert für DV-Software um 0,018 Mio. EUR gesunken, da den Anlagenzugängen (z. B. die Anschaffung und Aktivierung einer neuen Vollstreckungssoftware für das Amt für Rechnungswesen und Steuern, Amt 21) höhere Abschreibungen gegenüberstanden.

1.2 Sachanlagevermögen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	2.710.557.209,68 EUR	2.733.435.450,30 EUR

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 22,878 Mio. EUR verringert.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit beschränkt sich die Aufschlüsselung in den folgenden Bilanzposten überwiegend auf Abschreibungen sowie Zu- und Abgänge.

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	405.588.976,91 EUR	406.268.041,58 EUR

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine Gebäude befinden. Innerhalb dieses Bilanzpostens erfolgt eine Unterteilung in Grünflächen (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen), Ackerland (landwirtschaftlich genutzte Flächen der Gemeinde ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen), Wald und Forsten (der im gemeindlichen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) sowie sonstige unbebaute Grundstücke (andere, nicht unter den zuvor genannten Punkten aufgeführte Grundstücke, z. B. unbebaute Bau- oder Gewerbegrundstücke).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der bilanzierte Wert um 0,679 Mio. EUR verringert.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 4,746 Mio. EUR. Demgegenüber wirken sich Abgänge in Höhe von 3,484 Mio. EUR sowie Abschreibungen von 1,941 Mio. EUR wertmindernd auf den Bilanzansatz aus.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	20.070.221,06 EUR	20.667.468,75 EUR

Unter diesem Bilanzposten werden neben einigen Forsthäusern in erster Linie Sportanlagen (z. B. Eissporthalle) erfasst, da das Immobilienvermögen grundsätzlich nicht bei der Kernverwaltung, sondern bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD bilanziert wird.

Der Wert hat sich im Jahresverlauf um 0,597 Mio. EUR verringert. Den Abschreibungen in Höhe von 1,277 Mio. EUR stand die Aktivierung der KIDU Maßnahme „05500 - Neubau eines Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Ahrstraße“ in Höhe von 0,680 Mio. EUR gegenüber.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	2.077.299.294,50 EUR	2.114.060.024,65 EUR

Dieses Vermögen umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion der örtlichen Infrastruktur dienen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 36,761 Mio. EUR verringert.

Zugänge und Umbuchungen summieren sich auf 28,869 Mio. EUR. Die korrespondierenden Einzelmaßnahmen sind hierbei sehr zahlreich. Der größte Anteil fällt mit 25,782 Mio. EUR in den Bereich der Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen.

Demgegenüber verringerte sich der Bilanzansatz durch Abschreibungsaufwand. Dieser bewegt sich mit 60,444 Mio. EUR über Vorjahresniveau (59,956 Mio. EUR).

Die Abgänge im Berichtsjahr betragen insgesamt 5,185 Mio. EUR. Auch hier entfallen die maßgeblichen Beträge auf zahlreiche Einzelmaßnahmen, überwiegend im Bereich der Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen (4,755 Mio. EUR).

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Es sind keine Bauten auf fremdem Grund und Boden vorhanden.

1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	17.818.589,80 EUR	17.818.589,80 EUR

Diesem Bilanzposten sind Vermögensgegenstände zuzuordnen, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt.

Hierzu gehören die musealen Sammlungen des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt und des ehemaligen Museums Haus Königsberg, die Plastiken im Freien, der Bestand der Kunstwerke Duisburger Künstlerinnen und Künstler, die Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek sowie archäologische Ausgrabungsfunde. Ein weiterer Bestandteil sind nicht als Gebäude genutzte Bau- und Bodendenkmäler.

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	14.711.538,74 EUR	16.285.475,83 EUR

Bei diesem Bilanzposten werden alle Maschinen und technischen Anlagen, die für die Leistungserstellung durch die Stadt erforderlich sind, erfasst. Hierzu gehören u. a. Arbeitsmaschinen, Messgeräte oder Nachrichten- und Leitstellentechnik. Auch sämtliche Betriebsvorrichtungen, wie beispielsweise Notstromaggregate oder Klimaanlage, werden hier aktiviert, wenn sie selbstständig bewertungsfähig sind. Darüber hinaus werden hier die Fahrzeuge der Kernverwaltung abgebildet.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2019 wie folgt zusammen:

Nachrichtentechnik, Kabelnetze	1,239 Mio. EUR
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	2,627 Mio. EUR
Fahrzeuge	10,845 Mio. EUR

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert um 1,574 Mio. EUR verringert.

Der Bilanzwert für die Nachrichtentechnik und die Kabelnetze hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,046 Mio. EUR erhöht, da den Abschreibungen höhere Anlagenzugänge (z. B. Erweiterungen für das Sirensystem der Feuerwehr, Amt 37) gegenüberstehen. Der Wert für die sonstigen technischen Anlagen und Maschinen ist um 0,662 Mio. EUR gesunken, da den Anlagenzugängen höhere Abschreibungen gegenüberstehen. Aus dem gleichen Grund hat sich auch das Anlagevermögen der Fahrzeuge um 0,958 Mio. EUR verringert, obwohl u. a. ein neues Einsatzleitfahrzeug für die Feuerwehr (0,771 Mio. EUR) aktiviert wurde.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	68.050.683,01 EUR	68.593.987,81 EUR

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören alle Vermögensgegenstände, die dem allgemeinen Geschäftsbetrieb der Stadt dienen. Hierzu zählen u. a. Einrichtungsgegenstände von Büros und Klassenräumen, Werkzeuge oder Musikinstrumente. Darüber hinaus sind auch fachspezifische Ausstattungen zu erfassen, wie beispielsweise Löschgeräte für die Feuerwehr oder Spielsachen in Kindertageseinrichtungen.

Ein Teil der Vermögensgegenstände ist einzeln erfasst und bewertet worden. Für den überwiegenden Teil sind Festwerte auf Grundlage des § 29 Abs. 1 Ziffer 1 KomHVO NRW gebildet worden, beispielsweise für das Büro- und Schulmobiliar, für die Lehr- und Unterrichtsmittel bei den Schulen oder für den Medienbestand der Stadtbibliothek.

Der Bilanzwert setzt sich zum 31.12.2019 wie folgt zusammen:

Einrichtung in Schulen	36,064 Mio. EUR
Einrichtung in Kindertageseinrichtungen	6,790 Mio. EUR
Einrichtung der Feuerwachen und	
Beladung der Feuerwehrfahrzeuge	5,464 Mio. EUR
Medienbestand der Stadtbibliothek	4,583 Mio. EUR
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	15,149 Mio. EUR

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzwert um 0,543 Mio. EUR verringert, da den Anlagenzugängen höhere Abschreibungen und Abgänge gegenüberstehen.

Die Zugänge beziehen sich vornehmlich auf Beschaffungen der Feuerwehr (z. B. mobile Fahrzeugsperre zum Anschaffungspreis von 0,143 Mio. EUR, Beatmungsgeräte im Gesamtwert von 0,116 Mio. EUR oder Atemluft-Hochdruck Kompressor im Wert von 0,027 Mio. EUR). Demgegenüber erfolgte eine Verringerung der feuerwehr-technischen Festwerte um 0,183 Mio. EUR aufgrund des Inventurergebnisses.

Alle Geschäftsvorfälle, die Auswirkung auf den mengenmäßigen oder wertmäßigen Bestand des Anlagevermögens haben, werden durch die Anlagenbuchhaltung laufend im System erfasst. Das Verfahren ist in der Geschäftsanweisung der Anlagenbuchhaltung für das bewegliche Anlagevermögen geregelt.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	107.017.905,66 EUR	89.741.861,88 EUR

Unter diesem Bilanzposten werden u. a. Anzahlungen aktiviert, die eine Vorausleistung der Stadt Duisburg auf den Kaufpreis für das Sachanlagevermögen darstellen. In diesen Fällen wurde eine Zahlung geleistet, ohne bereits in den Besitz des Vermögensgegenstandes gekommen zu sein. Nach Erfüllung des Rechtsgeschäftes ist der als geleistete Anzahlung eingestellte Betrag entsprechend seiner Verwendung umzubuchen.

Anlagen im Bau (AiB) bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen ab. Zu erfassen sind Auszahlungen für die Herstellung, die Erweiterung oder eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung eines Vermögensgegenstandes. Bei endgültiger Fertigstellung bzw. Betriebsbereitschaft werden die summierten Herstellungskosten auf die endgültige Anlage nach der Vermögensverwendung umgebucht.

Der ausgewiesene Wert dieses Bilanzpostens hat sich im Laufe des Jahres von 89,742 Mio. EUR um 17,276 Mio. EUR auf 107,018 Mio. EUR erhöht. Neben Zugängen in Höhe von 43,174 Mio. EUR gab es Umbuchungen (Aktivierungen in den Anlagenbestand) von 25,898 Mio. EUR.

Bei den Anlagen im Bau wurden im Berichtsjahr u. a. Zugänge für die Maßnahmen „Erneuerung Zugsicherung Stadtbahn“ (7,018 Mio. EUR), „Deichrückverlegung Mündelheim, sonstiger Hochwasserschutz“ (3,784 Mio. EUR) „Rheinpark 2. Bauabschnitt“ (2,500 Mio. EUR) und „Einbau von Pollern in der Innenstadt“ (1,415 Mio. EUR) verbucht.

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgten in 2019 größere Aktivierungen in den Anlagenbestand, u. a. „Umbau Wanheimer Straße“ (3,296 Mio. EUR) und „Umbau Mercatorstraße“ (2,033 Mio. EUR) sowie „Neubau Fernbusbahnhof“ (1,095 Mio. EUR).

Die Erhöhung der Anzahlungen für bewegliches Anlagevermögen in Höhe von 1,654 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf Anschaffungen bei der Feuerwehr zurückzuführen (1,645 Mio. EUR), u. a. für die Erneuerung der Notrufabfragenanlage (0,437 Mio. EUR) sowie für Ersatzbeschaffungen von mehreren Feuerwehr- und Rettungsdienstfahrzeugen.

1.3 Finanzanlagen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	1.788.283.297,62 EUR	1.790.836.776,93 EUR

Der Bilanzansatz macht 35,2 % der Bilanzsumme zum 31.12.2019 aus und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,553 Mio. EUR verringert. Der Rückgang ist durch planmäßige Rückführungen von Ausleihungen zu begründen (siehe Ziffer 1.3.5 dieses Berichtes), denen geringere Zuschreibungen und Zugänge an anderer Stelle gegenüberstehen. Der Bestand setzt sich aus insgesamt 37 Finanzanlagen zusammen.

In dem Bilanzposten Finanzanlagen werden die Vermögenswerte angesetzt, die dauerhaft finanziellen Anlagezwecken oder Verbindungen zu den verselbstständigten Organisationseinheiten der Gemeinde sowie damit zusammenhängenden Ausleihungen dienen.

Dieser Bilanzposten untergliedert sich in folgende (Mindest-) Bestandteile gemäß § 42 Abs. 3 Ziffer 1.3 KomHVO NRW:

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sondervermögen
- Wertpapiere des Anlagevermögens
- Ausleihungen

Finanzanlagen sind in der Regel nicht planmäßig abzuschreiben. Außerplanmäßige Abschreibungen sind bei Finanzanlagen vorzunehmen und im Anhang zu erläutern, wenn nach § 36 Abs. 6 KomHVO NRW Anhaltspunkte für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung bestehen; bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung besteht ein Wahlrecht. Wertveränderungen von Finanzanlagen sind nach § 44 Abs. 3 KomHVO NRW unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Da das Eigenkapital der Stadt Duisburg aufgezehrt ist, werden diese Sachverhalte auf der Aktivseite der Bilanz mit dem negativen Eigenkapital verrechnet.

Die Stabsstelle Beteiligungen (Amt 20-3) verfasst zu jedem Bilanzstichtag Folgebewertungsbögen, die in einem standardisierten Verfahren vom RPA einer prüferischen Durchsicht unterzogen werden; tiefergehende Prüfhandlungen erfolgen nach einer bewussten Stichprobenauswahl nach dem risikoorientierten Prüfansatz.

Erkenntnisse zu den einzelnen Arten der Finanzanlagen sowie zu eingetretenen Wertveränderungen sind den folgenden Unterkapiteln zu entnehmen.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	1.092.091.358,01 EUR	1.089.037.299,74 EUR

Unter diesem Posten werden grundsätzlich Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Duisburg ausgewiesen. Der Ansatz hat sich im Vorjahresvergleich, maßgeblich verursacht durch eine Eigenkapitalzuzahlung bei der GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH über 3,000 Mio. EUR, in der Summe um 3,054 Mio. EUR erhöht. Zusätzlich hält die Stadt Duisburg seit 2019 einen Anteil von 75,1 % an der neu errichteten Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH (DIG). Der daraus abzuleitende Zugang im Bilanzansatz zum 31.12.2019 beträgt 0,075 Mio. EUR.

Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV)

Die DVV nimmt als Holding unterschiedliche Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge wahr, die sowohl sachzielorientiert als auch erwerbswirtschaftlich ausgerichtet sind. So werden beispielsweise die Sparte Verkehr (Duisburger Verkehrsgesellschaft AG) nach dem Substanzwertverfahren und die Sparte Energie (Stadtwerke Duisburg AG) nach dem Ertragswertverfahren bewertet.

1.3.2 Beteiligungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	295.490.721,80 EUR	295.644.795,33 EUR

Minderheitsbeteiligungen über 20 % werden grundsätzlich unter dieser Position ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz bedingt durch notwendige außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von insgesamt 0,157 Mio. EUR geringfügig verringert.

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH:	0,089 Mio. EUR
Sana Kliniken Duisburg GmbH:	0,042 Mio. EUR
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH:	0,026 Mio. EUR

Duisburger Hafen AG (duisport)

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Häfen einschließlich aller Bahn- und Nebenanlagen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken sowie baulichen Anlagen und die Bestellung von Erbbaurechten.

Der Anteil der Stadt Duisburg am Grundkapital beträgt 33,3 %.

Die Duisburger Hafen AG (duisport) wird nach dem Substanzwertverfahren bewertet. Die Vermögenslage des Konzerns ist unverändert zum Vorjahr durch eine hohe Anlagenintensität geprägt.

1.3.3 Sondervermögen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	338.607.160,65 EUR	337.732.025,57 EUR

Hier erfolgt der Ausweis der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der unselbstständigen Stiftungen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Wertzuwachs in Höhe von 0,875 Mio. EUR, welcher sich vorrangig durch eine Zuschreibung bei der Finanzanlage DuisburgSport (0,853 Mio. EUR) erklärt. Diese ist auf eine als dauerhaft zu betrachtende Wertaufholung des Eigenkapitals zurückzuführen.

Immobilien-Management Duisburg (IMD)

Der Immobilienbestand des IMD setzt sich überwiegend aus Immobilien für Schulen jeglicher Schulformen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Veranstaltungs- und Verwaltungsgebäuden zusammen. Insofern erbringt das IMD überwiegend Leistungen für die Kernverwaltung.

Als Finanzanlage ist das IMD nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Die Vermögenslage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ist unverändert zum Vorjahr durch eine hohe Anlagenintensität geprägt.

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	33.838.214,30 EUR	32.211.005,46 EUR

Den Wertpapieren des Anlagevermögens sind Beteiligungen unter 20 % und Wertpapiere zuzuordnen.

Nach § 56 Abs. 7 KomHVO NRW sind Wertpapiere, die an einer Börse zum amtlichen Handel oder zum geregelten Markt zugelassen sind, mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag anzusetzen. Die zuständigen Fachbereiche beobachten die Kurswerte der Wertpapiere und prüfen, ob Kriterien einer dauerhaften Wertminderung vorliegen könnten.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 1,627 Mio. EUR erhöht, was in erster Linie durch eine Zuschreibung in Höhe von 1,364 Mio. EUR bei den gehaltenen Stammaktien der RWE AG zu begründen ist.

1.3.5 Ausleihungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	28.255.842,86 EUR	36.211.650,83 EUR

Unter dieser Position sind z. B. langfristige Darlehen, Grund- und Rentenschulden, Hypotheken, aber auch Sachdarlehen in Form von Wertpapierleihen zu erfassen. Sie müssen eine Mindestlaufzeit von über einem Jahr haben. Kurzfristige Ausleihungen mit einer Laufzeit unter einem Jahr sind dem Umlaufvermögen zuzuordnen. Nicht zu den Ausleihungen gehören langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 7,956 Mio. EUR ist hauptsächlich auf planmäßige Rückzahlungen zurückzuführen.

2 Umlaufvermögen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	182.974.784,92 EUR	193.147.724,32 EUR

Als Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde nicht dauerhaft dienen sollen, sondern zum Verbrauch, Verkauf oder nur für eine kurzfristige Nutzung vorgesehen sind. Insbesondere sind hier die Vorräte, die Forderungen und die liquiden Mittel zu nennen. Bei der Bewertung dieser Vermögensgegenstände ist nach § 36 Abs. 7 KomHVO NRW das strenge Niederstwertprinzip zu beachten.

Das Umlaufvermögen ist in der Bilanz zum 31.12.2019 mit 182,975 Mio. EUR ausgewiesen. Es enthält im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 110,925 Mio. EUR, privatrechtliche

Forderungen in Höhe von 51,480 Mio. EUR und liquide Mittel in Höhe von 16,509 Mio. EUR.

2.1 Vorräte

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	912.438,04 EUR	898.595,78 EUR

Der Bilanzposten Vorräte enthält zum einen Vermögenswerte für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren aus Lagerbeständen mehrerer Fachbereiche. Weiterhin sind hier geleistete Anzahlungen für nicht durchgeführte Leistungen ausgewiesen.

Die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von 0,014 Mio. EUR ist auf eine Steigerung der Vorräte bei der Feuerwehr (Amt 37) von 0,023 Mio. EUR und einer Verringerung der Lagervorräte beim Kultur- und Stadthistorischen Museum (Amt 41-5) von 0,009 Mio. EUR zurückzuführen.

2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	537.526,11 EUR	523.683,85 EUR

Das Vorratsvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

Hauptamt	0,017 Mio. EUR
Bürger- und Ordnungsamt	0,014 Mio. EUR
Feuerwehr	0,227 Mio. EUR
Kultur- und Stadthistorisches Museum	0,279 Mio. EUR

Die Vorräte wurden gemäß § 34 Abs. 2 KomHVO NRW zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Erfassung und Bewertung erfolgte einzeln. Vom Bewertungsvereinfachungsverfahren nach § 29 Abs. 1 Ziffer 1 KomHVO NRW wurde kein Gebrauch gemacht.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,014 Mio. EUR erhöht. Zurückzuführen ist dies auf die gestiegene Anzahl und dem höheren Durchschnittspreis der Familienstambücher beim Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32) und die Erhöhung der Vorräte der Feuerwehr (Amt 37). Die Vorräte im Hauptamt (Amt 10, Bereich Druck- und Postcenter) und die Lagervorräte an Plänen, Katalogen und Sammlungen beim Kultur- und Stadthistorischen Museum (Amt 41-5) haben sich hingegen verringert.

Zu veräußernde Bau- und Gewerbegrundstücke

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	315.380,00 EUR	315.380,00 EUR

Im Rahmen der Entwicklung des Grundstücks „The Curve“ am Innenhafen Duisburg wurde mit einer Investorengruppe ein Vorvertrag abgeschlossen. Da der Verkauf im Vorjahr vorgesehen war, wurde das Grundstück bereits in 2017 aus dem Anlage- in das Umlaufvermögen umgegliedert und mit dem vereinbarten Verkaufspreis bilanziert.

Aufgrund der Entwicklung hinsichtlich der Baureifmachung des Grundstücks durch die Stadt wurde der Vorvertrag durch Nachtrag in Teilen geändert und es erfolgte eine Werthaltigkeitsprüfung des Grundstücks zum 31.12.2018. Hiernach waren die Voraussetzungen zur Vermarktung des Grundstücks in Höhe des Bilanzansatzes von 3,709 Mio. EUR zum Bilanzstichtag 31.12.2018 nicht erfüllt, sodass eine vorübergehende Wertminderung vorgenommen wurde.

2.1.2 Geleistete Anzahlungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	59.531,93 EUR	59.531,93 EUR

Der Bilanzansatz setzt sich wie folgt zusammen:

Stadtbibliothek	0,034 Mio. EUR
Volkshochschule	0,025 Mio. EUR

Hier sind geleistete Anzahlungen an das IMD für noch zu erbringende Festeinbauten im neuen Stadtfenster bilanziert.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	165.553.025,07 EUR	176.283.533,79 EUR

Dieser Bilanzposten wird gemäß § 42 Abs. 3 Ziffer 2.2 KomHVO NRW in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen untergliedert, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen sind. Als sonstige Vermögensgegen-

stände sind Vermögensgegenstände auszuweisen, die sich nicht eindeutig einem anderen Posten des Umlaufvermögens zuordnen lassen. Hierzu zählen z. B. Steuererstattungs- oder Schadensersatzansprüche.

Nach § 23 Abs. 1 KomHVO NRW sind die der Kommune zustehenden Forderungen vollständig zu erfassen. Hierbei wird im Rahmen der Inventur die körperliche Inventur durch die Beleginventur ersetzt, da diese für Forderungen die einzige Aufnahmemöglichkeit ist. Bei dieser Inventurform muss der Bestand durch Belege nachgewiesen werden.

Unter Beachtung des Niederstwertprinzips sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände nach der Vorschrift des § 33 Abs. 1 Ziffer 2 KomHVO NRW einzeln zu bewerten und vorsichtig auf ihre Einbringlichkeit zu prüfen. Dies schließt eine Prüfung der Werthaltigkeit jeder einzelnen bestehenden Forderung mit der möglichen Folge einer sogenannten Einzelwertberichtigung ein. Die maßgebliche Form einer Einzelwertberichtigung ist im Wesentlichen die Niederschlagung gemäß § 27 Abs. 2 KomHVO NRW. Jede befristet niedergeschlagene Forderung ist gemäß der Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen zu 100 % wertüberichtigen und jede unbefristete Niederschlagung ist in voller Höhe auszubuchen. Gestundete Forderungen nach § 27 Abs. 1 KomHVO NRW dürfen nicht wertberichtigt werden. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen werden zu 100 % als einbringlich angesehen. Zum Bilanzstichtag werden Forderungen mit einem Wert von mehr als 10.000,00 EUR, die z. B. nicht befristet niedergeschlagen oder von der Vollziehung ausgesetzt sind, gesondert hinsichtlich des einzelnen Risikos individuell betrachtet. Die Fachbereiche werden über die Finanzbuchhaltung (Haupt- und Debitorenbuchhaltung) des Amtes 21 aufgefordert, zur Werthaltigkeit der einzelnen Forderung Stellung zu nehmen, sofern diese nicht an die Vollstreckung abgegeben, sondern vom Rechtsamt (Amt 30) bearbeitet werden.

Im Anschluss an die Einzelwertberichtigung erfolgt auf den verbleibenden Forderungsbestand die sogenannte Pauschalwertberichtigung durch die Haupt- und Debitorenbuchhaltung. Diese wird differenziert nach Forderungsarten (Vertragskontotypen) prozentual durchgeführt, um spezielle allgemeine Ausfallrisiken zu berücksichtigen. Die Ermittlung der entsprechenden Erfahrungswerte obliegt dem jeweiligen Fachbereich. Eine entsprechende Aufstellung ist durch die Fachbereiche der Finanzbuchhaltung zur Verfügung zu stellen. Bei den Steuerforderungen wird eine pauschale Wertberichtigung durch einen prozentualen Berichtigungsanteil gestaffelt nach dem Alter der jeweiligen Forderung vorgenommen.

Der gesamte Forderungsbestand wurde zum 31.12.2019 mit insgesamt 20,244 Mio. EUR pauschal wertberichtigt. Nach den geprüften Unterlagen der Finanzbuchhaltung wurde für fünf Fachbereiche eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Im Wesentlichen bezieht sich diese mit 10,495 Mio. EUR auf Forderungen im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) des Jugendamtes (Amt 51) und mit 8,526 Mio. EUR auf Steuerforderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21). Für die übrigen Fachbereiche kann auf eine pauschale Wertberichtigung auf Grund einer geringen Forderungshöhe bzw. einer hundertprozentigen Einbringlichkeit verzichtet werden.

Insgesamt sind Wertberichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigung) seit der Eröffnungsbilanz in Höhe von 71,811 Mio. EUR vorgenommen worden. Somit erhöhten sich die Wertberichtigungen im Vergleich zum Vorjahr (68,178 Mio. EUR) um 3,633 Mio. EUR.

Im Rahmen der Prüfung wurde weiterhin festgestellt, dass die Forderungen zum Nennwert bilanziert und die Instrumentarien hinsichtlich Stundung, Niederschlagung und Erlass angewendet wurden.

Gemäß § 45 Abs. 3 KomHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Forderungsspiegel nach § 47 KomHVO NRW beizufügen. Im Forderungsspiegel ist der Gesamtbetrag der Forderungen am Abschlussstichtag (31.12.2019) unter Angabe der Restlaufzeiten auszuweisen. Er ist mindestens entsprechend § 42 Abs. 3 Ziffer 2.2.1 und 2.2.2 KomHVO NRW zu gliedern.

Der vorgelegte Forderungsspiegel (Anlage 2.2 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der KomHVO NRW vom MHKBG verbindlichen Muster. Über die Bestimmungen des Musters hinausgehend enthält er eine detailliertere Gliederung in einzelne Forderungsarten. Die gesetzlich geforderte Aufteilung in Betragsangaben nach Restlaufzeiten ist entsprechend vorgenommen worden. Unter dem Begriff „Restlaufzeit“ ist dabei die Zeitspanne zwischen dem Abschlussstichtag für den Jahresabschluss und dem Fälligkeitstag der einzelnen Forderung zu verstehen. Dabei ist z. B. die Einräumung von Stundungen zu berücksichtigen.

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	110.924.600,70 EUR	110.961.178,05 EUR

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen der Gemeinde entstehen vorrangig aus den verschiedenen Arten der zu beschaffenden Finanzmittel (§ 77 GO NRW). Zu den o. g. Forderungen gehören Forderungen aus der Erhebung von Gebühren, Beiträgen und Steuern. Davon zu trennen sind die gemeindlichen Forderungen aus der Gewährung von Transferleistungen, die ebenfalls zu den öffentlich-rechtlichen Forderungen gehören.

Der Bilanzansatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 0,037 Mio. EUR reduziert.

Seit der Eröffnungsbilanz sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 54,765 Mio. EUR vorgenommen worden, sodass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt. Die Wertberichtigungen betreffen im Wesentlichen Steuerforderungen mit 31,356 Mio. EUR, Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) mit 15,934 Mio. EUR, Nebenforderungen zu

öffentlich-rechtlichen Forderungen mit 2,184 Mio. EUR und Bußgelder mit 1,832 Mio. EUR.

2.2.1.1 Gebühren

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	27.556.766,89 EUR	24.744.445,90 EUR

Zu den Gebühren gehören gemäß § 4 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) alle Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung (Verwaltungsgebühren) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühren) erhoben werden.

Bei den Gesamtgebühren in Höhe von 27,557 Mio. EUR sind im Wesentlichen rückständige Gebührenforderungen der Feuerwehr (Amt 37) in Höhe von 19,402 Mio. EUR für z. B. durchgeführte Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze und Gebühren des Bürger- und Ordnungsamtes (Amt 32) von 2,116 Mio. EUR enthalten.

Weiterhin werden die Friedhofsgebühren in Höhe von 1,317 Mio. EUR, die von der Wirtschaftsbetriebe AöR (WBD-AöR) im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg erhoben werden, unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Gebührenforderungsbestand um 2,812 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf erbrachte Leistungen der Feuerwehr (Amt 37) im Rettungsdienst für Notfalleinsätze und Krankentransporte gegenüber den Kostenträgern, z. B. Krankenkassen, zurückzuführen.

2.2.1.2 Beiträge

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	11.740.658,08 EUR	11.775.976,63 EUR

Bei den Beitragsforderungen in Höhe von insgesamt 11,741 Mio. EUR handelt es sich überwiegend um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Beiträge im Bereich des Jugendamtes (Amt 51) für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (11,003 Mio. EUR).

Beiträge nach dem KAG oder dem Baugesetzbuch (BauGB), die dem Ersatz eines Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher

Einrichtungen und Anlagen dienen (z. B. bei Straßenbaumaßnahmen), werden ebenfalls unter diesem Posten bilanziert. Sie betragen im Berichtsjahr insgesamt 0,504 Mio. EUR.

2.2.1.3 Steuern

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	47.483.669,32 EUR	49.253.728,35 EUR

In diesem Bilanzposten sind Forderungen aus den Realsteuern nach § 3 Abs. 2 Abgabenordnung (Grund- und Gewerbesteuer) sowie weitere Steuern, wie z. B. Hunde- und Vergnügungssteuer, enthalten. Im Wesentlichen beziehen sich die Steuerforderungen auf die Gewerbesteuer (38,860 Mio. EUR) und die Grundsteuer B (2,687 Mio. EUR).

Der Bilanzansatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,770 Mio. EUR reduziert.

2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	24.302.092,32 EUR	20.066.145,71 EUR

Bei den Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 24,302 Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Die Zahlungsansprüche beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorgängen, wie z. B. Forderungen aus Überzahlungen bei Leistungen der Jugend- oder Sozialhilfe.

Insbesondere beinhaltet der Bilanzansatz Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 17,096 Mio. EUR und des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61) von 1,419 Mio. EUR. Außerdem sind Forderungen gegenüber dem Land zur Stärkung der Schulinfrastruktur im Rahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ von 5,452 Mio. EUR in diesem Bilanzposten enthalten.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,236 Mio. EUR erhöht. Ursächlich hierfür ist eine weitere Zuwendung des Landes NRW für das o. a. Förderprogramm „Gute Schule 2020“ in Höhe von 3,922 Mio. EUR.

2.2.1.5 Kostenerstattungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	24.996.981,13 EUR	26.685.492,42 EUR

Forderungen, die sich aus Kostenerstattungen im öffentlich-rechtlichen Bereich ergeben, werden unter den Forderungen aus Kostenerstattungen gebucht. Hierzu gehören z. B. Forderungen im Bereich der ordnungsbehördlichen Kostenerstattungen und Forderungen gegen Unterhaltspflichtige nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).

Im Wesentlichen beziehen sich die Forderungen aus Kostenerstattungen auf Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) gegen Unterhaltspflichtige nach dem UVG in Höhe von 17,699 Mio. EUR und auf Forderungen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von 6,040 Mio. EUR.

2.2.1.6 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	29.609.092,17 EUR	28.610.170,12 EUR

Hierzu gehören alle öffentlich-rechtlichen Forderungen, die nicht aus Gebühren, Beiträgen, Steuern oder Forderungen aus Transferleistungen resultieren und die in ihrer Beschreibung in keine der anderen Kontenarten passen. Dazu zählen z. B. Bußgelder des Bürger- und Ordnungsamtes (Amt 32) in Höhe von 5,535 Mio. EUR, Bußgelder des Rechtsamtes (Amt 30) von 1,877 Mio. EUR sowie andere sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen des Jugendamtes (Amt 51) von 7,840 Mio. EUR. Weiterhin sind in diesem Posten Nebenforderungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) in Höhe von 5,383 Mio. EUR enthalten.

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	51.480.203,51 EUR	56.629.803,24 EUR

Forderungen aus zivilrechtlich gestalteten Verhältnissen (z. B. Vertrag) zwischen der Gemeinde und einem Dritten sind als privatrechtliche Forderungen anzusetzen. Die Gemeinde beschafft ihre Finanzmittel nach § 77 Abs. 2 Ziffer 1 GO NRW auch

aus Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen. Wenn der Leistungserbringung ein privates Rechtsverhältnis zu Grunde liegt, z. B. Verkauf, Miete und Pacht, Eintrittsgelder, sind die Forderungen hier zu erfassen. Aber auch Forderungen aus Erbbaurechtsverhältnissen gehören dazu. Die privatrechtlichen Forderungen sind in Forderungen gegenüber dem privaten Bereich, dem öffentlichen Bereich, gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen zu untergliedern.

Der Bilanzansatz liegt um 5,150 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Es sind Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 17,047 Mio. EUR vorgenommen worden, sodass sich zum Bilanzstichtag der o. a. Bilanzansatz ergibt.

2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	7.598.817,57 EUR	9.704.300,24 EUR

Unter den „Privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich“ sind alle privatrechtlichen Forderungen - soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt - gegen natürliche und privatrechtlich organisierte juristische Personen auszuweisen.

Der in diesem Bilanzposten u. a. enthaltene Altbestand an Forderungen aus dem abgelösten kameralen HKR-Verfahren einschließlich der Werte aus den Forderungsinventuren (ursprünglich 101,973 Mio. EUR in der Eröffnungsbilanz) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,347 Mio. EUR auf 17,213 Mio. EUR weiter verringert. In diesem Betrag sind im Wesentlichen Forderungen des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) von 9,096 Mio. EUR, des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) von 5,160 Mio. EUR und des Jugendamtes (Amt 51) von 2,243 Mio. EUR enthalten.

Nach Durchführung der Wertberichtigungen um die zweifelhaften und niedergeschlagenen Forderungen in Höhe von insgesamt 17,047 Mio. EUR (seit der Eröffnungsbilanz) ergibt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2019 ein Bilanzansatz von 7,599 Mio. EUR.

2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	16.007.716,30 EUR	15.132.855,34 EUR

Hier sind alle privatrechtlichen Forderungen gegenüber Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Personen des öffentlichen Rechts zu erfassen, soweit es sich nicht um Ausleihungen handelt.

Im Wesentlichen sind in diesem Bilanzposten Forderungen gegenüber dem Land nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW in Höhe von 9,165 Mio. EUR für die Übernahme von Landesbeamten im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben der Versorgungs- und Umweltverwaltung enthalten. Weiterhin werden die Forderungen nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz NRW von 6,389 Mio. EUR unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	18.154.647,78 EUR	23.847.166,82 EUR

Dieser Bilanzposten enthält im Wesentlichen Forderungen gegen die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH in Höhe von 12,005 Mio. EUR und gegen die WBD-AöR in Höhe von 4,178 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Rückgang des Bilanzansatzes in Höhe von 5,693 Mio. EUR, der im Wesentlichen auf geringere Forderungen aus dem Betriebsmittelkredit an die WBD-AöR in Höhe von 6,600 Mio. EUR zurückzuführen ist. Demgegenüber steht eine Forderung gegen die MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG (MSV Stadion KG) aus der Gewährung eines kurzfristigen Darlehens von 0,250 Mio. EUR.

2.2.2.4 gegen Beteiligungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	6.179.966,93 EUR	5.809.253,52 EUR

Bei den Forderungen gegenüber Beteiligungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus der haushaltsjahrübergreifenden Zuschussabwicklung gegen die Deutsche Oper am Rhein (DOR) in Höhe von 6,172 Mio. EUR.

2.2.2.5 gegen Sondervermögen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	3.539.054,93 EUR	2.136.227,32 EUR

Die Forderungen gegenüber Sondervermögen enthalten Forderungen gegen das IMD in Höhe von 2,933 Mio. EUR sowie Forderungen gegen DuisburgSport (DuSport) über 0,606 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Bilanzansatz um 1,403 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen das IMD in Höhe von 1,083 Mio. EUR zurückzuführen.

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	3.148.220,86 EUR	8.692.552,50 EUR

Unter diesem Sammelposten sind Ansprüche gegen Dritte zu bilanzieren, die auf Grund ihrer originären Eigenschaften keiner anderen Position zugeordnet werden können.

In dem Bilanzansatz sind u. a. Forderungen gegenüber dem Finanzamt sowie Forderungen, die aus der Abwicklung fremder Finanzmittel entstehen, enthalten. Die Reduzierung des Bilanzansatzes im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 5,544 Mio. EUR ist hauptsächlich auf eine Umsatzsteuerrückerstattung der Finanzbehörde in Höhe von 5,267 Mio. EUR, resultierend aus einem Optionsrecht, welches das IMD im Vorjahr rückwirkend ausgeübt hat, zurückzuführen.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Die Stadt Duisburg hält keine Wertpapiere des Umlaufvermögens in ihrem Besitz.

2.4 Liquide Mittel

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	16.509.321,81 EUR	15.965.594,75 EUR

Unter den liquiden Mitteln werden alle Bar- und Buchgeldguthaben bilanziert, die kurzfristig verfügbar sind. Dazu zählen u. a. die Bargeldbestände der Barkassen beim Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) und der Zahlstellen in den Bezirksverwaltungsstellen (Bezirksverwaltung 90-91 bis 90-97) sowie die Guthaben bei den Banken und der Sparkasse. In dem Bilanzansatz sind auch die Bestände auf den Girokonten der Schulen, Jugendzentren und Kindertageseinrichtungen enthalten.

Anhand der vorliegenden Saldenbestätigungen und Kontoauszüge der Sparkasse und der Banken konnte die Übereinstimmung der Salden mit den im Jahresabschluss ausgewiesenen Werten zum 31.12.2019 festgestellt werden.

3 Aktive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	73.485.053,12 EUR	71.923.322,61 EUR

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind dann anzusetzen, wenn Ausgaben vor dem Bilanzstichtag geleistet wurden, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Stichtag darstellen (§ 43 Abs. 1 KomHVO NRW).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser Bilanzposten um 1,562 Mio. EUR erhöht.

Die Steigerung resultiert aus einer Vielzahl kleinerer Veränderungen. Erwähnenswert sind hier beispielsweise die Vorauszahlungen der Sozialhilfezahlungen für den Monat Januar 2020, die um 1,613 Mio. EUR auf 12,497 Mio. EUR gestiegen sind sowie die Vorauszahlungen der Beamtenbezüge für Januar 2020, die sich um 0,672 Mio. EUR auf 9,892 Mio. EUR erhöht haben. Die Zahlungen nach dem UVG für Januar 2020 sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,144 Mio. EUR auf 1,604 Mio. EUR nur marginal gestiegen.

Gesunken sind dagegen die Vorauszahlungen für Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau um 1,208 Mio. EUR auf 12,424 Mio. EUR und die Vorauszahlungen für die Kosten der Unterkunft für Januar 2020 um 0,122 Mio. EUR auf 12,158 Mio. EUR.

Die im Jahr 2005 geleistete Mietvorauszahlung für die Feuerwache Homberg wird noch mit 7,769 Mio. EUR bilanziert.

4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	322.389.216,09 EUR	359.619.785,85 EUR

Dieser Bilanzposten wird gebildet, wenn das Eigenkapital in Form der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage rechnerisch aufgezehrt ist und sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten ergibt. Der entsprechende Fehlbetrag ist dann als letzter Posten auf der Aktivseite der Bilanz unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ gesondert auszuweisen (§ 44 Abs. 7 KomHVO NRW). Durch diese Bilanzgliederung wird der Ausweis eines negativen Kapitalbetrages auf der Passivseite der gemeindlichen Bilanz vermieden. Diese Position stellt einen Korrekturposten dar, der auf die bilanzielle Überschuldung der Gemeinde hinweist.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2019 schließt mit einem Überschuss von 36,166 Mio. EUR ab und verringert somit das negative Eigenkapital.

Das negative Eigenkapital stellt sich zum 31.12.2019 wie folgt dar:

Allgemeine Rücklage (nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag)	359.619.785,85 EUR
Unmittelbare Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage	-1.064.412,77 EUR
Jahresüberschuss	- 36.166.156,99 EUR
Gesamt	322.389.216,09 EUR

Nach § 44 Abs. 3 KomHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen sowie Wertveränderungen von Finanzanlagen erfolgsneutral mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Aufgrund aufgezehrter Rücklage werden diese Sachverhalte im Bilanzposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ abgebildet. Die konkreten Verrechnungen sind im Anhang (Seite 45) aufgeführt. Die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt vorbehaltlich des Beschlusses durch den Rat der Stadt in Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses.

PASSIVA

1 Eigenkapital

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	54.475.103,67 EUR	54.475.103,67 EUR

Nach den Gliederungsvorschriften des § 42 KomHVO NRW ist das Eigenkapital der Gemeinde auf der Passivseite der Bilanz unter Ziffer 1 auszuweisen. Es wird aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktivseite) und den Schulden (Passivseite) errechnet. Das Eigenkapital wird in die Bilanzposten „Allgemeine Rücklage“, „Sonderrücklagen“, „Ausgleichsrücklage“ und „Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag“ unterteilt.

Zum 31.12.2019 stellte sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Allgemeine Rücklage (siehe Ziffer 4 der Aktivseite)	0,00 EUR
Sonderrücklagen	54.475.103,67 EUR
Ausgleichsrücklage	0,00 EUR
Jahresüberschuss (siehe Ziffer 4 der Aktivseite)	(36.166.156,99 EUR)

Gesamt 54.475.103,67 EUR

Aufgrund der zum 01.01.2019 in Kraft getretenen KomHVO NRW ist gemäß § 45 Abs. 3 dem Anhang zum Jahresabschluss erstmalig ein Eigenkapitalspiegel beizufügen. Der Eigenkapitalspiegel gibt eine differenzierte Aufschlüsselung der Eigenkapitalbestandteile und stellt deren Veränderungen innerhalb eines Haushaltsjahres dar.

Der vorgelegte Eigenkapitalspiegel (Anlage 2.3 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der KomHVO NRW vom MHKBG verbindlichen Muster. Die im Eigenkapitalspiegel ausgewiesenen Werte stimmen mit den Werten der Bilanz zum 31.12.2019 überein.

1.1 Allgemeine Rücklage

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Jahresabschluss zum 31.12.2010 vollständig aufgebraucht. Zum 31.12.2019 hat sich ein Jahresüberschuss von

36,166 Mio. EUR ergeben, der auf der Aktivseite bei der Position 4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ berücksichtigt wurde. Zum 31.12.2019 ergibt sich ein negatives Eigenkapital von insgesamt 322,389 Mio. EUR.

1.2 Sonderrücklagen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	54.475.103,67 EUR	54.475.103,67 EUR

Sonderrücklagen können als Zuwendungsrücklage oder für bestimmte gesetzlich vorgesehene Zwecke gebildet werden. Hierzu gehören auch die Vermögensteile von rechtsfähigen Stiftungen.

Die hier auszuweisende Sonderrücklage von 54,475 Mio. EUR bezieht sich ausschließlich auf die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum. Mit diesem Wert wurde die Stiftung auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen aktiviert.

1.3 Ausgleichsrücklage

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Die Ausgleichsrücklage ist Bestandteil des Eigenkapitals und ist in der Bilanz als gesonderter Posten anzusetzen (§ 75 Abs. 3 GO NRW). Mit dem Jahresfehlbetrag 2008 wurde die Ausgleichsrücklage seinerzeit vollständig aufgezehrt.

1.4 Jahresüberschuss

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	-	-

Die Abwicklung des Jahresüberschusses wird auf der Aktivseite der Bilanz dargestellt.

2 Sonderposten

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	1.499.741.017,08 EUR	1.536.476.986,98 EUR

Nach § 43 Abs. 5 KomHVO NRW sind erhaltene Zuwendungen und Beiträge für Investitionen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind, als Sonderposten auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen anzusetzen. Gebildete Sonderposten sind regelmäßig über die Nutzungsdauer der zuwendungsfinanzierten, abnutzbaren Vermögensgegenstände ertragswirksam aufzulösen.

2.1 Sonderposten für Zuwendungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	1.336.575.872,57 EUR	1.363.567.062,83 EUR

Die Sonderposten für Zuwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 26,991 Mio. EUR verringert. Wesentlicher Grund war die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten im Zuge der planmäßigen Abschreibungen. Demgegenüber stehen in 2019 größere Zugänge u. a. bei den Projekten „Umbau Wanheimer Straße“ (1,876 Mio. EUR) und „Umbau Mercatorstraße“ (1,429 Mio. EUR) sowie der Erneuerung der Fahrtreppen der Stadtbahnhöfe „Duisern“ und „König-Heinrich-Platz“ (1,430 Mio. EUR).

2.2 Sonderposten für Beiträge

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	139.104.367,44 EUR	144.992.484,53 EUR

Die Sonderposten für Beiträge verringern sich im Vorjahresvergleich um 5,888 Mio. EUR verringert. Dies ergibt sich überwiegend aus der planmäßigen Auflösung dieser Sonderposten.

2.3 Sonstige Sonderposten

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	24.060.777,07 EUR	27.917.439,62 EUR

Sonstige Sonderposten werden u. a. für Ausgleichszahlungen bei Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung, dem Landschaftsgesetz oder des Öko-Kontos gebildet. Weiterhin gehören alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen dazu, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind. Dazu zählen Spenden und Schenkungen in Form von Geld- und Sachleistungen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird.

Die sonstigen Sonderposten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 3,857 Mio. EUR verringert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Abgängen im Berichtsjahr, die auf Einnahmeüberschüsse aus der Zeit vor Einführung des NKF zurückzuführen sind. In der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 wurden für Ausgleichsmaßnahmen nach der Baumschutzsatzung, dem Landschaftsgesetz und dem Öko-Konto entsprechende Verbindlichkeiten in Form der Sonstigen Sonderposten gebildet. Die Guthaben wurden in den Vorjahren für konsumtive Zwecke verwendet und in 2019 ertragswirksam aufgelöst.

Neben einem Finanzierungsanteil für den Grunderwerb im Rahmen des Projekts Grüngürtel Duisburg-Nord (4,600 Mio. EUR) und der Erschließung der Osttangente - Logport - (4,500 Mio. EUR) besteht ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,171 Mio. EUR von der LEG für die Umgestaltung des Opernplatzes.

3 Rückstellungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	1.437.745.596,35 EUR	1.354.254.429,00 EUR

Rückstellungen sind für Verpflichtungen zu bilden, die zum Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewiss und daher keine Verbindlichkeiten sind. Rückstellungen sind neben den Verbindlichkeiten dem Fremdkapital zuzuordnen.

Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits im Jahr der rechtlichen Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden. Sie dienen also dazu, die bestehenden Verpflichtungen vollständig auszuweisen. Die Rückstellungsbildung ist aufwandswirksam. Die Bildung einer Rückstellung führt zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses. Tritt die Verpflichtung zukünftig ein, wird dies durch die Rückstellung gedeckt und ist bei

ausreichender Rückstellungsbildung per Saldo (zum nächsten Abschlussstichtag) nicht mehr ergebnisverschlechternd.

§ 37 KomHVO NRW sieht Rückstellungen vor für:

- Pensionsverpflichtungen,
- Rekultivierung und Nachsorge von Deponien,
- unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen,
- Verpflichtungen, die dem Grunde und/oder der Höhe nach zum Bilanzstichtag noch nicht genau bekannt sind,
- drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und aus laufenden Verfahren sowie
- sonstige Rückstellungen, soweit diese durch Gesetz oder Verordnung zugelassen sind.

Dem Anhang wurde ein Rückstellungsspiegel (Anlage 2.4 dieses Berichtes) beige-fügt. Dieser enthält sämtliche Rückstellungen, die der Finanzbuchhaltung bekannt gegeben wurden. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage eines Rückstellungs-spiegels besteht nicht. Form und Aufbau unterliegen ebenso keinerlei Bestimmun-gen. Auf eine Darstellung von Rückstellungen für Deponien und Altlasten im Rückstellungsspiegel wurde verzichtet, da in der Vergangenheit keine Rückstellungen gebildet wurden und sich in Duisburg auch keine Deponien im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Duisburg befinden.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 83,491 Mio. EUR erhöht, was hauptsächlich auf höhere Pensionsrückstellungen (siehe Ziffer 3.1 dieses Berichtes), Rückstellungen für Steuerrisiken und Rückstellungen für die Kapitalrücklage der DVV (siehe Ziffer 3.4 dieses Berichtes) zurückzuführen ist.

3.1 Pensionsrückstellungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	1.172.801.810,00 EUR	1.133.330.380,00 EUR

Der Bilanzposten beinhaltet Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

Pensionsrückstellungen sind aufgrund der Versorgungsansprüche von Bediensteten gegenüber der Stadt Duisburg zu bilden. Dies bedeutet, dass alle entstandenen Verpflichtungen gegenüber aktiv Beschäftigten, allen Pensionären und allen Hinterbliebenen in der Bilanz abzubilden sind.

Eine Pensionsrückstellung ist ratierlich so anzusammeln, dass bei Eintritt des Versorgungs-falls der Barwert der Pensionszahlungen (abgezinster Wert der zukünftigen Versorgungsleistungen) in die Rückstellung eingestellt worden ist. Die Pen-

sionsrückstellungen (ohne Beihilferückstellungen) betragen zum Bilanzstichtag 953,542 Mio. EUR.

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen sind gemäß § 37 Abs. 1 KomHVO NRW auch andere Ansprüche außerhalb des Beamtenversorgungsgesetzes, wie z. B. Beihilfen, einzubeziehen. Aus Vereinfachungsgründen können diese Ansprüche als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Versorgungsbezüge ermittelt werden. Der Prozentsatz ist aus dem Verhältnis der Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger zu den gezahlten Versorgungsbezügen zu errechnen. Grundlage für die Berechnung ist der Durchschnitt der Leistungen in den drei vorangegangenen Haushaltsjahren. Der Prozentsatz ist zum Jahresabschluss 2016 neu berechnet worden (mindestens alle fünf Jahre ist dieser neu zu ermitteln) und liegt weiterhin bei 23 %. Die Beihilferückstellungen zum Bilanzstichtag betragen 219,260 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Pensionsrückstellungen (inkl. der Beihilferückstellungen) insgesamt um 39,471 Mio. EUR erhöht.

Im Jahr 2018 wurde neben der üblichen Erhöhung der Pensionsrückstellungen eine zusätzliche Pauschale in Höhe von 22,200 Mio. EUR in die Rückstellungen eingestellt, da sich die Berechnungsgrundlage aufgrund der im Vorjahr erfolgten Veröffentlichung der neuen Werte der „Heubeck-Richttafeln“ verändert hat. Eine personengenaue Ermittlung war zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2018 nicht möglich, da die benötigte neue Version des Berechnungsprogramms „HAESSLER HPR Pensionsrückstellung - Kommunal“ noch nicht vorgelegen hat. Aufgrund des Vorsichtsprinzips ist die maximal zu erwartende Steigerung in Höhe von 2% zur Berechnung der Pauschale herangezogen worden. Im Berichtsjahr zeigte sich nach Anwendung der neuen Richttafel, dass die eingetretenen Aufwendungen hinter den zurückgestellten Werten geblieben sind, sodass nur 7,418 Mio. EUR in Anspruch genommen und 14,782 Mio. EUR ertragswirksam aufgelöst wurden.

Die Möglichkeit der pauschalierten Bewertung von Pensionsverpflichtungen ist dem ursprünglichen Runderlass 34 - 48.01.02/30 - 1276/05 vom 04.01.2006 des damaligen Innenministeriums NRW zu entnehmen. Mit Runderlass 34 - 48.01.02/30 - 244/16 vom 17.02.2016 des damaligen Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW wurden die bisherigen Regelungen bis zum 31.12.2020 verlängert. Nach Ablauf dieser Frist ist eine pauschalierte Bewertung von Pensionsverpflichtungen, wie sie in Duisburg praktiziert wird, nicht mehr zulässig. Das RPA hat bereits im Juli 2011 für eine Übergangszeit - und zwar bis zur Einführung eines geeigneten SAP-Moduls – der pauschalierten Berechnungsmethode der Pensionsverpflichtungen zugestimmt.

Im Hinblick auf den zum 31.12.2020 außer Kraft tretenden Runderlass wurde im Berichtsjahr mit der Implementierung des SAP-Moduls „VADM“ zur Versorgungsadministration begonnen. Zum Jahresabschluss 2019 sollte erstmals die Umstellung der bisherigen Berechnungsgrundlagen erfolgen. Aus organisatorischen Gründen konnte dies nicht umgesetzt werden. Durch die Umstellung der Berechnung der Pensionsrückstellungen und der damit verbundenen Veränderung der Parameter geht das Personalamt (Amt 11) davon aus, dass es zu Abweichungen der bisherigen Berechnungen kommen wird.

Welche finanziellen Auswirkungen genau mit der neuen Methode einhergehen, kann nicht beziffert werden. Da auch nicht auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden kann, hat das Personalamt eine zusätzliche Rückstellung in Höhe von 22,996 Mio. EUR (2% der bestehenden Pensionsrückstellungen) passiviert und sich dabei an der Empfehlung des Bundesfinanzministeriums zur Bildung der pauschalen Pensionsrückstellung aufgrund der neuen „Heubeck-Richttafeln“ aus dem Jahr 2018 orientiert, deren Anwendbarkeit hier aus Sicht des RPA jedoch nicht gegeben ist.

Das RPA sieht die Bildung der Rückstellung als kritisch an, da durch die Umstellung auf das SAP-Modul „VADM“ eventuell zu hohe Rückstellungen eingestellt worden sind. Die Entscheidung und Begründung des Personalamtes von einem zweiprozentigen Risiko auszugehen, ist nicht plausibel. Der vorhandene Datenbestand lässt keine hinreichende Nachvollziehbarkeit zu. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Rückstellung nicht im vollen Umfang in Anspruch genommen wird.

Die Rückstellungsbildung unter der hilfsweisen Anwendung des Vorsichtsprinzips wird vom RPA zur Kenntnis genommen. Es ist allerdings dringend geboten, spätestens bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2020 durch Amt 11 in Zusammenarbeit mit den Ämtern 10, 20, 21 und dem RPA die Einführung des SAP-Moduls „VADM“ abzuschließen bzw. eine nachvollziehbare konkrete Berechnung der Pensionsverpflichtungen und damit einhergehend der Bewertung von Pensionsrückstellungen für den Jahresabschluss 2020 allen Beteiligten vorzulegen.

3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Bei den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Deponien sowie für Altlasten handelt es sich um ungewisse Verbindlichkeiten. Bei Deponien sind gemäß § 37 Abs. 3 KomHVO NRW die zu erwartenden Gesamtkosten für die Rekultivierung und Nachsorge, bezogen auf den Zeitpunkt der Durchführung der Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen, zu ermitteln. Das gilt entsprechend für die Sanierung von Altlasten.

Kommunale Deponien sind in Duisburg nicht vorhanden. Bei Flächen mit Altlastenverdacht wurden für die Grundstücksbewertung zur Eröffnungsbilanz pauschale Wertminderungen mit einem Abschlag von 20 % des Bodenwertes bei Grünflächen und 50 % bei sonstigen unbebauten Grundstücken berücksichtigt. In 2014 wurde aufgrund einer Überprüfung der städtischen Flächen bei weiteren Grundstücken eine Wertberichtigung vorgenommen. Hinweise auf aktuelle Altlastenverdachtsfälle liegen nicht vor. Insofern sind keine Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten zu bilden.

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	3.352.589,56 EUR	6.446.411,54 EUR

Für die unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn gemäß § 37 Abs. 4 KomHVO NRW die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss. Die vorgesehenen Maßnahmen müssen am Abschlussstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Mit der Rückstellungsbildung soll dem Verfall von instandhaltungspflichtigen Sachanlagen entgegengewirkt werden, um die stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde zu sichern. Bestehende Instandhaltungsrückstände, für die keine ausreichende Sicherheit für ihre Aufbereitung besteht, dürfen dabei nicht in die Rückstellungsbildung einbezogen werden.

Gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 4 KomHVO NRW sind Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet worden sind, unter Angabe des Rückstellungsbetrages im Anhang gesondert anzugeben und zu erläutern. Aus dem beigefügten Anhang zum Jahresabschluss 2019 geht jeweils hervor, welche Posten des Anlagevermögens mit welchen Rückstellungen „belastet“ sind, womit die Nachvollziehbarkeit gewährleistet ist.

Der Bilanzansatz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,094 Mio. EUR verringert.

Für die Instandhaltung der „Stahlrampe Marientor“ wurde im Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung in Höhe von 3,000 Mio. EUR gebildet (Inanspruchnahme nach Beginn der Arbeiten in 2018: 0,069 Mio. EUR). Im Berichtsjahr erfolgte eine weitere Inanspruchnahme in Höhe von 1,258 Mio. EUR, da die Instandsetzungsarbeiten fortgesetzt wurden.

Die für das Ingenieurbauwerk „Spundwand Segment 5 im Innenhafen Duisburg“ gebildete Instandhaltungsrückstellung (im Jahr 2016: 2,056 Mio. EUR, Zuführung in 2017: 1,100 Mio. EUR, Inanspruchnahme in 2017: 0,075 Mio. EUR und in 2018: 0,892 Mio. EUR) wurde im Berichtsjahr in der noch vorhandenen Höhe von 2,189 Mio. EUR in Anspruch genommen.

Die zum 31.12.2017 gebildete Rückstellung in Höhe von 1,326 Mio. EUR für die Instandhaltung der im „OB-Karl-Lehr-Brückenzug“ befindlichen Brückenbauwerke wurde im Berichtsjahr in Höhe von 0,096 Mio. EUR in Anspruch genommen, da mit den geplanten Instandsetzungsarbeiten begonnen wurde.

Für die Übergangskonstruktionen der Brücken „Altenbrucher Damm“ und „Sittardsberger Allee“ wurde aufgrund aufgetretener Mängel eine Rückstellung in Höhe von 0,450 Mio. EUR gebildet. Die Maßnahme soll in 2020 beauftragt werden.

Die Entwicklung der Einzelmaßnahmen ist unabhängig vom Rückstellungsspiegel entsprechend § 45 Abs. 2 Ziffer 4 KomHVO NRW einer separaten Aufstellung im Anhang (Anlage E) zum Jahresabschluss 2019 zu entnehmen.

3.4 Sonstige Rückstellungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	261.591.196,79 EUR	214.477.637,46 EUR

Unter diesem Bilanzposten sind die Rückstellungen für andere als die zuvor benannten ungewissen voraussichtlichen Verpflichtungen anzusetzen, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Dabei muss es hinreichend wahrscheinlich sein, dass eine Verbindlichkeit zukünftig tatsächlich entsteht und die zukünftige Inanspruchnahme voraussichtlich tatsächlich erfolgen wird. Die wirtschaftliche Ursache der Verpflichtung muss vor dem Abschlussstichtag liegen.

Im Vergleich zum vorangegangenen Haushaltsjahr haben sich die sonstigen Rückstellungen um 47,114 Mio. EUR erhöht.

Die wesentlichen Änderungen bei den sonstigen Rückstellungen begründen sich durch die Erhöhung der Rückstellungen für Steuerrisiken (20,403 Mio. EUR) und durch die Passivierung einer Rückstellung für die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV (23,650 Mio. EUR) sowie durch die Bildung weiterer verschiedener Rückstellungen, z. B. im Bereich des Jugendamtes (Amt 51) in Höhe von insgesamt 3,335 Mio. EUR.

Rückstellungen für Steuerrisiken bestehen in Höhe von 151,059 Mio. EUR. Sie wurden u. a. gebildet, weil im Wesentlichen Gewerbesteuerpflichtige gegen die Grundlagenbescheide des Finanzamtes hinsichtlich der Gewerbesteuer Einspruch eingelegt hatten. Mit Steuererstattungsansprüchen ist zu rechnen, da seitens der Stadt Duisburg bereits Gewerbesteuerbescheide erlassen und Gewerbesteuern vereinnahmt wurden. Für das bestehende Risiko möglicher Erstattungsansprüche wurden im Haushaltsjahr 2019 zusätzliche Rückstellungen für die Gewerbesteuer in Höhe von 13,737 Mio. EUR zuzüglich Nachzahlungszinsen von 4,800 Mio. EUR und Erstattungszinsen von 7,598 Mio. EUR gebildet. Demgegenüber wurden gebildete Rückstellungen für die Gewerbesteuer (5,170 Mio. EUR) zuzüglich Nachzahlungszinsen (0,060 Mio. EUR) und Erstattungszinsen (0,500 Mio. EUR) in Anspruch genommen bzw. ertragswirksam aufgelöst.

Von der im Jahr 2018 passivierten Rückstellung für die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV in Höhe von 1,520 Mio. EUR wurden im Berichtsjahr 1,465 Mio. EUR in Anspruch genommen und der verbliebene Betrag von 0,055 Mio. EUR ertragswirksam aufgelöst.

Zum Abschlussstichtag 31.12.2019 wurden zunächst 3,150 Mio. EUR an Rückstellungen für den zu erwartenden Fehlbetrag der DVV passiviert. Darüber

hinaus sind aufgrund der von der Stadt Duisburg gegenüber der städtischen Gesellschaft DVV abgegebenen Absichtserklärung im Zusammenhang mit der Beurteilung der Werthaltigkeit der Finanzanlage an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG weitere Rückstellungen in Höhe von 20,500 Mio. EUR gebildet worden. Der voraussichtlich bei der DVV dadurch entstehende erhöhte Verlustausgleich wird durch die Einzahlung in die Kapitalrücklage ausgeglichen.

Die Rückstellungen des Jugendamtes (Amt 51) in Höhe von 12,424 Mio. EUR setzen sich hauptsächlich aus Zahlungsverpflichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Betroffen sind hier überwiegend Leistungen im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen. Die Erhöhung der Rückstellungen zum Vorjahr in Höhe von 3,335 Mio. EUR findet grundsätzlich ihre Ursache in zu erwartenden Rückforderungen von Zuwendungen des Landes NRW in Höhe von 2,500 Mio. EUR aufgrund von Verzögerungen bei der Inbetriebnahme von Kindertagesstätten und nicht eingehaltenen Personalschlüsseln in Höhe von 0,417 Mio. EUR. Hinzu kommen mögliche Schadensersatzleistungen in Höhe von 0,750 Mio. EUR an Eltern aufgrund fehlender Betreuungsplätze für ihre Kinder.

4 Verbindlichkeiten

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	2.012.624.203,64 EUR	2.126.841.673,02 EUR

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde und der Höhe nach feststehenden Schulden. Sie sind in der Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.

Die Verbindlichkeiten sind entsprechend § 42 Abs. 4 Ziffer 4 KomHVO NRW zu gliedern. Der Bilanzausweis orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten, z. B. aus Krediten für Investitionen und zur Liquiditätssicherung, aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Transferleistungen. Bei den Krediten für Investitionen ist zusätzlich eine Gliederung nach Gläubigern vorgeschrieben.

Gemäß § 45 Abs. 3 KomHVO NRW ist dem Anhang zum Jahresabschluss ein Verbindlichkeitspiegel beizufügen, welcher der Mindestgliederung des § 48 KomHVO NRW entspricht. Darin sind die Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten aufzuführen. Weiterhin sind die Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten nachrichtlich auszuweisen.

Der vorgelegte Verbindlichkeitspiegel (Anlage 2.5 dieses Berichtes) entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der KomHVO NRW vom MHKBG verbindlichen Muster. Die im Verbindlichkeitspiegel enthaltenen Werte stimmen mit den Werten der Bilanz zum 31.12.2019 überein.

4.1 Anleihen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	0,00 EUR	0,00 EUR

Bei der Stadt Duisburg sind keine Anleihen vorhanden.

4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	488.817.803,14 EUR	484.039.162,16 EUR

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind die der Gemeinde von einem Dritten für Investitionen zur Verfügung gestellten Finanzmittel, die zurückgezahlt werden müssen und für welche die Kommune Zinsen zu leisten hat.

Kredite dürfen nach § 86 Abs. 1 GO NRW nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten für Investitionen wird jährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt (2019: 22,329 Mio. EUR).

Mit Beschlussfassung zur DS 15-0505 vom 22.04.2015 ist mit Blick auf die perspektivisch erforderlichen Investitionsbedarfe der Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) ein Kapitalerhöhungsbeschluss über 203,700 Mio. EUR für die übergeordnete Management-Holding Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) herbeigeführt worden. Die Kapitalerhöhung sollte durch Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der DVV unter Berücksichtigung der Investitions- und Mittelbedarfe des Unternehmens in Tranchen erfolgen. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat unter Auflagen die Zuzahlung in die Kapitalrücklage genehmigt und gleichzeitig die Zuzahlung auf 176,200 Mio. EUR beschränkt. In 2019 wurden letztmalig 24,359 Mio. EUR für neue Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Kapitalerhöhung verwendet.

Durch die Kreditaufnahmen in Höhe von insgesamt 28,281 Mio. EUR und unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen von 23,503 Mio. EUR haben sich zum Bilanzstichtag die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 4,779 Mio. EUR (Nettoneuverschuldung) erhöht. Die im Anhang ausgewiesene Netto neuverschuldung ist nicht korrekt dargestellt. In Höhe von 16,537 Mio. EUR wurden Kreditmarktmittel umgeschuldet.

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Restkapital in der Bilanz ausgewiesen. Es liegen entsprechende Saldenbestätigungen der Sparkasse und der Banken vor.

4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	1.222.900.035,50 EUR	1.347.400.053,65 EUR

Durch eine angemessene Liquiditätsplanung hat die Gemeinde ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen (§ 89 Abs. 1 GO NRW). Sie kann zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde in der Haushaltssatzung 2019 auf 2.200,000 Mio. EUR festgesetzt. Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung (§ 89 Abs. 2 GO NRW).

Die Kreditverbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag in der Bilanz ausgewiesen. Anhand der Saldenbestätigungen der Kreditgeber konnte die Übereinstimmung der Werte festgestellt werden.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung zum Stichtag um 124,500 Mio. EUR verringert.

4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	23.189.952,01 EUR	24.415.630,29 EUR

Es sind in diesem Bilanzposten Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften anzusetzen, aus denen eine Zahlungsverpflichtung der Gemeinde begründet wurde, die einer Kreditaufnahme wirtschaftlich entspricht. Dabei sind nur die gemeindlichen Rechtsgeschäfte als kreditähnlich einzuordnen, die mit der Investitionstätigkeit der Gemeinde in Verbindung stehen. Zu den kreditähnlichen Rechtsgeschäften der Gemeinde zählen z. B. Leibrentenverträge, Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz und die Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus den in 1995 an die damalige Stadtparkasse Duisburg und die WestLB verkauften Wohnungsbaudarlehen des Amtes für Soziales und Wohnen (Amt 50) in Höhe von

19,449 Mio. EUR. Anhand der Saldenbestätigung der Sparkasse konnte die korrekte Ausweisung der Verbindlichkeit in der Bilanz festgestellt werden.

Zudem sind u. a. die vom IMD verwalteten Leibrenten/Grundstücksrenten in Höhe von 1,878 Mio. EUR ausgewiesen.

4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	93.382.130,46 EUR	100.808.658,27 EUR

Dieser Bilanzposten umfasst noch zu leistende Zahlungen an Dritte aufgrund von erbrachten Lieferungen und Leistungen. Die jeweilige Lieferantenverbindlichkeit ist mit dem Rechnungsbetrag anzusetzen.

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Fremden in Höhe von 3,820 Mio. EUR, gegenüber verbundenen Unternehmen von 9,743 Mio. EUR, gegenüber Beteiligungen von 6,692 Mio. EUR und gegenüber Sondervermögen von 73,127 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 7,427 Mio. EUR gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen bei den Verbindlichkeiten gegenüber der DVV zu verzeichnen. Dahinter verbirgt sich die bedarfsorientierte vierte und letzte Auszahlung der Kapitaleinlage zur Stärkung der Eigenkapitalquote der DVV in Höhe von 24,359 Mio. EUR. Demgegenüber sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen das IMD um insgesamt 12,420 Mio. EUR gestiegen, was hauptsächlich auf höhere liquide Mittel der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD (Betriebsmittel), die der Kernverwaltung kurzfristig zur Verfügung gestellt wurden, zurückzuführen ist (12,020 Mio. EUR).

4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	14.592.619,18 EUR	13.225.911,01 EUR

Unter diesen Bilanzposten fallen Verpflichtungen der Gemeinde, die aus der Übertragung von Finanzmitteln entstanden sind, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht. Sie beruhen nicht auf einem Leistungsaustausch, sondern auf einseitigen Verwaltungsvorfällen und werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft sowohl als Transfererträge als auch als Transferaufwendungen erfasst, z. B. aus der Gewährung von Sozialhilfeleistungen.

Der Bilanzansatz bezieht sich mit 13,949 Mio. EUR im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus Transferleistungen des Jugendamtes (Amt 51), die erst in 2020 zahlungswirksam werden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 1,367 Mio. EUR erhöht. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf Bearbeitungsrückstände im Bereich der Jugendhilfeleistungen zurückzuführen. Maßnahmen zum Abbau der Rückstände sind vom Fachbereich getroffen worden.

4.7 Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	30.350.104,19 EUR	33.532.571,02 EUR

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden alle Verbindlichkeiten erfasst, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

Der obige Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf die Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord (8,404 Mio. EUR) und Abgrenzungsbuchungen (7,190 Mio. EUR). Die Steuerverbindlichkeiten betragen 2,972 Mio. EUR. Außerdem besteht eine Vielzahl von Sachkonten, über die z. B. die Einzahlungen auf Gebührenkonten abgewickelt werden.

4.8 Erhaltene Anzahlungen

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	139.391.559,16 EUR	123.419.686,62 EUR

Erhaltene Anzahlungen sind Finanzmittel, die die Gemeinde von Dritten erhalten hat, welche aber noch nicht zweckbezogen verwendet wurden, sodass deswegen eine grundsätzliche Rückzahlungspflicht bis zur zweckentsprechenden Verwendung besteht.

Zu diesem Bilanzposten gehören insbesondere erhaltene investive Finanzmittel, solange mit diesen noch keine aktivierungsfähigen Vermögensgegenstände ganz oder teilweise angeschafft worden sind. Erst wenn zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend der Zweckvorgabe Vermögensgegenstände angeschafft oder hergestellt wurden, sind die entsprechenden Sonderposten in der Bilanz durch Umschichtung aus diesem Bilanzposten zu bilden.

Der Bilanzansatz bezieht sich u. a. auf Zuwendungen in Höhe von 116,065 Mio. EUR für investive Maßnahmen wie z. B. Fahrzeuge Berufsfeuerwehr

(5,390 Mio. EUR) sowie bisher nicht verwendete Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (8,483 Mio. EUR).

Signifikante Zunahmen im Vergleich zum Vorjahr werden z. B. für die Deichrückverlegung Mündelheim (um 4,536 Mio. EUR auf 7,642 Mio. EUR), bei den Zuwendungen für den Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide (um 5,586 Mio. EUR auf 13,633 Mio. EUR) oder bei den Zuwendungen aus der Schulpauschale (um 15,516 Mio. EUR auf 46,314 Mio. EUR) dargestellt.

Für das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ sind die Zuwendungen des Landes NRW im Berichtsjahr um 3,922 Mio. EUR auf 5,472 Mio. EUR gestiegen. Für die Baumaßnahmen „Umbau Wanheimer Straße“, „Umbau Mercatorstraße“ und „Neubau Fernbusbahnhof“ sind aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten Aktivierungen in den Anlagenbestand Abgänge in Höhe von insgesamt 5,879 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die Erhöhung des Bilanzansatzes um 15,972 Mio. EUR ist insbesondere auf die Zuwendungen aus der Schulpauschale zurückzuführen, die im Vorjahresvergleich um 15,516 Mio. EUR auf 46,314 Mio. EUR zugenommen haben. Die Mittel werden zur Schulraumerweiterung an das IMD weitergeleitet.

Bis zur endgültigen Umbuchung ins Sachanlagevermögen werden die Baumaßnahmen des Projektes „Kommunale Investitionen Duisburg (KIDU)“ als Anlagen im Bau (AiB) aktiviert und die Zuwendungen der Bezirksregierung als erhaltene Anzahlungen passiviert. Die Begleitung und abschließende Testierung der Baumaßnahmen wird durch das RPA vorgenommen.

Zum Bilanzstichtag sind erhaltene Anzahlungen für das Projekt „KIDU“ in Höhe von 3,495 Mio. EUR bilanziert.

5 Passive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2019	Vorjahr
Bilanzansatz	73.704.516,66 EUR	77.648.480,12 EUR

Passive Rechnungsabgrenzungsposten bilden Einnahmen ab, die vor dem Bilanzstichtag eingehen, aber erst nach diesem Stichtag Erträge darstellen (§ 43 Abs. 3 KomHVO NRW).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bilanzansatz um 3,944 Mio. EUR verringert.

Eine wesentliche Veränderung gibt es im Berichtsjahr bei den Zuwendungen des Landes zum Erhalt der „Kita-Rettung Trägervielfalt“. Hier kam es zu einer vollständigen Auflösung von 1,667 Mio. EUR. Eine weitere Verringerung des Bilanzpostens ergibt sich bei den Vorauszahlungen für die Nutzung von Reihen- oder Wahlgräbern um 0,390 Mio. EUR auf 53,361 Mio. EUR.

Weitere bedeutende Einzelposten stellen investive Zuwendungen an Dritte für den städtischen Kostenanteil des Mercatortunnels der A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,769 Mio. EUR sowie für zwei Fußgänger- bzw. Radwegebrücken über die A 59 mit einem bilanzierten Wert von 2,652 Mio. EUR dar.

Nennenswert sind ebenfalls die Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau. Neben Zuführungen in Höhe von 0,189 Mio. EUR kommt es im Berichtsjahr zu Auflösungen von 1,334 Mio. EUR. Der gesamte Einzelposten verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,177 Mio. EUR auf 12,246 Mio. EUR.

5 Gesamtergebnisrechnung und Teilergebnisrechnungen

Die Gesamtergebnisrechnung, die die Jahressummen aller Ertrags- und Aufwandsarten des abgelaufenen Haushaltsjahres enthält, ist in Anlage 3 dieses Berichtes dargestellt. Das Ergebnis aller Produktbereiche (01 - 17) sowie die Summe aller Teilergebnisrechnungen der Geschäftsbereiche entsprechen dem Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung und weisen folgende Veränderungen zum Vorjahr auf:

	in Mio. EUR
Ordentliche Erträge (Anlage 3, Zeile 10)	1.879,295
Mehrerträge gegenüber 2018	51,283

Ursachen für die insgesamt positive Ertragsentwicklung sind vor allem

• Verbesserung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen	41,061
• Verbesserung bei den sonstigen ordentlichen Erträgen	20,087
• Verschlechterung bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6,864
• Verschlechterung bei den Steuern und ähnlichen Abgaben	3,188

Ordentliche Aufwendungen (Anlage 3, Zeile 17)	1.837,978
Mehraufwendungen gegenüber 2018	65,148

Ursachen für die Aufwandsentwicklung sind die

• Erhöhung bei den Personalaufwendungen	11,863
• Erhöhung bei den Versorgungsaufwendungen	12,420
• Erhöhung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3,022
• Verringerung bei den bilanziellen Abschreibungen	4,097
• Erhöhung bei den Transferaufwendungen	39,207
• Erhöhung bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen	2,733

Ordentliches Ergebnis (Anlage 3, Zeile 18)	41,317
Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr	13,865

Finanzerträge	12,435
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	17,586

Finanzergebnis (Anlage 3, Zeile 21)	-5,151
Verbesserung gegenüber dem Vorjahr	3,112

Jahresergebnis 2019 (Anlage 3, Zeile 26)	36,166
---	---------------

Jahresergebnis 2018 (Anlage 3, Zeile 26)	46,920
---	---------------

Im Jahresergebnis 2019 ist die Konsolidierungshilfe in Höhe von 20,430 Mio. EUR (Vorjahr 31,029 Mio. EUR) enthalten, die das Land NRW der Stadt Duisburg aufgrund des Stärkungspaktgesetzes gewährt hat.

Weitere Informationen zu den einzelnen Teilergebnisrechnungen der Organisationseinheiten sind dem Spiegel der Erträge und Aufwendungen zu entnehmen (Anlage 6 dieses Berichtes). In diesem Spiegel wird auf die Darstellung der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (VILV) zwischen den einzelnen Fachbereichen der Stadt Duisburg verzichtet, weil sich diese gesamtergebnisorientiert auf null EUR neutralisieren und daher keine Auswirkungen auf die Gesamtergebnisrechnung haben. Sie dienen lediglich der Darstellbarkeit einer vollständigen Produktkostenberechnung.

Im Berichtsjahr wird auf die vollständige Zusammenstellung der Anlagenblätter aller Organisationseinheiten verzichtet. Vielmehr werden anhand von mehreren Kriterien/Parametern, wie z. B. Höhe der Erträge/Aufwendungen im Verhältnis zur Gesamthöhe in der Gesamtergebnisrechnung oder große Abweichungen des Ergebnisses vor Leistungsverrechnung im Vergleich zum Vorjahr, vom RPA die Geschäftsbereiche festgelegt, für die ein Anlagenblatt mit entsprechenden Erläuterungen zu fertigen ist. Diese Geschäftsbereiche sind in der Anlage 7 dieses Berichtes aufgeführt.

6 Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen

6.1 Hinweise zur Gesamtfinanzrechnung

Nach § 38 KomHVO NRW besteht der Jahresabschluss auch aus der Finanzrechnung. Im SAP-System wurden für eine statistische Mitbuchung der Finanzrechnung die zahlungsrelevanten Sachkonten der Ergebnisrechnung mit den Finanzpositionen der Finanzrechnung über eine Ableitungstabelle verknüpft. Nichtzahlungsrelevante Buchungen werden über gesonderte Belegarten vorgenommen. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln der Gemeinde in der Bilanz ab. Demnach ist der Finanzmittelsaldo der Finanzrechnung mit den liquiden Mitteln der Bilanz abzustimmen.

Die Stadt hat zum Jahresabschluss 2019 für ihre Investitionstätigkeiten eine Gesamtfinanzrechnung und Teilfinanzrechnungen je Geschäftsbereich vorgelegt. Dieses entspricht den Mindestanforderungen nach §§ 3, 4, 40 und 41 KomHVO NRW. Als Bestandteile des Jahresabschlusses sind sie nach § 102 GO NRW ebenfalls zu prüfen.

Die investive Finanzrechnung wird in Stichproben auf Ebene der Organisationseinheiten (Teilfinanzrechnungen) durch das RPA geprüft. Dagegen ist die konsumtive Finanzrechnung wegen der eingangs erläuterten Vorgehensweise nur eingeschränkt prüffähig.

Zwischen dem Wert der liquiden Mittel in der Bilanz und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung bestehen Abweichungen, die in den einzelnen Jahren unterschiedlich hoch ausgefallen sind. Daher wurde 2014 die Finanzrechnung geprüft. Die Prüfung ergab, dass von der Ordnungsmäßigkeit der Datenverknüpfungen zur Finanzrechnung ausgegangen werden kann. Wesentliche Abweichungen werden auf Empfehlung des RPA jeweils im Anhang erläutert.

Die Abweichungen zwischen dem Bilanzwert der liquiden Mittel und dem Saldo der Gesamtfinanzrechnung werden anhand der Arbeitsanweisung zur Abstimmung der Finanzrechnung vom Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) ermittelt und abgestimmt. Die bei der Abstimmung ermittelten Abweichungen waren erklärbar und konnten verschiedenen Ursachen zugeordnet werden (u. a. den Customizing-Einstellungen des SAP-Systems).

Die Abweichung hat sich gegenüber dem Vorjahr von 2,911 Mio. EUR um 1,132 Mio. EUR auf 1,779 Mio. EUR reduziert. Im Anhang (Seite 44) wird die Abweichung aufgeschlüsselt und erläutert.

6.2 Investitionen

Die Gesamtfinanzzrechnung (Anlage 4 dieses Berichtes) weist für den Bereich der Investitionstätigkeit folgende Werte aus:

	Ansatz 2019 (fortgeschrieben) EUR	Ergebnis 2019 EUR
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	113.717.000,00	67.497.486,66
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	237.804.326,00	93.019.463,41
Saldo	- 124.087.326,00	- 25.521.976,75

In Anlage 5 dieses Berichtes sind die Investitionsmaßnahmen mit Auszahlungen über 500.000,00 EUR aufgeführt und teilweise erläutert.

7 Hinweise zum Anhang

Der Anhang ist nach § 95 Abs. 2 Satz 2 GO NRW und § 38 Abs. 1 Ziffer 5 KomHVO NRW verpflichtender Bestandteil des Jahresabschlusses einer Kommune in Nordrhein-Westfalen (Anlage 2 dieses Berichtes). Die Angaben und Erläuterungen des Anhangs sind in der Form vorzulegen, dass sachverständige Dritte diese beurteilen können.

Gemäß § 45 Abs. 1 KomHVO NRW sind im Anhang Angaben zu den verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu machen. Ferner sind die Positionen der Ergebnis- und der Finanzrechnung (Investitions- und Finanzierungstätigkeit) zu erläutern. Angewandte Vereinfachungsregelungen und Schätzungen sind zu beschreiben.

Darüber hinaus sind nach § 45 Abs. 2 KomHVO NRW verschiedene weitere Angaben verbindlich festgelegt. So sind u. a. die Entwicklung des Eigenkapitals, Instandhaltungsrückstellungen, die Aufgliederung des Postens „Sonstige Rückstellungen“, Abweichungen von der linearen Abschreibung oder der örtlichen Abschreibungstabelle, noch nicht erhobene Beiträge aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen oder die Verpflichtungen aus Leasingverträgen zu nennen und zu erläutern.

Dem Anhang sind ferner fünf Pflichtanlagen nach § 45 Abs. 3 KomHVO NRW beizufügen (Anlagen-, Forderungs-, Verbindlichkeiten- und Eigenkapitalspiegel sowie eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen). Über die im Verbindlichkeitspiegel enthaltenen Angaben hinaus sind auch die Haftungsverhältnisse und Sachverhalte auszuweisen, aus denen sich in Zukunft weitere erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

Die Prüfung des Anhangs ergab, dass alle vorgeschriebenen Angaben und Erläuterungen vollständig enthalten sind. Er erfüllt somit seine Funktion als ein Bestandteil des Jahresabschlusses 2019, der insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde vermitteln soll.

Des Weiteren beinhaltet der Anhang einen Rückstellungsspiegel. Die Pflichtanlagen folgen den Bestimmungen der KomHVO NRW und den verbindlichen Mustern des MHKBG NRW.

8 Örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände

Nach § 36 Abs. 1 KomHVO NRW sind bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu vermindern. Für die Erfassung des Werteverzehrs in Form von Abschreibungen sind gemäß § 36 Abs. 4 KomHVO NRW von der Gemeinde wirtschaftliche Nutzungsdauern für das abnutzbare Sachanlagevermögen zu bestimmen.

Die Stadt Duisburg hat unter Beachtung der vom für Kommunales zuständigen Ministerium bekannt gegebenen „NKF-Rahmentabelle der Gesamtnutzungsdauer für kommunale Vermögensgegenstände“ eine örtliche Abschreibungstabelle erstellt. Hierin sind die individuellen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände entsprechend ihrer technischen und betriebsgewöhnlichen Nutzung durch konkrete Jahresangaben festgelegt. Neben den verbindlich vorgegebenen „Vermögenskategorien“ enthält die örtliche Abschreibungstabelle der Stadt Duisburg weitere Vermögensgegenstände, die im individuellen Vermögensbestand der Fachbereiche enthalten sind. Die Abschreibungstabelle wurde vom RPA bewertet und geprüft.

9 Inventur, Inventar und Festwerte

Nach § 29 Abs. 1 Ziffer 1 i. V. m. § 30 Abs. 2 KomHVO NRW sind Vermögensgegenstände mindestens alle fünf Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen. Hierzu gehört auch die Erfassung des beweglichen Anlagevermögens, zu dem vor allem die Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge gehören. Diese Vermögensteile sind in den Inventarlisten entweder als Einzelvermögensgegenstände oder zusammengefasst zu Festwerten aufgeführt. Festwerte können gemäß § 29 Abs. 1 Ziffer 1 KomHVO NRW aus Vereinfachungsgründen bei Vermögensgegenständen des beweglichen Anlagevermögens gebildet werden, wenn deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist und die Gegenstände regelmäßig ersetzt werden. Beim Festwertverfahren werden die Vermögensgegenstände in Höhe der aktuellen Anschaffungskosten abzüglich eines durchschnittlichen Wertabschlags für Abnutzung aktiviert.

Aufgrund der zum 01.01.2019 in Kraft getretenen KomHVO NRW wurde die „Inventurrichtlinie für das bewegliche Anlagevermögen“ der Stadt Duisburg durch die Anlagenbuchhaltung aktualisiert. Die Inventur wird weiterhin nach einem rollierenden Verfahren durchgeführt. Hierfür werden die Fachbereiche nunmehr in vier (bis zum Jahr 2018 in drei) Inventurgruppen eingeteilt, die dann zeitversetzt jeweils alle vier (zuvor drei) Jahre eine Inventur durchführen. Der Erfassungstichtag für dieses System ist der 28.02. des betreffenden Inventurjahres. Durch das Rotationsprinzip bleiben das Verfahren der permanenten Inventur und damit die vorteilhafte Inventurabwicklung während des laufenden Haushaltsjahres bestehen.

Die Inventurgruppen sind nicht statisch festgeschrieben. Wenn betriebliche Gründe vorliegen, die eine Inventur in dem dafür vorgesehenen Jahr behindern, ist es möglich, die Inventur in Absprache mit der Anlagenbuchhaltung um ein Jahr zu verschieben. Der zwingende 5-Jahres-Rhythmus des § 29 Abs. 1 Ziffer 1 KomHVO NRW wird somit eingehalten.

Im Jahr 2019 wurde die Inventur des beweglichen Anlagevermögens bei den Fachbereichen der neuen Inventurgruppe I durchgeführt. Im Einzelnen waren das Dezernat des Oberbürgermeisters, das Dezernat für Personal, Organisation und bezirkliche Angelegenheiten (ausgenommen des Amtes für bezirkliche Angelegenheiten), die Stabsstelle Digitalisierung, das Umweltamt sowie das Kommunale Integrationszentrum beteiligt. Da die Inventurergebnisse der Feuerwehr zum Abschlussstichtag 31.12.2018 noch nicht vollständig vorgelegen haben, wurden die Inventurergebnisse für die Festwertanlagen erst im Berichtsjahr im Buchführungssystem SAP erfasst. Der zwingende 5-Jahres-Rhythmus des § 29 Abs. 1 Ziffer 1 KomHVO NRW wurde beachtet.

10 Kennzahlen zur Vermögens- und Schuldenlage

10.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Stadt Duisburg lässt sich anhand ihrer Bilanz erkennen: das Vermögen auf der Aktiv- und das Kapital auf der Passivseite. Erläuterungen hierzu finden sich im Anhang und im Lagebericht zum Jahresabschluss. Zur Aufbereitung der Bilanz werden ihre einzelnen Posten ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr analysiert. Diese Bilanzanalyse ist für einen interkommunalen Vergleich hilfreich, sollte aber stets unter Berücksichtigung der örtlichen Beteiligungs- bzw. Konzernstruktur vorgenommen werden.

Das Vermögen der Stadt Duisburg besteht zum 31.12.2019 zu 88,6 % aus Anlagevermögen (überwiegend Infrastrukturvermögen und Finanzanlagen). Der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ist auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen. Ansonsten ergeben sich keine strukturellen Auffälligkeiten.

Wesentliche Änderungen auf der Aktivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Stand		Veränderung		Anteil an Bilanzsumme in %
	31.12.2019	31.12.2018	Absolut in Mio. EUR	relativ in %	
	in Mio. EUR				
Anlagevermögen	4.499,441	4.525,006	-25,565	-0,6	88,6
davon Infrastrukturvermögen	2.077,299	2.114,060	-36,761	-1,7	40,9
davon Geleistete Anzahlungen, AiB	107,018	89,742	+17,276	+19,3	2,1
davon Finanzanlagen	1.788,283	1.790,837	-2,554	-0,1	35,2
Umlaufvermögen	182,975	193,148	-10,173	-5,3	3,6
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	322,389	359,620	-37,231	-10,4	6,3

Diese Änderungen tragen zu einer Verminderung der Bilanzsumme um 71,406 Mio. EUR (1,4 %) bei.

Das Kapital der Stadt Duisburg besteht zu 1,1 % aus Eigenkapital, das allerdings als Sonderrücklage für Stiftungsvermögen gebunden ist. Seit Jahren sind Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage aufgezehrt. Knapp ein Viertel der Bilanzsumme besteht aus Krediten zur Liquiditätssicherung - hier ergibt sich eine Verringerung von 124,500 Mio. EUR (9,2 %).

Wesentliche Änderungen auf der Passivseite der Bilanz gegenüber dem Vorjahr sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Stand		Veränderung		Anteil an Bilanzsumme in %
	31.12.2019	31.12.2018	Absolut in Mio. EUR	relativ in %	
	in Mio. EUR				
Sonderposten	1.499,741	1.536,477	-36,736	-2,4	29,5
Rückstellungen	1.437,746	1.354,254	+83,492	+6,2	28,3
Verbindlichkeiten	2.012,624	2.126,842	-114,218	-5,4	39,6
davon aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.222,900	1.347,400	-124,500	-9,2	24,1
davon aus Lieferungen und Leistungen	93,382	100,809	-7,427	-7,4	1,8

Eine ausführliche Analyse der Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Duisburg ist Kapitel 4 des Lageberichtes zu entnehmen.

10.2 Kennzahlen

Die Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation, der Ertrags- und Finanzlage sowie der Vermögens- und Schuldenlage sind ebenfalls im Lagebericht dargestellt. Kennzahlen können entweder mit Vorjahren oder interkommunal verglichen werden. Letzteres ist derzeit nur mit eingeschränkter Aussagekraft möglich, weil sich branchenabhängige Erfahrungswerte noch entwickeln müssen. Im Folgenden wird eine Zeitreihenanalyse für ausgewählte Kennzahlen vorgenommen, bei denen wesentliche Änderungen oder ein Trend zu erkennen sind. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation der Stadt Duisburg zulässt. Einzelne Kennzahlen waren für die Eröffnungsbilanz wegen ihrer ausschließlichen Stichtagsbezogenheit noch nicht vorhanden (gekennzeichnet mit n. b. = „nicht berechenbar“).

	Eigenkapitalquote 1	Eigenkapitalquote 2	Infrastrukturquote	Investitionsquote	Anlagendeckungsgrad 2	Liquidität 2. Grades	Zinslastquote	Netto-Steuerquote	Zuwendungsquote
EB2008	7,95	41,99	48,82	n. b.	71,97	1,37	n. b.	n. b.	n. b.
JA2008	4,81	38,25	47,68	57,77	68,77	12,93	6,15	39,15	39,40
JA2009	1,44	35,45	47,60	115,50	65,70	12,99	3,40	34,58	42,22
JA2010	1,05	34,55	46,99	79,70	62,85	9,72	2,40	31,05	45,39
JA2011	1,05	33,88	45,96	46,85	65,26	9,01	2,88	33,30	44,18
JA2012	1,04	32,85	44,54	30,41	65,61	10,76	2,19	34,61	45,12
JA2013	1,05	32,23	43,81	37,53	65,43	8,62	2,02	34,91	44,01
JA2014	1,05	31,39	42,70	39,30	66,05	8,70	2,05	33,01	43,57
JA2015	1,02	31,05	41,57	169,11	68,13	9,81	3,47	35,41	41,21
JA2016	1,04	31,14	41,45	37,84	71,09	11,25	1,22	33,73	40,77
JA2017	1,04	30,29	41,10	32,57	71,09	16,90	1,02	33,82*	40,84
JA2018	1,06	30,35	41,05	71,48	72,29	12,58	1,00	35,29	40,77
JA2019	1,07	30,13	39,53	63,09	74,41	17,81	0,96	34,24	41,84

alle Angaben in %

* Angabe im Lagebericht nicht korrekt

Eigenkapitalquote 1

Die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt Duisburg wird u. a. anhand der Eigenkapitalquote 1, die den Anteil des Eigenkapitals zum Gesamtkapital misst, dargestellt. Sie wird sich in den Folgejahren erst ändern, wenn durch Überschüsse das negative Eigenkapital abgebaut worden ist.

Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 gleicht der Eigenkapitalquote 1, schließt aber zusätzlich noch die Sonderposten für Zuwendungen/Beiträge, die ebenfalls Eigenkapitalcharakter haben, mit in die Betrachtung ein.

Infrastrukturquote

Zur Analyse der Vermögenslage wird u. a. die Infrastrukturquote herangezogen, die das Infrastrukturvermögen ins Verhältnis zum Gesamtvermögen setzt. Der Wert für 2019 zeigt, dass der Anteil des Infrastrukturvermögens am Vermögen der Stadt weiterhin sinkt.

Investitionsquote

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Nachdem diese in 2018 auf 71,48 % angestiegen war, ist diese im Berichtsjahr um 8,39 % auf 63,09 % gesunken. Dies ist auf geringere Bruttoinvestitionen in Höhe von 5,449 Mio. EUR und auf höhere Abgänge und Abschreibungen des Anlagevermögens in Höhe von 3,066 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

Anlagendeckungsgrad 2

Zur Verdeutlichung der Finanzlage dient u. a. der Anlagendeckungsgrad 2, der die langfristige Finanzierung des Anlagevermögens misst. Hier ist ein erneuter Anstieg der Kennzahl zu erkennen.

Liquidität 2. Grades

Diese Kennzahl zeigt, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Bei der Liquidität 2. Grades ist eine Verbesserung von 5,23 % zum Vorjahr eingetreten.

Zinslastquote

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht. Sie belegt, dass trotz der hohen Verbindlichkeiten günstige Kreditmarktzinsen genutzt werden konnten. Seit 2016 sinkt die Zinslastquote und hat zum Stichtag 31.12.2019 mit 0,96 % den niedrigsten Stand seit Einführung des NKF.

Netto-Steuerquote

Diese Kennzahl zur Ertragslage gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z. B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, werden die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistenden Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am „Solidarpakt II“ von den Steuererträgen in Abzug gebracht. Die Steuerertragslage hat sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 3,187 Mio. EUR verschlechtert.

Zuwendungsquote

Als Gegenstück zur Netto-Steuerquote gibt die Zuwendungsquote an, zu welchem Teil die Gemeinde von z. B. staatlichen Zuwendungen und Leistungen Dritter abhängig ist. Sie setzt die Erträge aus Zuwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen. In 2019 ist die Zuwendungsquote um 1,07 % gestiegen. Im direkten Vergleich ist die Zuwendungsquote höher als die Netto-Steuerquote und somit ist erkennbar, dass sich die Stadt Duisburg mehr durch Dritte als durch sich „selbst“ finanziert.

Weitere Kennzahlen enthält Kapitel 7 des Lageberichts. Insgesamt geben die Auswertungen der Bilanz und der Kennzahlen einen Einblick in die wirtschaftliche Situation der Stadt Duisburg und entsprechen den Aussagen im Lagebericht.

V Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung wird folgender uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt:

An die Stadt Duisburg

Prüfungsurteile

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss der Stadt Duisburg zum 31. Dezember 2019, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie den Teilrechnungen, dem Anhang und dem Lagebericht geprüft. Die Buchführung wurde in die Prüfung einbezogen. Die Prüfung erstreckte sich auch darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzende ortsrechtliche Bestimmungen oder sonstige Satzungen beachtet worden sind.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie sie ergänzende ortsrechtliche Bestimmungen oder sonstige Satzungen. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Duisburg.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Duisburg. Er stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt. Die Prüfung hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entlastung des Oberbürgermeisters durch den Rat der Stadt entgegenstehen.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 59 Abs. 3 i. V. m. § 102 Abs. 1 GO NRW in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Die Verantwortung der Rechnungsprüfung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung der Rechnungsprüfung für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ des Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Die örtliche Rechnungsprüfung ist nach § 101 Abs. 2 GO NRW bei der Erfüllung der ihr zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für die Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Entwurf des Jahresabschlusses und des Lageberichts wird nach § 95 Abs. 5 GO NRW vom Stadtkämmerer aufgestellt und dem Oberbürgermeister zur Bestätigung vorgelegt.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts und dass dieser insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt, in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung der Rechnungsprüfung für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Das Ziel der Rechnungsprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss und mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Darüber hinaus soll ein Bestätigungsvermerk erteilt werden, der die Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 102 GO NRW in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung wird pflichtgemäßes Ermessen ausgeübt und eine kritische Grundhaltung bewahrt. Darüber hinaus

- identifiziert und beurteilt die Rechnungsprüfung die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht. Sie plant und führt Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch. Die Rechnungsprüfung erlangt Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für das Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnt die Rechnungsprüfung ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten IKS und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Gemeinde abzugeben.
- beurteilt die Rechnungsprüfung die Angemessenheit der vom gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- beurteilt die Rechnungsprüfung die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie, ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt.
- beurteilt die Rechnungsprüfung den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gemeinde.
- führt die Rechnungsprüfung Prüfungshandlungen zu den vom gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollzieht die Rechnungsprüfung dabei insbesondere die zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilt die sachgerechte Ableitung der Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu diesen Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen wird nicht abgegeben. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Duisburg, den 10.08.2020

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a final horizontal stroke.

Dirk Tabel
Leiter des
Rechnungsprüfungsamtes

Anlagen

Anlage 1	Bilanz
Anlage 2	Anhang
Anlage 2.1	Anlagenspiegel
Anlage 2.2	Forderungsspiegel
Anlage 2.3	Eigenkapitalspiegel
Anlage 2.4	Rückstellungsspiegel
Anlage 2.5	Verbindlichkeitspiegel
Anlage 2.6	Ermächtigungsübertragungen
Anlage 3	Gesamtergebnisrechnung
Anlage 4	Gesamtfinanzrechnung
Anlage 5	Investitionsmaßnahmen 2019 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR
Anlage 6	Spiegel der Erträge und Aufwendungen je Organisationseinheit
Anlage 7	Ergebnisse je Organisationseinheit

Anlage 1 Bilanz

Stadt Duisburg				Bilanz				Passiva			
Aktiva											
		Stand	Stand			Stand	Stand			Stand	Stand
		31.12.2019	31.12.2018			31.12.2019	31.12.2018			EUR	EUR
1	Anlagevermögen										
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände										
1.2	Sachanlagevermögen										
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	405.588.976,91	600.875,97	733.612,78	1	Eigenkapital	0,00	54.475.103,67	54.475.103,67	54.475.103,67	54.475.103,67
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.070.221,06		406.268.041,58	1.1	Allgemeine Rücklage	0,00				
1.2.3	Infrastrukturvermögen	2.077.299.294,50		20.667.468,75	1.2	Sonderrücklagen	0,00				
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00		2.114.060.024,65	1.3	Ausgleichsrücklage	0,00				
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.818.589,80		17.818.589,80	1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00				
1.2.6	Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	14.711.538,74		16.285.475,83	2	Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens					
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.050.683,01		68.593.987,81	2.1	Sonderposten für Zuwendungen	1.336.575.872,57			1.383.567.062,83	1.383.567.062,83
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	107.017.905,66	2.710.557.209,68	89.741.861,88	2.2	Sonderposten für Beiträge	139.104.367,44			144.992.484,53	144.992.484,53
1.3	Finanzanlagen				2.3	Sonstige Sonderposten	24.060.777,07			27.917.439,62	27.917.439,62
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	1.092.091.358,01		1.089.037.299,74	3	Rückstellungen					
1.3.2	Beteiligungen	295.490.721,80		295.644.795,33	3.1	Pensionsrückstellungen	1.172.801.810,00			1.133.330.380,00	1.133.330.380,00
1.3.3	Sondervermögen	338.607.160,65		337.732.025,57	3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00			0,00	0,00
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	33.838.214,30		32.211.005,46	3.3	Instandhaltungsrückstellungen	3.352.589,56			6.446.411,54	6.446.411,54
1.3.5	Ausleihungen	28.255.842,86	1.788.283.297,62	36.211.650,83	3.4	Sonstige Rückstellungen	261.591.196,79			1.437.745.596,35	214.477.637,46
2	Umlaufvermögen				4	Verbindlichkeiten	0,00				0,00
2.1	Vorräte				4.1	Anleihen	0,00				
2.1.1	Roh- Hilfs-Betriebsstoffe, Waren	852.906,11		839.063,85	4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen					
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	59.531,93	912.438,04	59.531,93	4.2.1	von verbundenen Unternehmen	0,00			0,00	0,00
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				4.2.2	von Beteiligungen	0,00			0,00	0,00
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	110.924.600,70		110.961.178,05	4.2.3	von Sondervermögen	0,00			0,00	0,00
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	51.480.203,51		56.629.803,24	4.2.4	vom öffentlichen Bereich	0,00			0,00	0,00
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	3.148.220,86	165.553.025,07	8.692.552,50	4.2.5	von Kreditinstituten	488.817.803,14			484.039.162,16	484.039.162,16
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00	0,00	4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.222.900.035,50			1.347.400.053,65	1.347.400.053,65
2.4	Liquide Mittel	16.509.321,81		15.965.594,75	4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	23.189.952,01			24.415.630,29	24.415.630,29
3	Aktive Rechnungsabgrenzung		73.485.053,12	71.923.322,61	4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.382.130,46			100.808.658,27	100.808.658,27
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	14.592.619,18			13.225.911,01	13.225.911,01
4.1	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	358.555.373,08		406.539.600,74	4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	30.350.104,19			33.532.571,02	33.532.571,02
4.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-36.166.156,99		-46.919.814,89	4.8	Erhaltene Anzahlungen	139.391.559,16			123.419.686,62	123.419.686,62
		5.078.290.437,40	5.149.696.672,79	5.078.290.437,40	5.	Passive Rechnungsabgrenzung					

Jahresabschluss

für das Haushaltsjahr

vom 01.01.2019 – 31.12.2019

Anhang



Inhaltsverzeichnis

- A. Allgemeine Angaben**
- B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**
- C. Erläuterungen zur Bilanz**
- D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung**
- E. Erläuterungen zur Finanzrechnung**
 - 1. konsumtive Finanzrechnung**
 - 2. investive Finanzrechnung**
- F. Sonstige Angaben**

Anlagen zum Jahresabschluss 31.12.2019

- A. Anlagenspiegel**
- B. Forderungsspiegel**
- C. Eigenkapitalspiegel**
- D. Rückstellungsspiegel**
- E. Rückstellungen WBD**
- F. Verbindlichkeitspiegel**
- G. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Duisburg**
- H. Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen**
- I. Organe und Mitgliedschaften: Verwaltungsvorstand**
- J. Organe und Mitgliedschaften: Ratsmitglieder**

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2019 wurde nach den Vorschriften der Gemeindeordnung und der Kommunalen Haushaltsverordnung NRW erstellt.

Soweit in diesen Vorschriften auf weitere Gesetze verwiesen wird, werden auch diese angewandt.

Die Vorschriften der Änderung der Gemeindeordnung NRW und die Ablösung der Gemeindehaushaltsverordnung durch die Kommunale Haushaltsverordnung NRW zum 01.01.2019 wurden im Haushaltsjahr 2019 angewendet. Nähere Ausführungen befinden sich in den Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Die **immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet (§ 91 Absatz 1 und Absatz 4 GO).
2. Die Ermittlung der Wertansätze für das **Sachanlagevermögen** in der Eröffnungsbilanz ist gemäß § 55 Abs. 1 KomHVO i.V. mit § 92 Abs. 2 GO stichtagsbezogen auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen worden. Bei der Ermittlung der Wertansätze der Vermögensgegenstände wurde hierbei grundsätzlich der Wiederbeschaffungszeitwert herangezogen. Grundlage für die Berechnung sind die (ursprünglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes. Diese wurden mit Hilfe von Preisindizes auf den Bilanzstichtag hochgerechnet. Entsprechend den Bestimmungen des § 36 KomHVO ist der Wertansatz für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, im Rahmen der Zeitwertermittlung um planmäßige lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der festgesetzten Restnutzungsdauern vermindert worden. Diese Werte gelten als fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Zugänge des Sachanlagevermögens ab dem 01.01.2008, sowie Anschaffungen der vor diesem Stichtag auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umgestellten Ämter ab dem 01.01.2006, sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände bemessen. Seit dem 01.01.2013 beginnt die Abschreibung im Monat der Anschaffung von Vermögensgegenständen. Bis zum 31.12.2012 erfolgten die Abschreibungen mit Beginn des Folgemonats des Zugangs der Vermögensgegenstände.

Grundsätzlich wird die Einzelbewertung angewandt. Teilbereiche der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grünanlagen sind aus Vereinfachungsgründen nach dem Festwertverfahren gemäß § 29 Abs. 1 KomHVO bewertet. Es handelt sich im Wesentlichen um

- Aufwuchs und Ausstattung von Forst- und Parkanlagen
- Einrichtungen in Schulen
- Einrichtungen in Kindertagesstätten
- Fahrzeugbeladungen der Feuerwehr
- Büromobiliar
- Medienbestände der Stadtbibliothek

Aktivierungspflichtige Instandsetzungsmaßnahmen im Sinne des § 36 Abs. 5 KomHVO wurden geprüft. Voraussetzungen für eine Aktivierung waren nicht gegeben.

Nach § 56 Abs. 3 KomHVO werden für die Kulturpflege bedeutsame Vermögensgegenstände mit ihrem Versicherungswert, ansonsten mit dem einer dauerhaften Versicherung zu Grunde zu legenden Wert angesetzt. Sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte werden mit einem Erinnerungswert (1,00 EUR) angesetzt.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten oder Herstellungskosten wertmäßig den Betrag von 410,00 EUR ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, die selbstständig ge-

nutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, werden nach § 36 Abs. 3 KomHVO unmittelbar als Aufwand verbucht.

3. Die Bewertung der **verbundenen Unternehmen, Beteiligungen** und **Sondervermögen** erfolgt, mit Ausnahme von Einzelfällen, in denen die Ertragswertmethode anzuwenden ist, nach der Substanzwertmethode. Beteiligungen von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sind nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Sofern Beteiligungen ein negatives Eigenkapital ausweisen, wurde ein Erinnerungswert angesetzt.
4. Die Erstbewertung der **Wertpapiere des Anlagevermögens** erfolgte in Höhe des anteiligen Stammkapitals, die der börsennotierten Aktien in Höhe des Tiefstkurses der vergangenen 12 Wochen, ausgehend vom Bilanzstichtag. Außerplanmäßige Abschreibungen werden nach § 36 Abs. 6 KomHVO durchgeführt, wenn es sich um dauernde Wertminderungen handelt. Bei einer vorübergehenden Wertminderung einer Finanzanlage wird geprüft, inwieweit eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren Wert durchzuführen ist.
5. Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Der Wert der Vorräte wird am Jahresende über die Inventur ermittelt. Bestandsveränderungen werden aufwandserhöhend bzw. aufwandsmindernd gebucht.
6. Die **Forderungen** und die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert unter Abzug gebotener Wertberichtigungen angesetzt. Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind in der „Richtlinie zur Erfassung und Bewertung von Forderungen“ geregelt.
7. Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert ausgewiesen.
8. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind.
9. Die **Sonderposten** beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertiggestellte Vermögensgegenstände. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände über die festgelegte Restnutzungsdauer. Ab dem Haushaltsjahr 2008 sowie für die ab 2006 umgestellten Ämter erfolgt eine direkte Zuordnung der Sonderposten auf die Vermögensgegenstände zum Nennbetrag.
10. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz des Wirklichkeitsprinzips gebildet. Alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen berücksichtigen den am wahrscheinlichsten zutreffenden Wert. Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 37 Abs. 1 KomHVO nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, bezogen auf den Bilanzstichtag bewertet, mit Ausnahme der seit dem 01.07.2008 wirksamen Erhöhung der Versorgungsbezüge. Dieser Versorgungsaufwand, der nicht über die Rückstellung gedeckt ist, wird zukünftig über eine jährliche ratierliche Bereitstellung des Erhöhungsbetrages die Jahresergebnisse belasten. Der Rechnungszins für die Pensionsrückstellungen beträgt 5%. Die Beihilfen nach § 75 des Landesbeamtengesetzes sind pauschal mit 23%, bezogen auf die Rückstellungen von Versorgungsbezügen, ermittelt.
11. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.
12. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden.

C. Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

1. Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen, zu deren Erlangung bei der Gemeinde Aufwendungen entstanden und die einer Bewertung fähig sind. Nach § 44 Abs. 1 KomHVO NRW dürfen immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nur aktiviert werden, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Software-Lizenzen, EDV-Software sowie um ein Nutzungsrecht.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Konzessionen, Nutzungsrechte	0,00	0,00
Lizenzen	173.274,70	288.395,13
Software	427.601,27	445.217,65
	600.875,97	733.612,78

1.2 Sachanlagen

Entsprechend § 34 KomHVO NRW wurden sämtliche Vermögensgegenstände per 31.12.2019 in die Bilanz aufgenommen, sofern die Gemeinde wirtschaftlicher Eigentümer war und diese selbstständig verwertbar sind. Anlagenzugänge werden gemäß § 34 KomHVO NRW mit den Anschaffungskosten und Herstellungskosten aktiviert.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	405.588.976,91	406.268.041,58
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	20.070.221,06	20.667.468,75
Infrastrukturvermögen	2.077.299.294,50	2.114.060.024,65
Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	17.818.589,80	17.818.589,80
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	14.711.538,74	16.285.475,83
Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.050.683,01	68.593.987,81
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	107.017.905,66	89.741.861,88
	2.710.557.209,68	2.733.435.450,30

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der unbebauten Grundstücke wurde eine Differenzierung vorgenommen in:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Grünflächen	185.362.930,37	186.584.803,61
Ackerland	32.336.456,34	30.919.490,98
Wald und Forsten	18.423.573,12	18.452.446,99
Sonstige unbebaute Grundstücke	169.466.017,08	170.311.300,00
	405.588.976,91	406.268.041,58

Unter der Position Grünflächen sind folgende Nutzungsformen bilanziert:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Park- und Grünanlagen	109.455.810,67	110.122.102,40
Kleingärten	29.612.960,67	29.705.984,85
Friedhöfe	6.675.298,08	6.419.671,03
Sportflächen, Spielplätze	28.090.652,21	28.925.641,51
Wasserflächen	363.712,23	364.673,17
Naturschutzflächen	11.164.496,51	11.046.730,65
	185.362.930,37	186.584.803,61

Die Verringerung des Bilanzansatzes um 1,2 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus planmäßigen Abschreibungen i.H. von 1,9 Mio. EUR, denen Zugänge von 1,2 Mio. EUR und Abgänge von 0,5 Mio. EUR gegenüber stehen.

Ackerland

Unter der Position Ackerland werden sowohl der Grund und Boden des begünstigten Agrarlandes (besondere Flächen der Land- oder Forstwirtschaft) als auch die rein landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgewiesen.

Wald und Forsten

Es handelt sich hierbei um die Grundstücksbewertung von Wald- und Forstflächen.

Sonstige unbebaute Grundstücke

Unter den sonstigen unbebauten Grundstücken werden insbesondere das Bauland, Rohbau- und Bauerwartungsland sowie Grundstücke, für die Erbbaurechte vergeben worden sind, ausgewiesen. Aufgrund von Grundstücksverkäufen von 3,0 Mio. EUR, Grundstücksankäufen von 1,0 Mio. EUR und Umbuchungen aufgrund von Grundstücksfortführungen in Höhe von 1,2 Mio. EUR verringerte sich der Bilanzwert um 0,8 Mio. EUR.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bei der Bilanzierung der bebauten Grundstücke wird grundsätzlich unterschieden zwischen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00
Schulen	0,00	0,00
Wohnbauten	7.268.802,49	7.497.923,39
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	12.801.418,57	13.169.545,36
	20.070.221,06	20.667.468,75

Im Zuge der Betriebsgründungen IMD und WBD wurden wesentliche Teile des bebauten Grundbesitzes – insbesondere Schulen, Kindergärten und Feuerwachen – auf die Betriebe verlagert. Im Eigentum der Kernverwaltung befinden sich die nicht dem Sport-Eigenbetrieb übertragenen Sportanlagen (z.B. Eissporthalle) sowie die Friedhofsgebäude (Kapellen, Leichenhallen). Ferner wurden im Rahmen des Projekts Grüngürtel-Nord Wohngebäude zum Zwecke der Arrondierung erworben. Im Zuge des Sanierungsgebietes Homberg-Hochheide wurden drei Hochhäuser („Weiße Riesen“) angekauft.

Der Bilanzwert verringerte sich wegen Abschreibungen i.H. von 1,3 Mio. EUR und Umbuchungen von 0,7 Mio. EUR aufgrund der Aktivierung einer Sportanlage um 0,6 Mio. EUR.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen der Stadt Duisburg umfasst im Wesentlichen Verkehrseinrichtungen und ist wie folgt strukturiert:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	363.320.387,45	364.178.643,27
Brücken und Tunnel	145.544.836,24	148.845.000,58
Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	16.533.579,29	16.401.209,15
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	702.681.024,93	713.267.511,61
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	849.219.466,59	871.367.660,04
	2.077.299.294,50	2.114.060.024,65

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Es handelt sich hierbei um einen Sammelposten, der sämtlichen Grund und Boden des gemeindlichen Infrastrukturvermögens enthält. Eine genaue Zuordnung auf die einzelnen Bilanzposten des Infrastrukturvermögens ist nicht erforderlich.

Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören Brücken, Tunnel, Durchlässe und sonstige Ingenieurbauwerke, unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Straßen- oder Schienenverkehr. Aufgrund von Abschreibungen verringerte sich der Bilanzansatz um 3,3 Mio. EUR.

Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen

Dieser Bilanzposten beinhaltet das Vermögen der Stadtbahn. Hierzu zählen sämtliche dem Betrieb des Streckennetzes unmittelbar dienenden Anlagen wie z.B. Gleisunterbau, Schienen, Oberleitungen, Signal- und Funkanlagen, Zugsicherungs- und Zuglenkungsanlagen. Die Wertansätze setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Gleisanlagen	4.385.956,13	3.755.806,27
Leitstelle	0,00	0,00
Unterwerke	1.754.181,14	2.073.120,81
Netzleittechnik	43.585,16	60.141,76
Ausbau Haltestellen	4.031,08	4.307,50
Kabelanlagen	0,00	10.484,76
Energietechnik	190.167,17	265.819,79
Fahrleitung	157.782,93	348.111,87
Zugsicherung / Fernsteuerung	2.314.360,33	3.228.143,15
Zuglenkung	254.734,79	291.125,47
Nachrichten- und Informationstechnik	1.789.279,24	1.891.640,45
Fahrscheinautomaten	620.185,89	531.554,19
Fahrtreppen / Aufzüge	5.019.315,43	3.940.953,13
	16.533.579,29	16.401.209,15

Zugänge und Umbuchungen von 2,9 Mio. EUR und Abschreibungen von 2,8 Mio. EUR führen zu einer Erhöhung des Bilanzwerts von 0,1 Mio. EUR. Bei den Zugängen sind insbesondere die Erneuerungen von Rolltreppen i.H. von 1,4 Mio. EUR sowie die Erneuerung von Gleisanlagen i.H. von 1,2 Mio. EUR zu nennen.

Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Die Aufgaben wurden den Wirtschaftsbetrieben Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts übertragen.

Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Die Stadt Duisburg verfügt über ca. 1.300 km Straße. Bilanziert werden jeweils Straßenabschnitte zwischen zwei Knotenpunkten mit folgenden Einzelkomponenten:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Straßenkörper	414.920.729,14	422.776.236,87
Gehweg	174.873.844,09	176.550.402,79
Radweg, Parken, Begleitgrün	90.249.729,90	91.304.150,15
Straßenbäume	22.636.721,80	22.636.721,80
	702.681.024,93	713.267.511,61

Die Verringerung des Bilanzwertes um 10,6 Mio. EUR resultiert aus Abschreibungen von 31,6 Mio. EUR sowie Zugängen und Umbuchungen im Zuge von Neubaumaßnahmen von 25,8 Mio. EUR, denen entsprechende Abgänge von 4,8 Mio. EUR gegenüber stehen. Rund 7,7 Mio. EUR der Zugänge und Umbuchungen entfallen auf die Fahrbahnerneuerungen Obermeidericher Straße und Am Finkenacker mit je 1,2 Mio. EUR sowie auf den Umbau der Mercatorstraße 2,0 Mio. EUR und der Wanheimer Straße 3,3 Mio. EUR (vergl. Ausführungen zu Aktiva 1.2.8 Anlagen im Bau).

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind in erster Linie die Bauwerke der Stadtbahn, wie z.B. Bahnhöfe, Haltestellen, Rampen, Tunnel- und Brückenbauwerke erfasst.

Darüber hinaus wurden wassertechnische Anlagen, wie z.B. Hochwasserschutzanlagen, Deiche, Durchlässe und Verrohrungen angesetzt.

Die Zusammensetzung der Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens im Einzelnen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Stadtbahn / Bahnhöfe	201.266.817,88	210.377.347,11
Stadtbahn / Tunnelstrecken	569.473.234,53	581.072.084,21
Stadtbahn / Hochlagen (Brückenbauwerke)	34.061.795,01	34.958.158,03
Stadtbahn / Außenanlagen und Rampen	408.777,61	446.026,78
Gewässertechnische Anlagen	18.376.538,29	18.143.345,56
Sonstige Ingenieurbauwerke	25.632.303,27	26.370.698,35
	849.219.466,59	871.367.660,04

Bedingt durch Abschreibungen von 22,7 Mio. EUR und Zugängen von 0,5 Mio. EUR reduziert sich der Wert der Bilanzposition um 22,2 Mio. EUR.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

Die Bilanzposition entfällt.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Diese Bilanzposition beinhaltet insbesondere Vermögensgegenstände, deren Erhaltung aufgrund ihrer Bedeutung für Kunst, Geschichte und Kultur im öffentlichen Interesse liegt. Hierzu gehören Kunstgegenstände des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt sowie Plastiken im Freien.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Mercator-Sammlung	5.112.919,00	5.112.919,00
Plastiken im Freien	2.021.169,58	2.021.169,58
Sammlung Königsberg	450.258,00	450.258,00
Sammlungsstücke Kultur- und Stadthistorisches Museum	1.866.975,00	1.866.975,00
Sammlungsstücke Museum der Deutschen Binnenschifffahrt	1.540.023,02	1.540.023,02
Ankauf Nachlass Wilhelm Lehmbruck	5.009.000,00	5.009.000,00
Sonstige Kunstgegenstände	470.528,20	470.528,20
Sammlung historischer Bücher in der Stadtbibliothek	1.347.541,00	1.347.541,00
Baudenkmale	50,00	50,00
Bodendenkmale	126,00	126,00
	17.818.589,80	17.818.589,80

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen die Nachrichtentechnik, die Kabelnetze und die Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Nachrichtentechnik, Kabelnetze	1.239.110,67	1.193.601,71
Fahrzeuge	10.845.242,17	11.802.875,15
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	2.627.185,90	3.288.998,97
	14.711.538,74	16.285.475,83

Die Abnahme von 1,6 Mio. EUR ist auf Abschreibungen von 2,9 Mio. EUR, denen Zugänge i.H. von 1,3 Mio. EUR gegenüber stehen, zurückzuführen.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich insbesondere um die Büroeinrichtung der Kernverwaltung, die Einrichtung und Ausstattung von Schulen und Kindergärten, die Einrichtung und Ausstattung der Feuerwehr sowie den Medienbestand der Stadtbibliothek. Die Vermögensgegenstände dieser Bilanzposition sind im Wesentlichen zu Festwerten zusammengefasst. Ersatzbeschaffungen werden unmittelbar als Aufwand gebucht, planmäßige Abschreibungen werden nicht vorgenommen.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Einrichtung in Schulen	36.064.402,12	36.077.943,26
Einrichtung in Kindertageseinrichtungen	6.789.986,98	6.815.161,09
Fahrzeugausstattung der Feuerwehr und Einrichtung der Feuerwachen	5.463.721,71	5.619.587,42
Medienbestand der Stadtbibliothek	4.583.378,66	4.583.378,66
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.149.193,54	15.497.917,38
	68.050.683,01	68.593.987,81

Der Bilanzwert verringerte sich aufgrund von Abgängen i.H. von 0,5 Mio. EUR, Abschreibungen von 1,1 Mio. EUR und Zugängen von ebenfalls 1,1 Mio. EUR um insgesamt 0,5 Mio. EUR.

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Diese Position beinhaltet den Wert sämtlicher Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertiggestellt waren. Die Maßnahmen wurden mit den bis zum Bilanzstichtag angefallenen Vorauszahlungen aktiviert.

Die Baumaßnahmen beinhalten folgende Sachverhalte:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Erneuerung Zugsicherung Stadtbahn	23.281.126,49	16.263.407,18
Sonstige Maßnahmen Stadtbahn	6.070.009,34	3.117.693,55
Erneuerung Sportanlagen	4.442.433,33	3.652.058,82
Abriss Hochhäuser Hochheide	11.660.699,95	8.191.650,88
Beschleunigung Linie 901 zweiter Bauabschnitt	5.708.741,66	3.202.998,25
Deichverlegung Mündelheim, Sonstiger Hochwasserschutz	6.325.486,42	2.541.296,06
Rheinpark zweiter Bauabschnitt	3.183.415,06	683.474,44
Einbau von Pollern in der Innenstadt	1.726.970,48	312.327,66
Hubbrücke Schwanentor	1.587.595,39	880.996,78
Umbau Koloniestraße	1.661.633,89	1.493.041,74
Umbau Franz-Lenze-Platz	2.030.261,62	214.574,39
Anschluss A 59 DU-Zentrum	1.550.000,00	1.440.000,00
Neubau Fernbusbahnhof	154.000,00	1.248.564,18
Stadterneuerungsmaßnahmen	0,00	852.536,89
Umbau Wanheimer Straße	0,00	3.296.945,74
Gestaltung Bahnhofsvorplatte	0,00	21.735,83
Umbau Mercatorstraße	0,00	2.032.589,76
Umbau Kantpark	0,00	1.645.878,22
Sonstige Infrastrukturmaßnahmen	30.895.310,71	33.559.526,07
Anzahlungen Grunderwerb	0,00	4.181,01
Anzahlungen bewegliches Anlagevermögen	6.740.221,32	5.086.384,43
	107.017.905,66	89.741.861,88

Die Zunahme der Bilanzposition um 17,3 Mio. EUR resultiert aus fortschreitenden Baumaßnahmen i.H. von insgesamt 46,7 Mio. EUR; hier sind unter anderem die Erneuerung der Zugsicherung mit 7,0 Mio. EUR, die Abrissarbeiten der Hochhäuser „Weiße Riesen“ in Hochheide mit 3,5 Mio. EUR, der Deichbau Mündelheim mit 3,8 Mio. EUR, der zweite Bauabschnitt des Rheinparks und der zweite Bauabschnitt des Karl-Lehr-Brückenzugs mit jeweils 2,5 Mio. EUR zu nennen. Dem stehen Abgänge/Umbuchungen aufgrund fertiggestellter Baumaßnahmen i.H. von insgesamt 31,0 Mio. EUR gegenüber, wie bspw. die Wanheimer Str. mit 3,3

Mio. EUR, die Mercatorstr. mit 2,0 Mio. EUR und der Umbau des Kantparks mit 1,6 Mio. EUR. Ferner erhöhten sich die Anzahlungen für bewegliches Anlagevermögen um 1,6 Mio. EUR und betreffen im Wesentlichen Anschaffungen der Feuerwehr.

1.3 Finanzanlagen

Unter Finanzanlagen sind solche Geld- und Kapitalanlagen ausgewiesen, welche auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Unternehmensverbindungen dienen. Dazu gehören in erster Linie Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und das Sondervermögen, insbesondere die organisatorisch verselbstständigten Einrichtungen.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.092.091.358,01	1.089.037.299,74
Beteiligungen	295.490.721,80	295.644.795,33
Sondervermögen	338.607.160,65	337.732.025,57
Wertpapiere des Anlagevermögens	33.838.214,30	32.211.005,46
Ausleihungen	28.255.842,86	36.211.650,83
	1.788.283.297,62	1.790.836.776,93

Unter den vorgenannten Posten werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Zum Anteilsvermögen der verbundenen Unternehmen zählen:

Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV)
Duisburger Verkehrsgesellschaft AG
Gebag - Duisburger Baugesellschaft mbH
Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR)
Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort
Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH
Duisburg Kontor GmbH
filmforum GmbH - Kommunales Kino und filmhistorische Sammlung der Stadt Duisburg
Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV KG)
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum - Zentrum internationaler Skulptur -
DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH
Immobilien Service Duisburg GmbH (inaktiv)
Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

1.3.2 Beteiligungen

Das Anteilsvermögen der Beteiligungen umfasst die Anteile an den nachstehend aufgeführten Gesellschaften:

Duisburger Hafen AG - duisport
Sana Kliniken Duisburg GmbH
Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)
Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH - GFW Duisburg
IGA Metropole Ruhr 2027 gGmbH

1.3.3 Sondervermögen

Zum Anteilsvermögen des Sondervermögens zählen:

Immobilien-Management Duisburg (IMD)
DuisburgSport
Unselbstständige Stiftungen

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
START NRW GmbH
Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG NIAG
ekz.bibliotheksservice GmbH
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
GVZ DUNI i.L.
RWE AG, Stammaktien
Stadtbahn-Fonds
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR
Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister
d-NRW AöR
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH
NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH

Die Finanzanlagen verringerten sich um 2,6 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf planmäßige Rückführungen von Ausleihungen in Höhe von 8,0 Mio. EUR zurückzuführen. Ferner ergaben sich Veränderungen aufgrund von außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 0,2 Mio. EUR, Zuschreibungen im Wert von 2,2 Mio. EUR sowie Zugängen von 3,4 Mio. EUR.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen von 0,2 Mio. EUR betreffen Finanzanlagen, bei denen der Wertansatz mit dem anteiligen Eigenkapital nach der Eigenkapitalspiegelmethode ermittelt ist. Die jährliche Fortschreibung nach der Eigenkapitalspiegelmethode erfolgt auf Basis der testierten Bilanzen für das Geschäftsjahr 2018 gemäß der jeweiligen städtischen Beteiligungsquote. Bei den nachfolgenden Finanzanlagen wurde ein gegenüber dem Vorjahr abweichender Wertansatz festgestellt, der entsprechende Wertkorrekturen des Beteiligungsansatzes zum 31.12.2019 erforderlich machte. Folgende außerplanmäßigen Abschreibungen wurden vorgenommen:

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr:	89 Tsd. EUR
Sana Kliniken Duisburg:	42 Tsd. EUR
GfW Duisburg:	26 Tsd. EUR
filmforum GmbH:	19 Tsd. EUR
GVZ DUNI:	2 Tsd. EUR

Eine weitere außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 2 Tsd. EUR wurde bei der inaktiven Immobilien Service Duisburg GmbH gebucht. Die Bewertung erfolgte ebenfalls nach der Kapitalspiegelmethode. Eine Anpassung des Wertansatzes erfolgte aufgrund fortlaufend negativer Jahresergebnisse.

Eine Zuschreibung in Höhe von 1,364 Mio. EUR wurde bei den RWE-Stammaktien vorgenommen, da nach eingehender Prüfung der Kurs zum 31.12.2019 einen nachhaltigen inneren Wert besitzt. Der Bilanzansatz beträgt 4.114.247,00 EUR zum 31.12.2019. In den Jahren 2011 und 2015 erfolgten Teilwertabschreibungen von 12,2 Mio. EUR.

Bei DuisburgSport erfolgte eine Zuschreibung in Höhe von 0,853 Mio. EUR. Die erstmalige Bewertung des Eigenbetriebs in der Eröffnungsbilanz erfolgte nach der Eigenkapitalspiegelmethode in Höhe von 24,4 Mio. EUR. In den Folgejahren 2008-2011 erfolgten außerplanmäßige Abschreibungen, so dass der Wertansatz auf 17,3 Mio. EUR gesunken ist. Im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung zum Bilanzstichtag 31.12.2019 bestehen erstmals die Voraussetzungen einer Wertaufholung, da die testierte Bilanz zum 31.12.2018 ein Eigenkapital von 18,2 Mio. EUR ausweist und das prognostizierte Eigenkapital für das Geschäftsjahr 2019 voraussichtlich dem Vorjahresergebnis entsprechen wird. Anhand der Anhaltspunkte ist von einer Dauerhaftigkeit der Wertaufholung auszugehen.

In der Gesellschafterversammlung am 11.12.2019 wurde eine Einlage der Stadt Duisburg als sonstige Zu- zahlung i.S. des § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB in das Eigenkapital der Gebag von 3,0 Mio. EUR beschlossen und zugeführt. Der Beteiligungswert wurde zum 31.12.2019 in Höhe der Einlage als Zugang aktiviert.

Ferner beteiligte sich die Stadt Duisburg an zwei in 2019 neu gegründeten Gesellschaften. Es handelt sich um die DIG Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH mit einer Stammeinlage von 75,1 Tsd. EUR sowie die IGA Metropole Ruhr 2027 gGmbH mit einer Stammeinlage von 3 Tsd. EUR.

Zugänge ergaben sich darüber hinaus aufgrund einer Thesaurierung von Zinsen und Dividenden beim Stadtbahn-Fonds i.H. von 0,265 Mio. EUR sowie eines Wertzuwachses im Bereich Sondervermögen von 0,022 Mio. EUR. Letzteres betrifft die unselbstständigen Stiftungen und ist auf die in 2019 vereinnahmten Zinsen zurückzuführen.

1.3.5 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen sind langfristige Darlehen der Stadt Duisburg, die diese im Rahmen ihrer Aufga- benerzielung vergibt, bilanziert. Der Rückgang in Höhe von 8,0 Mio. EUR ist vorwiegend auf planmäßige Rückzahlungen zurückzuführen.

2. Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Der Bilanzposten Vorräte setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren Vorräte	537.526,11	523.683,85
Zu veräußernde Bau- und Gewerbegrundstücke	315.380,00	315.380,00
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	59.531,93	59.531,93
	912.438,04	898.595,78

Der Vermögenswert der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfasst die Vorräte im Bereich der Feuerwehr, der Verwaltung sowie der kulturellen Einrichtungen.

Bei dem zu veräußernden Bau- und Gewerbegrundstück handelt es sich um das Grundstück „The Curve“ am Innenhafen. Aufgrund der konkreten Veräußerungsabsicht wurde das Grundstück zum 31.12.2017 in das Umlaufvermögen der Stadt Duisburg umgegliedert. Bereits im vorangegangenen Haushaltsjahr erfolgte eine Wertminderung aufgrund aktueller Entwicklungen des Projektes.

Bei den geleisteten Anzahlungen handelt es sich ausschließlich um Vorleistungen gegenüber dem IMD, die im Rahmen der Mietereinbauten im Stadtfenster vorgenommen wurden. In diesen Fällen steht die Schluss- abrechnung noch aus.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Forderungsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen		
Gebühren	27.556.766,89	24.744.445,90
Beiträge	11.740.658,08	11.775.976,63
Steuern	47.483.669,32	49.253.728,35
Transferleistungen	24.302.092,32	20.066.145,71
Kostenerstattungen	24.996.981,13	26.685.492,42
Sonstige öffentliche Forderungen	29.609.092,17	28.610.170,12
Wertberichtigungen	-54.764.659,21	-50.174.781,08
	110.924.600,70	110.961.178,05
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen		
gegen Fremde	24.645.460,25	27.707.711,26
gegen den öffentlichen Bereich	16.007.716,30	15.132.855,34
gegen verbundene Unternehmen	18.154.647,78	23.847.166,82
gegen Beteiligungen	6.179.966,93	5.809.253,52
gegen Sondervermögen	3.539.054,93	2.136.227,32
Wertberichtigungen	-17.046.642,68	-18.003.411,02
	51.480.203,51	56.629.803,24
	162.404.804,21	167.590.981,29

Die Gebührenforderungen mit einer Gesamthöhe von 27.556.766,89 EUR betreffen im Wesentlichen Ansprüche für Feuerwehr- und Rettungsdienstesätze in Höhe von 19,2 Mio. EUR (VJ 16,9 Mio. EUR). Dieser Betrag setzt sich aus abgerechneten Leistungen in Höhe von 3,5 Mio. EUR (VJ 2,2 Mio. EUR) und nicht abgerechneten Leistungen in Höhe von 15,7 Mio. EUR (VJ 14,7 Mio. EUR) zusammen. Die aufgelaufenen Rückstände bei der Bearbeitung der Gebührenbescheide haben sich gegenüber dem Vorjahr erneut erhöht. Die übrigen Forderungen setzen sich aus offenen Verwaltungsgebühren des Ordnungsamtes in Höhe von 2,1 Mio. EUR (VJ 2,2 Mio. EUR), Sondernutzungs-, Baugenehmigungs- und Bauabnahmegebühren von 1,3 Mio. EUR (VJ 0,7 Mio. EUR) sowie Friedhofsgebühren im Wert von 1,3 Mio. EUR (VJ 1,4 Mio. EUR) zusammen. Die Friedhofsgebühren werden durch die WBD im Namen und auf Rechnung der Stadt Duisburg berechnet.

Bei den Forderungen aus Beiträgen in Höhe von 11.740.658,08 EUR handelt es sich hauptsächlich um zum Bilanzstichtag noch nicht eingegangene Zahlungen für Kindergartenbeiträge in Höhe von 11,0 Mio. EUR (VJ 10,5 Mio. EUR). Ferner entfallen auf Forderungen aus Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch und den Kommunalabgabengesetzen 0,5 Mio. EUR (VJ 1,0 Mio. EUR).

Die Steuerforderungen in Höhe von 47.483.669,32 EUR setzen sich stichtagsbezogen überwiegend aus der Gewerbesteuer i.H. von 38,9 Mio. EUR (VJ 40,1 Mio. EUR) und der Grundsteuer B mit 2,7 Mio. EUR (VJ 3,6 Mio. EUR) zusammen. Trotz des fortgeführten Gewerbesteuerfalls aus dem Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 1,8 Mio. EUR, bei dem in 2018 eine Festsetzung für das Jahr 2014 erfolgte und bei dem von einer Realisierung der Forderung nicht auszugehen ist, sind die Steuerforderungen um 1,8 Mio. EUR gesunken. Dies ist unter anderem auf einen zeitversetzten Zahlungseingang in 2019 in Höhe von 1,5 Mio. EUR für eine Festsetzung der Gewerbesteuer 2018 zurückzuführen.

Bei den offenen Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von 24.302.092,32 EUR entfallen 12,5 Mio. EUR (VJ 11,6 Mio. EUR) auf die Bundeserstattung zur Grundsicherung für das letzte Quartal 2019. Hinzu kommen weitere Landeszuweisungen von rd. 0,9 Mio. aus der Betreuungs- und Leistungspauschale von Flüchtlingen (VJ 1,4 Mio. EUR). Weitere Forderungsbestandteile betreffen mit 3,0 Mio. EUR Ansprüche der Stadt Duisburg aus dem Ersatz sozialer Leistungen gegenüber Hilfeempfängern, Investitionszuweisungen und Zuweisungen in Höhe von 1,7 Mio. EUR (VJ 1,4 Mio. EUR) sowie Forderungen gegenüber dem Land zur Stärkung der Schulinfrastruktur im Rahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“. Diese sind auf-

grund einer weiteren Auszahlung und unter Berücksichtigung der ersten Tilgung im laufenden Haushaltsjahr um 3,9 Mio. EUR auf 5,4 Mio. EUR gestiegen.

Die ausgewiesenen Kostenerstattungen in Höhe von 24.996.981,13 EUR bestehen vorwiegend aus Forderungen nach § 7 Abs. 1 Unterhaltsvorschussgesetz in Höhe von 17,7 Mio. EUR (VJ 15,9 Mio. EUR), Landeszuweisungen aus der Beteiligung des Bundes für Kosten der Unterkunft (KDU) von 4,7 Mio. EUR (VJ 5,2 Mio. EUR) sowie aus Erstattungsansprüchen aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach § 89d SGB VIII von 1,1 Mio. EUR (VJ 3,9 Mio. EUR). Ferner bestehen Rückzahlungsansprüche aus der Gewährung von Sozialhilfe nach § 91 SGB XII i.H. von 0,6 Mio. EUR (VJ 0,7 Mio. EUR).

Die sonstigen öffentlichen Forderungen in Höhe von 29.609.092,17 EUR setzen sich vorwiegend aus Bußgeldern (7,8 Mio. EUR), öffentlich-rechtlichen Nebenforderungen (7,1 Mio. EUR) und Kostenerstattungen von Gemeinden und anderen Trägern (14,3 Mio. EUR) zusammen. Die Höhe des Forderungsbestandes aus Erstattungen ist nahezu unverändert, gleichwohl sich Wertveränderungen in den einzelnen Einnahmearten ergeben haben. Nennenswert sind die Kostenerstattungen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, welche die Betriebskosten 12/2019 der Kindertageseinrichtungen nicht wie im Vorjahr anteilig sondern vollständig im Haushaltsjahr 2020 ausgeglichen haben. Die Forderungen erhöhten sich von 1,3 Mio. EUR auf 2,9 Mio. EUR im laufenden Haushaltsjahr. Darüber hinaus werden zum Bilanzstichtag Forderungen gegenüber dem LVR aus der Spitzabrechnung der Sozialhilfe nach dem SGB XII für das IV. Quartal 2019 in Höhe von 1,0 Mio. EUR ausgewiesen. Im vorangegangenen Haushaltsjahr ergab sich eine Verbindlichkeit gegenüber dem LVR in Höhe von 0,4 Mio. EUR. Im Gegensatz zu den gestiegenen Forderungen reduzierten sich die aktivierten nicht abgerechneten Leistungen aus der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach § 89d Abs. 2 SGB VIII auf 5,1 Mio. EUR (VJ 7,7 Mio. EUR). Nach wie vor ist der langsame Abbau der Rückstände auf das langwierige Abrechnungsverfahren zwischen dem örtlichen und überörtlichen Träger zurückzuführen.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen von 54.764.659,21 EUR sind um 4,6 Mio. EUR gestiegen. Insgesamt entfallen auf wertberichtigte Steuern 31,4 Mio. EUR (VJ 29,2 Mio. EUR) und 15,9 Mio. EUR (VJ 14,4 Mio. EUR) auf Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (§ 7 Abs. 1 UVG). Die Zunahme im Bereich Steuern resultiert aus Erhöhungen bei den Einzelwertberichtigungen von 0,6 Mio. EUR und bei den Pauschalwertberichtigungen um 1,6 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Die Pauschalwertberichtigung umfasst die nach der Einzelwertberichtigung verbleibenden Forderungen. Je nach Altersstufe erfolgt eine prozentuale Wertberichtigung der Forderungen. Im Haushaltsjahr 2019 führten die altersbedingten Außenstände der Gewerbesteuerforderungen zu einer erhöhten Abschreibung. Die Erhöhung des Wertberichtigungsaufwands im Bereich Unterhaltsvorschuss um 1,5 Mio. EUR auf 15,9 Mio. EUR steht im Zusammenhang mit den um 1,8 Mio. EUR angestiegenen Außenständen. Die Forderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen nach dem UVG werden mit 86% auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand pauschalwertberichtigt. Der Ausfall basiert auf Erfahrungswerten des Jugendamtes. Ferner erfolgte ein Zugang in den Wertberichtigungen bei den Nebenforderungen von 0,5 Mio. EUR aus einem Gewerbesteuerfall.

In den Forderungen gegenüber Fremden von 24.645.460,25 EUR ist die Übernahme der Altdaten aus HKR und der Forderungsinventuren enthalten. Die Übernahme der Gewerbesteuer mit 7,3 Mio. EUR (VJ 7,6 Mio. EUR) und der Grundsteuer B in Höhe von 0,5 Mio. EUR (VJ 0,5 Mio. EUR) bilden den wesentlichen Anteil der Altforderungen. Ferner werden in dieser Bilanzposition die Forderungen aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen der Klinikum Duisburg GmbH an die Sana Kliniken AG in Höhe von 4,1 Mio. EUR ausgewiesen (VJ 6,3 Mio. EUR). Der Kaufpreisanspruch wird in Tranchen fällig, die letzte Tranche erfolgt mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

Die Forderungen gegenüber öffentlich-rechtlichen Bereichen über 16.007.716,30 EUR enthalten unter anderem Forderungen nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 i.H. von 9,2 Mio. EUR sowie Forderungen nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz i.H. von 6,4 Mio. EUR.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 18.154.647,78 EUR resultieren aus verschiedenen offenen Forderungsarten. In den Forderungen sind unter anderem Ansprüche aus der Abrechnung nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz, Kostenerstattungen der Submissionsstelle, Kostenerstattungen für die Nutzung von Esri-Produkten bei den WBD im Rahmen des Enterprise License Agreement (ELA), Konzessionsabgaben, Friedhofsgebühren aus der Erstattung der Bürger gegenüber den WBD sowie eine Abfindung wegen Dienstherrnwechsel enthalten.

Der Rückgang der ausstehenden Forderungen betrifft vorwiegend den Betriebsmittelkredit gegenüber den WBD. Dieser ist von 7,9 Mio. EUR auf 1,3 Mio. EUR gesunken. Neu hinzugekommen ist ein kurzfristiges

Darlehen gegenüber der MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH Co.KG (Stadion KG) von 250 Tsd. EUR. Darüber hinaus besteht ein unveränderter Liquiditätskredit gegenüber der Gebag in Höhe von 11,5 Mio. EUR weiter fort.

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber Beteiligungen in Höhe von 6.179.966,93 EUR bilden im Wesentlichen die Ansprüche der Stadt aus der Spielzeit 2019/2020 gegenüber der DOR ab. Diese stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verpflichtung gegenüber der DOR (vergl. hierzu die analoge Bilanzposition in den Verbindlichkeiten).

Die privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem Sondervermögen in Höhe von 3.539.054,93 EUR enthalten offene Forderungen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD unter anderem aus Miet- und Pächterträgen, Ansprüchen aus dem Verkauf von Grundstücken sowie Erstattungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 2,9 Mio. EUR (VJ 1,6 Mio. EUR). Die Zunahme bei den Forderungen ist im Großen und Ganzen auf Grundstücksveräußerungen von rd. 1,1 Mio. EUR zurückzuführen. Offene Forderungen gegenüber der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung DuisburgSport entfallen fast ausschließlich auf Erstattungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Forderungen betragen in Gänze 0,6 Mio. EUR (VJ 0,5 Mio. EUR).

Der Ansatz der Wertberichtigungen in Höhe von 17.046.642,68 EUR setzt sich aus Forderungen gegenüber Dritten zusammen. Der Wertberichtigungsansatz enthält unter anderem zweifelhaft gestellte Forderungen aus dem Forderungsbestand der Altdaten aus HKR und den Forderungsinventuren. Forderungen gegenüber städtischen Gesellschaften werden zu 100% als einbringlich angesehen.

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Steuern	558.673,99	5.549.821,46
Forderungen gegen Mitarbeiter	18.601,25	59.601,94
Sonstiges	2.570.945,62	3.083.129,10
	3.148.220,86	8.692.552,50

Bei den Steuern handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen des Finanzamtes aus der Umsatzsteuer für die Monate November und Dezember 2019. Der Rückgang der Steuern um 5,0 Mio. EUR resultiert überwiegend aus einer Umsatzsteuerrückerstattung des Finanzamtes im Jahr 2019 aus einem Optionsrecht, welches das IMD am Ende des vergangenen Haushaltsjahres rückwirkend ausgeübt hat. Darüber hinaus enthält die Position Sonstiges im Wesentlichen periodische Abgrenzungen. Unter anderem enthält die Position einen Anspruch gegenüber der Deka Investmentbank i.H. von 0,3 Mio. EUR aus der Ausschüttung des Stadtbahn-Fonds 2019.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Stadt Duisburg hält keine Wertpapiere des Umlaufvermögens in ihrem Besitz.

2.4 Liquide Mittel

Als liquide Mittel werden Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestände sowie Handvorschüsse bilanziert.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Deutsche Bundesbank	104.057,50	140.927,38
Kreditinstitute	16.321.418,53	15.739.833,01
Kassen, Handvorschusskasse	83.845,78	84.834,36
	16.509.321,81	15.965.594,75

Während der Betriebsferien der Kernverwaltung vom 23.12. bis 30.12.2019 erfolgte keine Liquiditätssteuerung der Finanzmittel. Insofern können sich zum Jahresende höhere Bankbestände ergeben. In den liquiden Mitteln sind Erbschaften in Höhe von 2.207.553,58 EUR enthalten, welche zweckgebunden einzusetzen sind. Die noch nicht verwendeten Mittel werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

3. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition geleistete Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind. Bei den ausgewiesenen Kostenanteilen „Obermaschinerie IMD“, „Alarmierungsanlage Theater IMD“, „Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59“, „Neubau von zwei Brücken im Zuge des Umbaus der A 59 Anschlussstelle Duisburg-Zentrum“ und der „Notarztstation im Evangelischen Krankenhaus DU-Nord“ handelt es sich um Zuwendungsgewährungen der Stadt Duisburg mit Gegenleistungsverpflichtungen der Zuwendungsempfänger. Darüber hinaus werden die von der Stadt Duisburg als Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährten Investitionszuschüsse nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) sowie die Mittel nach dem Investitionsprogramm U3-Ausbau in diesem Bilanzposten abgebildet. Die Auflösungen erfolgen ratierlich und richten sich nach den vertraglichen Nutzungsvereinbarungen bzw. nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Kostenanteil Obermaschinerie IMD	655.288,11	694.605,39
Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD	615.999,97	647.999,97
Städtischer Kostenanteil Neubau des Mercatortunnels A 59	3.046.328,96	3.088.639,09
Städtischer Kostenanteil Neubau von 2 Brücken	3.308.696,98	3.371.880,63
Pacht Personentunnel Bahnhof Rheinhausen	23.182,00	24.790,00
Neubau Notarztstation Evangelisches Krankenhaus DU-Nord	598.297,00	598.297,00
Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau	12.424.117,21	13.631.784,27
Feuerwehr Mietvorauszahlung IMD	7.768.983,00	7.983.955,96
Sozialhilfeszahlung Januar 2020	12.497.399,59	10.884.372,11
Beamtenbesoldung Januar 2020	9.892.208,61	9.219.957,13
Betriebskosten und Pflegegeld Jugendamt Januar 2020	7.056.928,07	6.378.287,51
UVG-Zahlung Januar 2020	1.604.453,88	1.460.194,25
Kosten der Unterkunft Januar 2020	12.157.725,03	12.280.116,67
Finanzierung Mietereinbauten Stadtfenster	1.288.947,95	1.288.947,95
Gastspielverträge 2020	37.779,88	93.769,99
Sonstiges	508.716,88	275.724,69
	73.485.053,12	71.923.322,61

4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Seit dem Haushaltsjahr 2010 ist das gemeindliche Eigenkapital aufgezehrt. Es ergibt sich ein Überschuss der Passivposten zu den Aktivposten.

Darstellung des negativen Eigenkapitals zum 31.12.2019:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage (Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag)	359.619.785,85	405.499.640,44
Unmittelbare Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage		
2019 vergl. Abschnitt F Ziffer 8 (negatives Eigenkapital)	-1.064.412,77	1.039.960,30
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-36.166.156,99	-46.919.814,89
Negatives Eigenkapital	322.389.216,09	359.619.785,85

Die Darstellung der Entwicklung des Eigenkapitals wird im Lagebericht abgebildet. Dem Anhang ist der Eigenkapitalspiegel gemäß § 45 Abs. 3 KomHVO beigelegt.

PASSIVA

1. Eigenkapital

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	0,00	0,00
Sonderrücklagen	54.475.103,67	54.475.103,67
	54.475.103,67	54.475.103,67

1.1. Allgemeine Rücklage

Als Allgemeine Rücklage wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen der Stadt Duisburg und der Sonderrücklage, der Ausgleichsrücklage, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten sowie den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die Allgemeine Rücklage ist seit dem Haushaltsjahr 2010 aufgezehrt (siehe Ziffer 4 der Aktivseite: Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag).

1.2 Sonderrücklagen

Unter dem Bilanzposten Sonderrücklagen wird die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum mit 54.475.103,67 EUR aufgeführt. Dieser Wert wird auf der Aktivseite unter Ziffer 1.3 Finanzanlagen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

1.3 Ausgleichsrücklage

Nach Artikel 8 des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes ist die in der Bilanz angesetzte Ausgleichsrücklage nach den gesetzlichen Haushaltsvorschriften in ihrem Bestand zu überführen. Nach den Berechnungen hätte der Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2008 maximal 82.339.796,96 EUR betragen dürfen. Da der Jahresfehlbetrag 2008 bereits die Ausgleichsrücklage aufgezehrt hat, ergeben sich für die fortfolgenden Jahre keine Ausgleichsberechnungen.

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Für erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind und für die Anschaffung von Vermögensgegenständen verwendet wurden, sind entsprechende Sonderposten anzusetzen. Die Auflösung der Sonderposten wird entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes vorgenommen.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Grünanlagen	66.930.330,57	66.730.873,37
Sonstiger unbebauter Grundbesitz	24.657.831,23	25.261.468,71
Sportanlagen	17.175.562,23	17.445.891,86
Gewässerschutz	18.053.350,39	17.879.344,44
Straßen und Brücken	418.381.550,40	425.330.483,88
Stadtbahn	730.453.619,13	749.137.388,36
Sonstige Bauten Infrastruktur	16.099.375,29	16.562.085,61
Schenkungen Kunstgegenstände, Kulturgüter	9.369.695,31	9.369.695,31
Technische Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.454.558,02	35.849.831,29
	1.336.575.872,57	1.363.567.062,83

Die Verringerung der Sonderposten für Zuwendungen um 27,0 Mio. EUR ist darin begründet, dass den Zugängen der Sonderposten in Höhe von 23,4 Mio. EUR ertragswirksame Auflösungen in Höhe von 44,2 Mio. EUR gegenüberstehen. Überdies verringern Abgänge zuwendungsfinanzierter Vermögensgegenstände die Sonderposten um 6,2 Mio. EUR.

2.2 Sonderposten für Beiträge

Die Sonderposten für Beiträge beinhalten die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Erschließungsbeiträge sowie Straßenbaubeiträge resultierend aus dem Baugesetzbuch und dem Kommunalabgabengesetz.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Sonderposten für Beiträge	139.104.367,44	144.992.484,53

Der Rückgang der Sonderposten für Beiträge um 5,9 Mio. EUR resultiert aus ertragswirksamen Auflösungen in Höhe von 6,8 Mio. EUR sowie Abgängen beitragsfinanzierter Vermögensgegenstände von 1,1 Mio. EUR, denen Zugänge der Sonderposten von 2,0 Mio. EUR gegenüberstehen.

2.3 Sonstige Sonderposten

Für rechtlich unselbstständige Stiftungen, bei denen durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Gemeinde übertragen wurden, sind in Höhe der Vermögenswerte Sonderposten in der Bilanz gebildet. Darüber hinaus beinhaltet dieser Bilanzposten Ausgleichszahlungen für Pflanzverpflichtungen nach der Baumschutzsatzung und dem Landschaftsgesetz, soweit sie noch nicht verwendet wurden, sowie Ausgleichsmaßnahmen des Ökokontos.

Ferner sind unter dem Bilanzposten „Sonstige Sonderposten“ alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen angesetzt, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind, soweit dabei die Voraussetzungen für die Bildung eines Sonderpostens vorliegen. Dazu sind z.B. Schenkungen und Spenden in Form von Geld- oder Sachleistungen zu zählen, sofern die Gemeinde rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der übergebenen Vermögenswerte wird. Der Sonstige Sonderposten weist einen Zuwendungsanteil der Thyssen-Krupp Stahl AG in Höhe von 4,6 Mio. EUR im Rahmen der Aktivierung des Grunderwerbs Grüngürtel aus. Darüber hinaus werden Privatinvestitionen Dritter im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen ausgewiesen, wobei die Anlagen nach Fertigstellung der Stadt übergeben werden. Hier ist insbesondere ein Finanzierungsanteil in Höhe von 4,5 Mio. EUR von Logport bei der Erschließung der Osttangente sowie ein Finanzierungsanteil in Höhe von 1,2 Mio. EUR der LEG bei der Umgestaltung des Opernplatzes zu nennen.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Sonderposten für unselbstständige Stiftungen und Sonstige	4.689.069,08	4.682.013,35
Sonderposten für Pflanzverpflichtg. n.d. Baumschutzsatzung	0,00	1.399.888,18
Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach der Verordnung über die Führung eines Ökokontos	600.000,00	1.771.097,24
Sonderposten für Ausgleichsmaßnahmen nach dem Landschaftsschutzgesetz	0,00	1.143.150,03
Sonderposten für diverse Ablösekosten	245.740,82	245.740,82
Sonstige Sonderposten	18.525.967,17	18.675.550,00
	24.060.777,07	27.917.439,62

Der Rückgang der Sonstigen Sonderposten um 3,9 Mio. EUR resultiert aus Abgängen von 3,9 Mio. EUR, Zugängen von 0,4 Mio. EUR sowie aus ertragswirksamen Auflösungen i.H. von 0,4 Mio. EUR. Die Sonderposten, die im laufenden Haushaltsjahr in den Abgang gebracht wurden, resultieren im Wesentlichen aus Einnahmeüberschüssen aus der Zeit vor Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. In der Eröffnungsbilanz wurden entsprechende Verbindlichkeiten in Form der Sonstigen Sonderposten gebildet. Der Sonderposten aus der Baumschutzsatzung in der damals geltenden Satzung sowie das Guthaben auf dem Ökokonto zur Durchführung ökologisch wirksame Maßnahmen und die Ausgleichsmaßnahmen nach

dem Landschaftsschutzgesetz wurden in den Vorjahren für konsumtive Zwecke verwendet. Die passivierten Sonderposten aus den geleisteten Zahlungen sind ertragswirksam aufzulösen.

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	1.172.801.810,00	1.133.330.380,00
Instandhaltungsrückstellungen	3.352.589,56	6.446.411,54
Sonstige Rückstellungen	261.591.196,79	214.477.637,46
	1.437.745.596,35	1.354.254.429,00

Für die Rückstellungen wurde ein Rückstellungsspiegel erstellt, der dem Anhang als Anlage beigelegt ist.

3.1 Pensionsrückstellungen

Für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen wird das Programm „HAESSLER Pensionsrückstellung - Kommunal“ in der jeweils aktuell verfügbaren Version („Heubeck-Richttafeln 2018 G“) eingesetzt. Die Berechnung erfolgt nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines Rechnungszinses von 5% gemäß § 37 Abs.1 KomHVO NRW.

Bei der Berechnung der Pensionen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Der Beginn der Dienstzeit für Beamtinnen und Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes wird nach Vollendung des 19. Lebensjahres, für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes nach Vollendung des 25. Lebensjahres festgesetzt. Diese Berechnungsansätze entsprechen der Grundlage des RdErl. d. Innenministeriums vom 04.01.2006, verlängert mit Runderlass vom 16.07.2010 und 17.02.2016.

Weiterhin enthält die Berechnung folgende Annahmen:

Besoldung: höchste Stufe der jeweiligen Gruppe
 Finanzierungsbeginn: bei Eintritt
 Teilzeitkürzungen: bisheriger durchschnittlicher Beschäftigungsgrad

Aus Vereinfachungsgründen wird die Rückstellung für Beihilfe als prozentualer Anteil der Rückstellungen für Pensionen ermittelt. Zurzeit wird die Rückstellung mit einem Prozentsatz von 23% gebildet.

In der Pensionsrückstellung ist nicht die Verteilung der Versorgungslasten nach der gesetzlichen Rückwirkungsklausel enthalten. Eine allgemeine Zahlungsverpflichtung zu einem früheren Zeitpunkt (beispielsweise Dienstherrnwechsel vor Inkrafttreten des Gesetzes, Eintritt in den Ruhestand erfolgt nach Inkrafttreten) wäre praktisch nicht umzusetzen, da die sogenannten „Schwebefälle“ aufwendig ermittelt werden müssten. Jeder Dienstherrnwechsel müsste über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten nachvollzogen werden. In einer Vielzahl von Fällen ist dies aufgrund fehlender Akten äußerst aufwendig, wenn nicht unmöglich. Ferner bestehen Forderungen der Stadt Duisburg gegenüber Dienstherrn in unbekannter Höhe.

In den Pensions- und Beihilferückstellungen sind die Versorgungsverpflichtungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen IMD und DuisburgSport enthalten. Die Stadt Duisburg hat die Eigenbetriebe nach § 22 Absatz 3 EigVO NRW von künftigen Versorgungsleistungen gegen entsprechende Zahlungen freigestellt.

Im vergangenen Haushaltsjahr wurde bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen eine zusätzliche Pauschale für die Auswirkungen der Anpassung auf die neue Richttafel (Version 2018 G) in Höhe von rund 22,2 Mio. EUR gebucht. Mit der Erstanwendung dieser Richttafel im laufenden Haushaltsjahr erfolgte eine Inanspruchnahme der Schätzwerte in Höhe von 7,4 Mio. EUR und eine Auflösung in Höhe von 14,8 Mio. EUR.

Die Implementierung des SAP-Moduls zur Versorgungsadministration wurde im Haushaltsjahr 2019 begonnen. Damit einhergehend sollte bis zum Jahresende eine Umstellung der Berechnung der Versorgungsrückstellungen durch ein in SAP eingebundenes Modul vorgenommen werden, was aus organisatorischen Gründen nicht umgesetzt werden konnte. Im Zuge der Verfahrensänderung ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der künftige Rückstellungsbedarf von den bislang ermittelten Werten abweicht. Die Voraussetzungen zur Bildung einer Rückstellung sind gegeben. Nach dem Wirklichkeitsprinzip ist der wahrscheinlichste Wert anzusetzen. Da eine präzise Prognose aufgrund der versicherungsmathematischen Berechnungen und der individuell von jedem Gutachter festgelegten Berechnungsparameter nicht möglich ist, erfolgte eine vorsichtige Schätzung analog der Einführung der neuen Richttafeln mit 2 vom Hundert der Summe der Rückstellungen für Versorgungslasten in Höhe von insgesamt 23,0 Mio. EUR.

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

Aufgrund von festgestellten Mängeln an Bau- und Brückenbauwerken wurden Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen gebildet. Eine Aktivierungspflicht nach § 36 Abs. 5 KomHVO besteht nicht, die bestehenden und in 2019 hinzugekommenen Maßnahmen sind konsumtiv zu bewerten. Im Einzelnen handelt es sich um die im OB-Karl-Lehr-Brückenzug befindlichen Brückenbauwerke über die Ruhr und den Hafenkanal mit 1,2 Mio. EUR und die „Stahlrampe Marientor“ in Höhe von 1,7 Mio. EUR sowie die Brücken „Altenbrucher Damm“ und Sittardsberger Allee, für die 2019 eine Zuführung von 0,5 Mio. EUR erfolgte. Die Entwicklungen der einzelnen Maßnahmen sind unabhängig vom Rückstellungsspiegel separat als Anlage dem Anhang beigelegt.

3.4 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Personalrückstellungen der Kernverwaltung für nicht genommenen Urlaub, Gleitzeitguthaben (einschließlich Lang- und Lebensarbeitszeitkonten), Altersteilzeit und Leistungsentsgelt in Höhe von 25,7 Mio. EUR (VJ 26,6 Mio.) EUR. Weitere wesentliche Rückstellungen im Personalbereich entfallen auf etwaige Nachforderungen sozialversicherungspflichtiger Honorarverträge der Deutschen Rentenversicherung i.H. von 3,0 Mio. EUR, mögliche Nachversicherungen von Beamten/innen von 1,1 Mio. EUR und eine Rückstellung i.H. von 4,1 Mio. EUR für den Fall, dass eine weitere Besoldungsanpassung aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes festgestellt wird, gegen das derzeit Musterklagen geführt werden. Weitere maßgebliche Personalrückstellungen betreffen die amtsangemessene Besoldung von Beamten in Höhe von 2,0 Mio. EUR sowie Versorgungsansprüche gegenüber Tarifbeschäftigten i.H. von 1,4 Mio. EUR.

Aufgrund der in § 101 Abs. 3 S. 2 LBeamtVG eingeräumten Möglichkeit, die Versorgungslastenteilung mittels Abfindungszahlung bereits vor Eintritt des Versorgungsfalls abzugelten, wurde eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen der Stadt Duisburg und den Wirtschaftsbetrieben Duisburg (AöR) getroffen. Laufende Erstattungen werden gemäß § 100 LBeamtVG mit den bisherigen Anteilen in Höhe von 2,2 Mio. EUR fortgeführt.

Die Änderungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sind in der Rückstellung für Versorgungslastenteilung (5,9 Mio. EUR) berücksichtigt.

Die im Haushaltsjahr 2015 gebildete Rückstellung für Garantien in Höhe von 27,4 Mio. EUR mit einem Restbuchwert zum 31.12.2018 von 17,4 Mio. EUR steht im Zusammenhang mit einer Einwendungs- und Einredevenerzichtserklärung der Stadt Duisburg im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der GMVA mit der finanzierenden Bank. Maßgebend war die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW, wonach die GMVA verpflichtet wurde, die überhöhten Verbrennungsentgelte der Vergangenheit an die Entsorger zu erstatten und die künftigen Verbrennungsentgelte zu senken. Dies hat zur Folge, dass die Ansprüche der finanzierenden Bank für den Zeitraum 2016-2020 nicht allein von der GMVA getragen werden können. Die Belastungen aus der Forfaitierung sind gemäß abgeschlossener Sanierungsvereinbarung von den Gesellschaftern mitzutragen. Eine dementsprechende Inanspruchnahme in Höhe von 3,7 Mio. EUR erfolgte im Haushaltsjahr 2019, so dass sich der Restbuchwert der Rückstellung auf 13,7 Mio. EUR zum 31.12.2019 vermindert hat.

Bei den Steuerrückstellungen handelt es sich grundlegend um zwölf strittige Fälle der Gewerbesteuer mit einem Volumen von 105,1 Mio. EUR. Die entsprechenden Steuern sind festgesetzt und wurden durch die Steuerpflichtigen entrichtet bzw. in einem Fall eine Stundung bewilligt. Die Passivierung trägt dem Umstand Rechnung, dass in elf Fällen die den Gewerbesteuerfestsetzungen zu Grunde liegenden Mess- bzw. Zerlegungsbescheide des Finanzamtes angefochten wurden und in einem Fall Änderungen aufgrund des bestehenden Vorbehalts der Nachprüfung zu erwarten sind. Für die gleichen Vorgänge wurden für die jeweiligen

Erhebungszeiträume bereits Nachzahlungszinsen in Höhe von 15,3 Mio. EUR erhoben und ebenfalls zurückgestellt. Hinzu kommen des Weiteren fiktive Erstattungszinsen in Höhe von 30,7 Mio. EUR.

Die Rückzahlungsverpflichtungen von Fördermitteln in Höhe von 0,9 Mio. EUR bestehen vorwiegend gegenüber Dritten aus noch nicht weitergeleiteten Mitteln arbeitsmarktpolitischer Projekte BIWAQ (Bildung Wirtschaft Arbeit im Quartier) und EHAP (Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen).

Die Stadt hat gegenüber der städtischen Gesellschaft DVV eine Absichtserklärung abgegeben, den u.a. im Kontext der Beurteilung der Werthaltigkeit der Finanzanlage an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG voraussichtlich entstehenden erhöhten Verlustausgleich bis zu einer Höhe von 23,65 Mio. EUR durch Einzahlung in die Kapitalrücklage auszugleichen.

Die gebildeten Rückstellungen im Bereich des Jugendamtes von 12,4 Mio. EUR enthalten in erster Linie Zahlungsverpflichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, soweit die Verpflichtungen hinreichend bekannt und zum Abschlussstichtag dem Grunde und der Höhe nach nicht genau beziffert werden können. Es handelt sich hierbei überwiegend um Leistungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen Minder- und Volljähriger. Darüber hinaus enthält der Bilanzposten eine Rückzahlungsverpflichtung nicht verwendeter Landesmittel aufgrund von Verzögerungen bei der Inbetriebnahme von Kindertagesstätten nach § 4 Absatz 6 Durchführungsverordnung KiBiz in Höhe 2,9 Mio. EUR sowie einen zurückgestellten Betrag für Schadenersatzleistungen an Eltern aufgrund fehlender Kindergartenplätze i.H. von 0,8 Mio. EUR. Der erhöhte Rückstellungsbedarf ist insbesondere auf diese beiden Sachverhalte zurückzuführen.

Im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes und des Landes NRW erfolgte eine Prüfung des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen (LHR) hinsichtlich der Rechtmäßigkeit von ausgezahlten Zuwendungen im Zuge der Umsetzung der Maßnahmen Soziale Stadt der Stadtteile Laar, Marxloh, Hochfeld sowie einzelner Verfügungsfondsmaßnahmen der Stadt Duisburg. Zu den im Prüfbericht vorgetragenen Beanstandungen des LRH hat die Stadt über eine Anwaltskanzlei eine Stellungnahme bei der Bezirksregierung Düsseldorf (BR) eingereicht. Eine Rückzahlung der gewährten Fördermittel ist als überwiegend wahrscheinlich einzustufen. Daher wurde eine Rückstellung in Höhe von 2,9 Mio. EUR gebildet. In dieser Summe sind die Zinserstattungen von 0,4 Mio. EUR enthalten. Darüber hinaus besteht ein weiteres Risiko der Rückerstattung erhaltener Fördermittel an die Bezirksregierung aus dem Stadterneuerungsprojekt Soziale Stadt für den Stadtteil Bruckhausen während der Zeit von 1991 bis 2007. Der Stadt Duisburg wurde die Gelegenheit zur Anhörung nach § 28 VwVfG NRW gegeben. Aufgrund der hiesigen Einschätzung ist eine Rückzahlung nicht auszuschließen. Der Betrag der Rückstellung beziffert sich auf 0,8 Mio. EUR zzgl. Zinsen in Höhe von 0,4 Mio. EUR. Für den Stadtteil Marxloh steht eine analoge Beurteilung gegenwärtig noch aus. Auch hier besteht die Wahrscheinlichkeit einer Rückerstattungspflicht für erhaltene Fördermittel, die mit 0,4 Mio. EUR zzgl. zu zahlender Zinsen in Höhe von 0,2 Mio. EUR angesetzt wurde.

Die Rückstellungen für nicht anerkannte Rechnungen beziehen sich vollständig auf städtische Gesellschaften. Im laufenden Haushaltsjahr wurde hier insbesondere eine einzelne Rückstellung in Höhe von 1,1 Mio. EUR aufgrund einer noch nicht abgeschlossenen Sachverhaltsbeurteilung zum Stadtbahnfonds gebildet.

4. Verbindlichkeiten

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	488.817.803,14	484.039.162,16
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.222.900.035,50	1.347.400.053,65
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	23.189.952,01	24.415.630,29
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.382.130,46	100.808.658,27
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	14.592.619,18	13.225.911,01
Sonstige Verbindlichkeiten	30.350.104,19	33.532.571,02
Erhaltene Anzahlungen	139.391.559,16	123.419.686,62
	2.012.624.203,64	2.126.841.673,02

Die Restlaufzeiten sind dem in der Anlage beigefügten Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen.

4.1 Anleihen

Bei der Stadt Duisburg sind keine Anleihen vorhanden.

4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen bestehen zum Stichtag ausschließlich gegenüber Kreditinstituten.

4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung bestehen in voller Höhe bei Kreditinstituten.

In den Verbindlichkeiten sind Kontokorrentkredite aus dem Bereich der Treuhandkonten der EG DU in Höhe von 35,50 EUR enthalten.

4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, bestehen gegenüber Fremden i.H. von 21.332.141,91 EUR (VJ 22.438.053,81 EUR) und gegenüber verbundenen Unternehmen i.H. von 1.857.810,10 EUR (VJ 1.977.576,48 EUR). Der größte Anteil der Verbindlichkeiten mit 19,4 Mio. EUR entfällt auf die im Jahr 1995 an die damalige Stadtparkasse Duisburg und die WestLB verkauften Wohnungsbaudarlehen.

4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 93.382.130,46 EUR (VJ 100.808.658,27 EUR) belaufen sich gegenüber Fremden auf 3.819.676,35 EUR (VJ 1.245.985,76 EUR), gegenüber verbundenen Unternehmen auf 9.742.805,99 EUR (VJ 33.039.098,74 EUR), gegenüber Beteiligungen auf 6.692.238,23 EUR (VJ 5.149.099,41 EUR) sowie gegenüber Sondervermögen auf 73.127.409,89 EUR (VJ 61.374.474,36 EUR).

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist insgesamt ein Rückgang von 7,4 Mio. EUR zu verzeichnen.

Eine zum Stichtag gegen die Bezirksregierung Düsseldorf offenstehende Verbindlichkeit aus der Krankenhaumsumlage 2019 in Höhe von 1,7 Mio. EUR führte weitestgehend zu der Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Fremden.

Die um 23,3 Mio. EUR rückläufigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind vornehmlich auf die vollständige Auszahlung der Kapitaleinlage zur Stärkung der Eigenkapitalquote der DVV im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 24,4 Mio. EUR zurückzuführen, denen nur moderate Zuwächse bei anderen Positionen gegenüberstehen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten bei den Beteiligungen um 1,5 Mio. EUR bezieht sich im Wesentlichen auf den gewährten Zuschuss der Stadt Duisburg gegenüber der DOR für die Spielzeit 2019/2020. Die Verbindlichkeiten korrespondieren mit den privatrechtlichen Forderungen gegenüber der DOR (vergl. hierzu die analoge Bilanzposition in den Forderungen).

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen umfassen die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen IMD in Höhe von 72,5 Mio. EUR und DuisburgSport mit 0,6 Mio. EUR. Hervorzuheben sind die flüssigen Finanzmittel in Höhe von 66,6 Mio. EUR (VJ 54,6 Mio. EUR), die der Eigenbetrieb IMD der Stadt kurzfristig zur Verfügung stellt (Betriebsmittel) sowie Verbindlichkeiten aus der Umsatzsteuer in Höhe von 5,5 Mio. EUR (VJ 5,1 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten gegenüber DuisburgSport mit 0,6 Mio. EUR (VJ 1,3 Mio. EUR) entfallen weitgehend auf die Umsatzsteuer.

4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen beinhalten Aufwendungen aus Sozialleistungen des Jahres 2019, die erst in 2020 in Höhe von 13.949.259,89 EUR (VJ 12.804.062,30 EUR) zahlungswirksam werden. Der erhöhte Ausweis betrifft im Wesentlichen Bearbeitungsrückstände der Jugendhilfeleistungen. Die restlichen Verbindlichkeiten bestehen gegenüber dem Land nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

4.7 Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich unter anderem aus Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 2.971.520,82 Mio. EUR (VJ 2,8 Mio. EUR), Sicherheitseinbehalten i. H. von 551.852,84 EUR (VJ 0,6 Mio. EUR), einer Spende für den Grüngürtel Duisburg-Nord i.H. von 8.403.775,83 EUR (VJ 8,4 Mio. EUR) sowie periodischen Abgrenzungen von 7.189.942,74 EUR (VJ 9,4 Mio. EUR) zusammen. Die Periodenabgrenzung enthält Aufwand des Haushaltsjahres 2019, der nach dem Bilanzstichtag ausgezahlt wird.

4.8 Erhaltene Anzahlungen

Ein wesentlicher Teil der erhaltenen Anzahlungen sind Zuwendungen oder Beiträge, die an die Kommune ausgezahlt, aber noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden (sogenannte Transferverbindlichkeiten). Als nicht zweckentsprechend verwendete Mittel werden in dieser Bilanzposition auch die Zuwendungen ausgewiesen, denen bereits geleistete Anzahlungen im Bau gegenüberstehen. Bis zur endgültigen Fertigstellung der investiven Maßnahme besteht eine Verpflichtung der Kommune. Erst mit Inbetriebnahme des Vermögensgegenstandes darf eine Umbuchung in den Sonderposten erfolgen.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Zuwendungen für AiB Fahrzeuge Berufsfeuerwehr	5.390.413,30	3.733.366,79
Zuwendungen für AiB Modernisierung Sportanlagen	3.829.275,21	3.638.624,83
Zuwendungen für AiB Hochhäuser Hochheide	13.633.004,87	8.046.720,21
Zuwendungen für AiB Stadtbahnbau	12.160.872,78	10.841.951,30
Zuwendungen für AiB Friedrich-Wilhelm-Straße	1.289.569,84	98.400,00
Zuwendungen für AiB OB-Karl-Lehr-Brückenzug BA 2	2.860.108,89	960.385,17
Zuwendungen für AiB Sanierung Hubbrücke Schwanentor	1.550.515,61	843.917,00
Zuwendungen für AiB Einbau Poller in der Innenstadt	1.659.346,99	298.894,99
Zuwendungen für AiB Erneuerung des Belages Königstraße	1.532.916,68	1.359.420,49
Zuwendungen für AiB Deichrückverlegung Mündelheim B288	7.642.483,74	3.106.020,90
Zuwendungen für AiB Sonstiger Hochwasserschutz	567.107,79	262.891,61
Stadterneuerung STEP Laar	269.400,00	103.600,00
Zuwendungen für AiB Fernbusbahnhof	0,00	336.510,68
Zuwendungen für AiB Wanheimer Str.	0,00	3.454.535,32
Zuwendungen für AiB Mercatorstr.	0,00	2.087.581,30
Stadterneuerung STEP Beeck	0,00	58.038,93
Stadterneuerung STEP Hochfeld	0,00	334.665,80
Zuwendungen Kantpark	0,00	1.150.845,43
Zuwendungen aus der Schulpauschale	46.314.259,14	30.797.899,14
Zuwendungen für sonstige Infrastrukturmaßnahmen	7.386.276,96	5.505.230,57
Zuwendungen für KIDU-Maßnahmen nach dem KInvFG	3.494.871,00	7.020.041,00
Beitragsvorauszahlungen BauGB Straßenbaumaßnahmen	1.011.868,24	1.668.958,41
Gute Schule 2020	5.472.436,00	1.550.000,00
	116.064.727,04	87.258.499,87

Die Zunahme der Zuwendungen um 28,8 Mio. EUR korrespondiert mit den auf der Aktivseite unter Ziffer 1.2.8 aufgeführten Baumaßnahmen. Die Schulpauschale wird seit 2017 angespart, um Schulraumerweiterungen damit zu finanzieren. Die Mittel werden an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung IMD weitergeleitet, da die Schulen Eigentum des IMD sind.

Ferner enthält diese Bilanzposition nicht verwendete Finanzmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket i.H. von 8,5 Mio. EUR (VJ 9,4 Mio. EUR). Davon entfallen 5,3 Mio. EUR (VJ 6,2 Mio. EUR) auf das Sozialamt und 3,2 Mio. EUR (VJ 3,2 Mio. EUR) auf das Jugendamt. Darüber hinaus werden die erhaltenen Anzahlungen von Geschäftspartnern i.H. von 12,6 Mio. EUR (VJ 24,5 Mio. EUR) unter dieser Position ausgewiesen. Von Bedeutung ist eine Zahlung der Bezirksregierung Arnsberg in Höhe von 10,7 Mio. EUR, von welcher zum 31.12.2019 rund 1,6 Mio. EUR verwendet worden sind. Hierbei handelt es sich um eine Zuweisung für Integrationsmaßnahmen nach § 14 c Teilhabe- und Integrationsgesetz. Die restlichen Mittel können nach

dem Gesetz bis zum 30.11.2020 verwendet werden. Außerdem werden hier Mittel aus noch nicht zweckentsprechend verwendeten Erbschaften in Höhe von 2,2 Mio. EUR ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um eine Erbschaft für das städtische Tierheim und eine Erbschaft welche mit Auflagen zur Verbesserung der Lebenssituation alter Menschen verbunden ist.

5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist Einnahmen vor dem Bilanzstichtag aus, die Erträge nach dem Stichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition erhaltene Finanzmittel der Stadt Duisburg ausgewiesen, welche in Bezug auf Investitionsförderungen an Dritte zulässigerweise weitergeleitet werden. Die Auflösungen der Zuwendungen erfolgen analog zu den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (vergl. Ziffer 3 der Aktivseite: Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten).

Der höchste passive Rechnungsabgrenzungsposten von 53,4 Mio. EUR weist die Vorauszahlungen der Grabnutzungsrechte aus.

Im laufenden Haushaltsjahr wurde der verbleibende Landeszuschuss nach § 21f KiBiz zum Erhalt der Trägervielfalt von 1,7 Mio. EUR aufgelöst.

Die Kosten des Unterhaltsvorschusses werden monatlich durch die Bezirksregierung erstattet. In der Regel erfolgt eine Abschlagszahlung zum Monatsende für den Folgemonat. Im Haushaltsjahr 2019 war das nicht der Fall, der Abschlag für den Monat Januar 2020 wurde auch erst im neuen Haushaltsjahr kassenwirksam.

Im Rahmen der Bewertung von Forderungen erfolgte die Abzinsung einer unverzinslichen Forderung nach dem strengen Niederstwertprinzip des Umlaufvermögens zum Bilanzstichtag. Für die Differenz zwischen Nominalwert und Barwert der Forderung wurde ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der in den Folgejahren wieder erfolgswirksam aufgelöst wird (vergl. hierzu unter anderem nähere Ausführungen zu Ziffer 2.2.2 der Aktivseite: Privatrechtliche Forderungen gegenüber Fremden).

Die Stadt Duisburg hat im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung ein Grundstück für zukünftige Grün- und Verkehrsflächen der ehemaligen Schachanlage Friedrich Thyssen 2/5 von der ThyssenKrupp Steel Europe AG (TKSE) erworben. Der Kaufvertrag enthält eine Vereinbarung, dass die Stadt einen Teil des Kaufpreises in Höhe 0,632 Mio. EUR durch Aufrechnungserklärung bezahlen kann. Mit der Gewährung der Aufrechnung zum Zeitpunkt der Zahlung des Kaufpreises befreit sich TKSE für 10 Jahre nach Fertigstellung der Flächenentwicklung (voraussichtlich 2024) von zukünftig anfallenden Pflegearbeiten. Es handelt sich um eine Kapitalisierung der Pflegekosten, welche von der Stadt übernommen und mit dem Kaufpreis verrechnet wurden.

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Friedhöfe	53.360.741,40	53.750.413,62
Investive Zuwendungen Obermaschinerie	579.624,86	614.402,42
Kostenanteil Alarmierungsanlage Theater IMD	615.999,97	647.999,97
Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil		
Neubau des Mercatortunnels A 59	2.769.390,00	2.807.853,75
Investive Zuwendungen Städtischer Kostenanteil		
Neubau von 2 Brücken	2.652.248,87	2.693.052,87
Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau	12.245.924,58	13.423.310,55
Zuwendungen des Landes zum Erhalt der Trägervielfalt	0,00	1.666.985,31
Abgrenzung Konzert- und Theaterabonnements	277.773,41	256.392,10
Erstattung Unterhaltsvorschuss Januar	0,00	909.118,02
Abzinsung einer unverzinslichen Forderung	310.450,24	637.322,28
Kapitalisierte Pflegekosten für öffentliche Grünanlagen	631.782,00	0,00
Sonstiges	260.581,33	241.629,23
	73.704.516,66	77.648.480,12

D. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

1. Darstellung und Analyse der ordentlichen Erträge

1.1. Erträge der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Erträgen, Finanzerträgen und außerordentlichen Erträgen unterschieden. Die ordentlichen Erträge ergeben sich aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Ertragsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio.-EUR-Beträgen dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung		Ansatz 2019 fortgeschrieben davon Ermächti- gungsübertragungen		Ergebnis	Abweichung
01	Steuern und ähnliche Abgaben	674,932	0,000	661,735	-13,197
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	823,788	0,000	786,296	-37,492
03	Sonstige Transfererträge	18,982	0,000	19,201	+0,219
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	78,865	0,000	80,353	+1,489
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	22,978	0,000	22,648	-0,330
06	Kostenerstattungen und -umlagen	202,004	0,000	202,675	+0,671
07	Sonstige ordentliche Erträge	73,689	0,000	106,386	+32,697
08	Aktiviert Eigenleistungen	0,000	0,000	0,000	+0,000
09	Bestandsveränderungen	0,000	0,000	0,000	+0,000
10	Ordentliche Erträge	1.895,238	0,000	1.879,294	-15,943

1.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Ertragszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Mindererträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben in Höhe von insgesamt 13,197 Mio. EUR ergeben sich hauptsächlich durch eine Verschlechterung der **Gewerbesteuererträge** in Höhe von 18,293 Mio. EUR, die im Wesentlichen darauf beruht, dass im Zusammenhang mit schwebenden Rechtsstreitigkeiten mit erheblichem Volumen Rückstellungen gebildet wurden. Eine weitere Verschlechterung von 4,626 Mio. EUR resultiert aus Mindererträgen bei der **Grundsteuer B** aufgrund einer gegenüber der Erwartung der Finanzämter niedrigeren Steigerung. Dem gegenüber stehen Mehrerträge von 6,192 Mio. EUR bei dem **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** wegen der unerwartet positiven Entwicklung bei der gemeindlichen Umsatzsteuerbeteiligung. Daneben sind entgegen der ursprünglichen Annahme Verbesserungen bei der **Abgabe von Spielbanken** zu verzeichnen (1,551 Mio. EUR).

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Insgesamt belaufen sich die Ertragsverschlechterungen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen auf 37,492 Mio. EUR.

Bei den **Landeszuweisungen aus KInvFG II** ergeben sich Mindererträge (14,128 Mio. EUR) aufgrund von zeitlichen Verschiebungen ohne Auswirkungen auf den Gesamtrahmen des Projektes. Auch bei der Umsetzung der KIDU-Projekte bei den städtischen Beteiligungen haben zeitliche Verschiebungen zu Mindererträgen bei den **Landeszuweisungen aus KIDU** geführt (8,322 Mio. EUR). Korrespondierend hierzu sind Minderaufwendungen zu verzeichnen (siehe Transferaufwendungen). Infolge einer Umstellung der ursprünglich im konsumtiven Haushalt geplanten **Schulpauschale** in den investiven Haushalt kommt es beim Amt für schulische Bildung zu Mindererträgen von 13,842 Mio. EUR.

Im Bereich des **Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement** entstanden Mindererträge aus Zuweisungen vom Land in Höhe von 2,875 Mio. EUR aufgrund von veränderten Projektverläufen insbesondere im Bereich der Städtebauförderung.

Weitere Mindererträge im Umfang von 2,353 Mio. EUR, denen teilweise Minderaufwendungen gegenüberstehen, resultieren aus der komplexen Abwicklung des **Projektes „Grüngürtel Duisburg Nord“**. Im Jahr 2019 erfolgte keine Entnahme aus der „Thyssenspende“.

Beim **Jugendamt** sind Mehrerträge bei den Landeszuweisungen in Höhe von 4,714 Mio. EUR zu verzeichnen, die hauptsächlich im Bereich der „Betreuung von Kindern in Einrichtungen“ auf höher ausfallende Kindpauschalen und einen Landeszuschuss zur Qualitätssicherung zurückzuführen sind. Die Zuweisungen vom Bund fallen hingegen um 2,122 Mio. EUR niedriger aus, da einige Anträge von freien Trägern aufgrund eines verzögerten U3/Ü3-Ausbaus erst zu einem späteren Zeitpunkt gestellt werden.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die Verbesserungen in diesem Bereich betragen insgesamt 1,489 Mio. EUR. In der Hauptsache sind die Mehrerträge beim **Bürger- und Ordnungsamt** u.a. im **Einwohnermeldewesen** aufgrund von Gebührenerhöhungen und einer gestiegenen Anzahl von Auskunftersuchen entstanden (1,041 Mio. EUR). Weitere Verbesserungen ergeben sich bei den **Elternbeiträgen im Offenen Ganztage** (0,453 Mio. EUR).

Sonstige ordentliche Erträge

Insgesamt konnte bei den sonstigen Erträgen eine Haushaltsverbesserung von 32,697 Mio. EUR erzielt werden.

In allen Teilergebnisplänen, die Personalaufwendungen beinhalten, wirken Erträge aus der **Auflösung/Herabsetzung von Pensionsrückstellungen** im Zusammenhang mit einer Anpassung der „Heubeck-Sterbetafeln“ in Höhe von 15,028 Mio. EUR ergebnisverbessernd.

In verschiedenen Bereichen wirken Erträge aus der **Auflösung von Rückstellungen** (u.a. Gewerbesteuer-rückstellungen) in Höhe von insgesamt 4,079 Mio. EUR ergebnisverbessernd. Mehrerträge aus der Vereinnahmung der **Investitionsförderung für Festwerte** führen beim Umweltamt (2,658 Mio. EUR) und bei der Feuerwehr (1,804 Mio. EUR) zu weiteren Ergebnisverbesserungen.

Beim Umweltamt wirken Erträge aus der **Auflösung von sonstigen Sonderposten** im Zusammenhang mit der ehemaligen Baumschutzsatzung, dem Ökokonto und den Ausgleichsmaßnahmen nach dem Landschaftsschutzgesetz in Höhe von 3,714 Mio. EUR ergebnisverbessernd.

Bei der Stadtkämmerei (Beteiligungen, PO 2060) ist eine Verbesserung bei den **Erträgen aus Konzessionen** von 1,060 Mio. EUR im Wesentlichen aufgrund der Spitzabrechnungen der Stadtwerke Duisburg und der Netze Duisburg für das Jahr 2018 zu verzeichnen. Ebenfalls im Bereich der Beteiligungen führt ein periodenfremder Ertrag in Höhe von 1,733 Mio. EUR im Zusammenhang mit Forderungen gegenüber der DKH zu einer Ergebnisverbesserung.

2. Darstellung und Analyse der ordentlichen Aufwendungen

2.1. Aufwendungen der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Aufwendungen der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Aufwendungen, Zinsen, sonstigen Finanzaufwendungen und außerordentlichen Aufwendungen unterschieden. Die ordentlichen Aufwendungen ergeben sich aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 KomHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Aufwandsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Mio.-EUR-Beträgen dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ergebnis	Abweichung
	fortgeschrieben	davon Ermächtigungs- übertragungen		
Personalaufwendungen	395,027	0,000	395,761	+0,734
Versorgungsaufwendungen	51,144	0,000	59,610	+8,466
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	334,199	0,000	310,007	-24,191
Bilanzielle Abschreibungen	72,128	0,000	67,965	-4,163
Transferaufwendungen	735,142	0,000	721,866	-13,276
Sonstige ordentliche Aufwendungen	275,075	0,000	282,768	+7,693
Ordentliche Aufwendungen	1.862,715	0,000	1.837,977	-24,737

2.2. Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Aufwandszeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind bei den **Personalaufwendungen** Mehraufwendungen in Höhe von 0,844 Mio. EUR in zentraler und Minderaufwendungen in Höhe von 0,110 Mio. EUR in dezentraler Bewirtschaftung entstanden, sodass das Jahresergebnis insgesamt mit 0,734 Mio. EUR über dem Planwert liegt. Die Überschreitung der Personalaufwendungen in zentraler Bewirtschaftung resultiert aus zusätzlichen Rückstellungszuführungen aufgrund der Einführung des neuen Verfahrens „VADM“ (Versorgungsadministration).

Bei den **Versorgungsaufwendungen** sind Mehrwendungen in Höhe von insgesamt 8,466 Mio. EUR entstanden. Dies resultiert ebenfalls im Wesentlichen aus der Rückstellungszuführung zugunsten der Einführung VADM. Des Weiteren war in 2019 ein Anstieg der Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen zu verzeichnen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die dargestellte Verbesserung gegenüber dem Ansatz in Höhe von 24,191 Mio. EUR begründet sich im Wesentlichen mit den nachstehenden Sachverhalten.

Bei den **Erstattungen an den Bund** ist im Produkt „Leistungen für Arbeitssuchende“ eine Aufwandsminderung in Höhe von 13,153 Mio. EUR beim Amt für Soziales und Wohnen zu verzeichnen, die hauptsächlich auf eine geringere Anzahl an Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug nach dem SGB II zurückzuführen ist.

Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit: Der für die Erhaltung der **Entsorgungs-Infrastruktur** im Haushalt etatisierte Ansatz musste in 2019 aufgrund der wirtschaftlichen Situation der WBD-AöR nicht in Anspruch genommen werden (Minderaufwendungen 4,280 Mio. EUR). Aufgrund von verschiedenen Sachverhalten (u.a. veränderter Projektverlauf bei der Herrichtung von Grundstücken zwecks Vermarktung im Innenstadtbereich) sind Minderaufwendungen in Höhe von 5,978 Mio. EUR beim **Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement** entstanden. Aufgrund von Verzögerungen im **Projekt „Grüngürtel Duisburg Nord“** ergeben sich im Amt für Baurecht und Bauberatung Minderaufwendungen in Höhe von 1,066 Mio. EUR.

Daneben sind in verschiedenen Bereichen, z.B. bei den Festwertabschreibungen, sowohl Mehr- als auch Minderaufwendungen zu verzeichnen, die sich im Saldo aber gegenseitig aufheben.

Bilanzielle Abschreibungen

Die Minderaufwendungen bei den bilanziellen Abschreibungen in Höhe von insgesamt 4,163 Mio. EUR beruhen u.a. auf einer nicht vollumfänglichen bzw. verzögerten Aktivierung von Vermögensgegenständen aufgrund von veränderten Projektverläufen beim **Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement**. Weitere nennenswerte Minderaufwendungen entstanden beim **Umweltamt** im Zusammenhang mit einer Neubewertung der Vermögenswerte in den Bereichen „Öffentliches Grün“ bzw. „Natur und Landschaft“.

Transferaufwendungen

Bei den Transferaufwendungen sind Minderaufwendungen in Höhe von 13,276 Mio. EUR entstanden.

Zeitliche Verschiebungen bei den **Maßnahmen nach KInvFG II** ohne Auswirkungen auf den Gesamtrahmen des Projektes haben Minderaufwendungen in Höhe von 14,248 Mio. EUR zur Folge. Ferner kommt es zu zeitlichen Verschiebungen bei der **Umsetzung der KIDU-Projekte** bei den Beteiligungen, woraus Minderaufwendungen in Höhe von 8,500 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz resultieren.

Im Bereich der **Stadtkämmerei (allgemeine Finanzwirtschaft)** kommt es zu Minderaufwendungen in Höhe von 13,504 Mio. EUR, die im Wesentlichen auf die Senkung der Landschaftsverbands- sowie der Gewerbesteuerumlage, eine geringere Krankenhausumlage, niedrigere Aufwendungen gem. Einheitslastenabrechnungsgesetz und geringere Aufwendungen für die Finanzierungsbeteiligung am Solidarpakt II zurückzuführen sind.

Im Bereich des **Amtes für Soziales und Wohnen** kommt es bei den Transferaufwendungen insgesamt zu einer Verbesserung von 2,869 Mio. EUR, die zu einem großen Teil im Bereich der Unterbringung von bzw. der Leistungen für Asylbewerber entstanden ist.

Demgegenüber ist bei der **Stadtkämmerei (Beteiligungen)** bei den Transferaufwendungen ein Mehrbedarf von 23,332 Mio. EUR entstanden, der im Wesentlichen auf der zusätzlichen Rückstellungsbildung für den voraussichtlichen Fehlbetragsausgleich der DVV beruht. Konkret hat die Stadt gegenüber der städtischen Gesellschaft DVV eine Absichtserklärung abgegeben, den u.a. im Kontext der Beurteilung der Werthaltigkeit der Finanzanlage an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG voraussichtlich entstehenden erhöhten Verlustausgleich bis zu einer Höhe von 23,65 Mio. EUR durch Einzahlung in die Kapitalrücklage auszugleichen. Beim **Jugendamt** sind die Mehraufwendungen bei den Transferaufwendungen von insgesamt 1,111 Mio. EUR hauptsächlich auf höhere Zuschüsse an freie Träger für die Betreuung von Kindern in Einrichtungen zurückzuführen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Insgesamt belaufen sich die Mehraufwendungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen auf 7,693 Mio. EUR.

Bei den **Gewerbesteuererstattungszinsen** ist die Überschreitung des Ansatzes auf die Bildung von Rückstellungen in Höhe von rd. 6,540 Mio. EUR zurückzuführen. Bei den **Kulturbetrieben** entstehen Mehraufwendungen in Höhe von 1,370 Mio. EUR für Honorare aufgrund der zusätzlichen Beschäftigung von externen Musikern zur Durchführung von Konzerten der Duisburger Philharmoniker. Die Spitzabrechnungen der WBD-AöR für das Jahr 2018 (u.a. für den Öffentlichkeitsanteil Stadtreinigung) führen im Bereich des **Umweltamtes** zu Mehraufwendungen in Höhe von 1,180 Mio. EUR. Weitere Mehraufwendungen sind beim **kommunalen Finanzierungsanteil (KfA)** an den Aufwendungen des jobcenters in Höhe von 0,914 Mio. EUR zu verzeichnen.

Demgegenüber stehen Minderaufwendungen für Schadensfälle im Bereich des **Rechtsamtes** in Höhe von 2,121 Mio. EUR aufgrund des – hinsichtlich der städtischen Mitarbeiter – abgeschlossenen Loveparade-Prozesses. Verzögerungen beim **Ausbau von Kindertagesstätten** führen zu Minderaufwendungen in Höhe von 1,068 Mio. EUR.

3. Darstellung und Analyse des Finanzergebnisses

3.1 Finanzerträge und -aufwendungen

In der folgenden Übersicht ist das Finanzergebnis dargestellt (*Differenzen zur Gesamtergebnisrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio. EUR Beträgen*):

	Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung	Ansatz 2019		Ergebnis	Abweichung
		fortgeschrieben	davon Ermächtigungs- übertragungen		
19	Finanzerträge	16,260	0,000	12,435	-3,825
20	Finanzaufwendungen	45,877	0,000	17,586	-28,291
	Finanzergebnis	-29,617	0,000	-5,151	+24,466

3.2 Wesentliche Abweichungen

Im Folgenden werden die Zeilen mit Abweichungen von > 1 Mio. EUR erläutert. Da hier nur die absolut wesentlichen Abweichungen dargestellt werden, sind bei der Summierung der erläuterten Abweichungen Differenzen zu den o.g. Gesamtabweichungen pro Zeile möglich.

Finanzerträge

In diesem Bereich sind Mindererträge in Höhe von insgesamt 3,825 Mio. EUR zu verzeichnen.

Sie resultieren hauptsächlich daraus, dass Erträge aus **Gewinnanteilen von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** in Höhe von saldiert 4,671 Mio. EUR nicht realisiert werden konnten. Die in der HSP-Maßnahme „Zentraler Einkauf“ zu erwartenden Konsolidierungsbeiträge wurden insgesamt zunächst als Ertragserwartung ausgewiesen, obgleich die Anteile der Kernverwaltung sich in Minderaufwendungen widerspiegeln. Darüber hinaus sind die Dividendenausschüttungen von der Duisburg Hafen AG, DuisburgKontor GmbH sowie der Sparkasse niedriger bzw. komplett ausgefallen, als planmäßig vorgesehen.

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Im Saldo liegt das Ergebnis für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen mit 28,291 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz.

Bei den **Zinsaufwendungen für Investitionsdarlehen** konnten aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der zurückhaltenden Inanspruchnahme des Kreditrahmens 2019 Einsparungen in Höhe von 10,089 Mio. EUR erreicht werden. In Folge der weiter andauernden expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und den daraus resultierenden günstigen Kreditkonditionen auf dem Geldmarkt konnten bei den Kreditgebern weitere Zinsersparnisse generiert werden, sodass das Ergebnis bei den **Zinsaufwendungen für Kassenkredite** um 18,735 Mio. EUR unter dem Planansatz geblieben ist.

E. Erläuterungen zur Finanzrechnung

1. Konsumtive Finanzrechnung

1.1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2019		Ergebnis	Abweichung
	fortge- schrieben Mio. EUR	davon Ermächti- gungsübertragun- gen Mio. EUR		
01 Steuern und ähnliche Abgaben	674,932	0,000	671,753	-3,179
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	779,345	0,000	738,110	-41,235
03 Sonstige Transfereinzahlungen	18,982	0,000	17,941	-1,041
04 Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	72,008	0,000	69,414	-2,594
05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	22,978	0,000	26,715	+3,737
06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	201,998	0,000	194,241	-7,757
07 Sonstige Einzahlungen	54,629	0,000	55,703	+1,075
08 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	15,933	0,000	11,298	-4,635
09 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.840,805	0,000	1.785,176	-55,629

Im Folgenden werden die Einzahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen weisen Mindereinzahlungen in Höhe von 41,235 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 779,345 Mio. EUR aus. Diese Mindereinzahlungen sind im Wesentlichen auf die investive Vereinnahmung von Landeszuweisungen im Schulbereich und auf zeitliche Verschiebungen bei der Umsetzung der KIDU- und KInvFG II- Projekte zurückzuführen.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ergeben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 7,757 Mio. EUR gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 201,998 Mio. EUR. Die Mindereinzahlungen sind größtenteils auf geringere Kostenerstattungen im Bereich „Erzieherische Hilfen“ beim Jugendamt und im Bereich „Leistungen für Arbeitssuchende“ beim Amt für Soziales und Wohnen zurückzuführen.

1.2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2019		Ergebnis	Abweichung
	fortge- schrieben Mio. EUR	davon Ermäch- tigungsübertra- gungen Mio. EUR		
10 Personalauszahlungen	338,062	0,000	331,052	-7,010
11 Versorgungsauszahlungen	67,925	0,000	71,692	+3,767
12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	337,191	1,689	302,050	-35,141
13 Zinsen und sonst. Finanzauszahlungen	45,917	0,090	16,874	-29,043
14 Transferauszahlungen	763,223	4,013	688,853	-74,369
15 Sonstige Auszahlungen	266,712	0,375	267,619	+0,907
16 Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.819,030	6,167	1.678,140	-140,890

Im Folgenden werden die Auszahlungszeilen mit Abweichungen von > 5 Mio. EUR erläutert.

Personalauszahlungen

Im Bereich der Personalauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 338,062 Mio. EUR mit 331,052 Mio. EUR Minderauszahlungen in Höhe von 7,010 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese sind im Wesentlichen auf zeitliche Verschiebungen bzw. noch nicht vollzogene Einstellungen aus dem 117er-Kontingent bzw. den Einstellungskorridoren seit 2017 zurückzuführen.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen liegen mit 302,050 Mio. EUR um 35,141 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Planwert in Höhe von 337,191 Mio. EUR. Die Abweichungen sind hauptsächlich auf den Bereich „Öffentliche Verkehrsflächen“ des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement und den Bereich „Leistungen für Arbeitssuchende“ des Amtes für Soziales und Wohnen zurückzuführen.

Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen sind gegenüber der fortgeschriebenen Planung in Höhe von 45,917 Mio. EUR mit 16,874 Mio. EUR um 29,043 Mio. EUR niedriger ausgefallen. Größtenteils ist diese Abweichung auf das weiterhin niedrige Zinsniveau zurückzuführen.

Transferauszahlungen

Im Bereich der Transferauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 763,223 Mio. EUR mit 688,853 Mio. EUR Minderauszahlungen in Höhe von 74,369 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese resultieren hauptsächlich aus der Abwicklung der Investitionsoffensive und verminderten Transferauszahlungen aus dem Bereich „Erzieherische Hilfen“ des Jugendamtes.

1.3. Ermächtigungsübertragungen

Es sind folgende **Ermächtigungsübertragungen** in Höhe von 20,958 Mio. EUR gebildet worden (siehe auch Anlage H „Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen“ zum Anhang):

- Bei den **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** im Bereich des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement in Höhe von 6,636 Mio. EUR, im Bereich der Stadtkämmerei (Beteiligungen) in Höhe von 2,246 Mio. EUR, im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen in Höhe von 1,567 Mio. EUR und im Bereich des Amtes für Baurecht und betrieblichen Umweltschutz in Höhe von 0,170 Mio. EUR,
- bei den **Transferauszahlungen** im Bereich der Stadtkämmerei (Beteiligungen) in Höhe von 9,788 Mio. EUR, im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums in Höhe von 0,041 Mio. EUR, im Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen in Höhe von 0,026 Mio. EUR und im Bereich der Stabsstelle für Wahlen und Informationslogistik in Höhe von 0,002 Mio. EUR sowie
- bei den **sonstigen Auszahlungen** im Bereich der Kulturbetriebe Duisburg in Höhe von 0,442 Mio. EUR und im Bereich des kommunalen Integrationszentrums in Höhe von 0,040 Mio. EUR.

Da die Ermächtigungsübertragungen die bereits vom Rat der Stadt beschlossenen ursprünglichen Ansätze des laufenden Jahres erhöhen, wird der Rat mit der Jahresabschlussvorlage nach § 22 Abs. 4 KomHVO NRW über die Einzelmaßnahmen unterrichtet.

1.4. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtfinanzrechnung	Ansatz 2019		Ergebnis	Abweichung
	fortge- schrieben Mio. EUR	davon Ermäch- tigungsübertra- gungen Mio. EUR		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
17 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	21,776	6,167	107,036	+85,260

Das Ergebnis beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit liegt mit 107,036 Mio. EUR um +85,260 Mio. EUR über dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 21,776 Mio. EUR. Diese Verbesserung des geplanten positiven Saldos um 85,260 Mio. EUR beruht auf Mindereinzahlungen und Minderauszahlungen. Hier bestehen wertmäßige Abweichungen gegenüber der Gesamtergebnisrechnung, die aus der Buchungssystematik im NKF resultieren.

E. Erläuterungen zur Finanzrechnung

2. Investive Finanzrechnung

2.1 Investitionstätigkeit

Wie sich im Bereich der städtischen Investitionen die Einzahlungen und Auszahlungen im Ergebnis gegenüber der Planung entwickelt haben, zeigt die nachstehende Gesamtübersicht (*Differenzen zur investiven Finanzrechnung ergeben sich aufgrund der Darstellung in gerundeten Mio.-EUR-Beträgen*):

Gesamtübersicht Investitionstätigkeit	Ansatz fortgeschrieben	Davon Ermächti- gungsüb. a. d. VJ	Ergebnis	Abweichung
	- Mio. € -			
Einzahlungen				
Zuwendungen für Investitionen	88,279	0,000	58,349	-29,930
Veräußerung von Sachanlagen	11,400	0,000	5,070	-6,330
Veräußerung von Finanzanlagen	7,882	0,000	2,195	-5,687
Beiträge und Entgelte	6,156	0,000	1,886	-4,270
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,000	0,000	-0,002	-0,002
Summe Einzahlungen	113,717	0,000	67,498	-46,219
Auszahlungen				
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	12,094	1,896	3,149	-8,945
Baumaßnahmen	160,020	59,883	49,205	-110,816
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	31,420	8,960	12,599	-18,821
Erwerb von Finanzanlagen	24,360	24,359	27,434	3,074
Aktivierbare Zuwendungen	9,880	0,000	0,161	-9,719
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,030	0,000	0,472	0,442
Summe Auszahlungen	237,804	95,098	93,020	-144,785

Bei einer Vielzahl von Ein- und Auszahlungen sind erhebliche Unterschreitungen der fortgeschriebenen Ansätze zu verzeichnen. Ursache hierfür sind planungsbedingte, vertragliche, zuwendungsrechtliche und/oder technische Probleme, die zu Verzögerungen bei der Umsetzung geplanter Investitionsmaßnahmen führen. In diesen Fällen wurden vielfach Ermächtigungen gemäß § 22 GemHVO in das kommende Haushaltsjahr übertragen. Wie auch unter Ziffer 2.1.3 erläutert, werden Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 112,154 Mio. EUR nach 2020 übertragen.

Auf die Ursachen gravierender Abweichungen bei den verschiedenen Ein- und Auszahlungsarten wird nachfolgend besonders eingegangen.

2.1.1 Einzahlungen

Als **Zuwendungen für Investitionen** werden die Mittel vereinnahmt, die von dritter Seite zur Mitfinanzierung der städtischen Investitionen gewährt werden. Hierzu gehören:

- die pauschalen Zuweisungen des Landes (allgemeine Investitionspauschale, Schul-/ Bildungspauschale, Feuerschutzpauschale)
- die objektbezogenen Zuweisungen des Landes
- sonstige Zuweisungen Dritter

Die Abweichungen der Ergebnisse vom fortgeschriebenen Ansatz resultieren aus der Abhängigkeit der gewährten Zuweisungen vom Bauablauf und den hieraus resultierenden kassenwirksamen Auszahlungen. Die folgende Übersicht zeigt, bei welchen Investitionsmaßnahmen es zu erheblichen Unterschieden zwischen der geplanten Einzahlungserwartung und der tatsächlichen kassenwirksamen Realisierung gekommen ist:

	Ansatz fortgeschrieben	Davon Ermächti- gungsüb. a. d. VJ	Ergebnis -Mio. €-	Abweichung
Zuwendungen für Investitionen	88,279	0,000	58,349	-29,930
davon <u>wesentliche</u> Abweichungen bei:				
Beschleunigung Linie 901 Hafenque- rung	8,610	0,000	1,154	-7,456
Deichrückverlegung Mündelheim	10,800	0,000	4,536	-6,264
Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungs- technik	4,115	0,000	0,000	-4,115
Abriss von Hochhäusern in Homberg- Hochheide	8,461	0,000	4,513	-3,948
Neubau Umgehungsstraße Meiderich	2,845	0,000	0,000	-2,845
Neubau Süd-West-Querspange Ham- born / Walsum 1.BA	2,101	0,000	0,000	-2,101
Anschlussstelle DU-Zentrum A59 / Südtangente	1,909	0,000	0,000	-1,909
Modernisierung Sportanlage Warbruck- straße II	1,755	0,000	0,000	-1,755
Ausbau Rheinpark 2.BA	1,800	0,000	0,202	-1,598
Neubau Süd-West-Querspange Ham- born / Walsum 2.BA	1,559	0,000	0,000	1,559
ISEK Hochfeld	1,552	0,000	0,000	-1,552
Stadterneuerung Laar	1,469	0,000	0,166	-1,303
Grüner Ring Süd II.BA	1,170	0,000	0,000	-1,170
Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79	1,740	0,000	0,736	-1,004
Ausbau Obermeidericher Straße	0,000	0,000	1,143	1,143

Ein Abruf von Zuwendungen konnte bei der Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung in 2019 nur anteilig erfolgen, da mit dem 2.BA nicht wie vorgesehen begonnen wurde.

Für die Deichrückverlegung Mündelheim, die Bestandteil des Deichfahrplans 2025 ist, wurde erneut der Durchführungszeitraum verschoben. Durch das verzögerte Vergabeverfahren für die Dichtwand, hat sich die Maßnahmenumsetzung auf die Folgejahre verschoben. Ein Abruf der geplanten Fördermittel war nur in anteiliger Höhe möglich.

Die Maßnahme Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik ist Bestandteil eines Zuwendungsantrages der DVG (Beschleunigung Linie 901). Der VRR zahlt für das DVG-Projekt zurzeit keine Zuwendungen aus, so- dass auch keine Zuwendungen für die Zugsicherung eingegangen sind.

Bedingt durch Zeitverzögerungen (Asbestproblematik) bei der Entkernung des Objektes Ottostr. 24/30 konnten bei der Maßnahme Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide nur weniger als die zuvor geplanten Zuwendungen eingenommen werden. Bedingt durch die zuvor beschriebenen Verzögerungen konnte in der Folge mit den eingeplanten Arbeiten am Objekt Ottostr. 54/56 nicht begonnen werden.

Ein Zuwendungsbescheid steht für die Maßnahme Neubau Umgehungsstraße Meiderich noch aus. Aus diesem Grund konnten nur förderunschädliche Vorarbeiten durchgeführt werden, welche in vollem Umfang zu- nächst vorfinanziert wurden.

Für die Maßnahme Neubau Süd-West-Querspange Hamborn/Walsum 1.BA steht der Zuwendungsbescheid ebenfalls noch aus. Förderunschädlichen Vorarbeiten wurden noch nicht durchgeführt.

Der Einzahlungsansatz bei der Maßnahme Anschlussstelle DU-Zentr.A59/Südtangente beinhaltet die Rest-Zuwendung nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises, welcher nach Vorliegen der Abrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW erfolgen kann.

Ein Abruf der geplanten Zuwendungen für die Modernisierung der Sportanlage Warbruckstraße II wird erst ab 2020 erfolgen, da in 2019 zunächst vorbereitende Maßnahmen, wie Grünschnitt und Baumfällungen, beauftragt wurden.

Bedingt durch laufende Bearbeitungsprozesse der Maßnahme Ausbau Rheinpark 2.BA konnte in 2019 Zuwendungen i.H.v. 2,1 Mio. EUR abgerufen, jedoch nicht mehr vereinnahmt werden. Die Vereinnahmung wird im Haushaltsjahr 2020 erfolgen.

Für die Maßnahme Neubau Süd-West-Querspange Hamborn/Walsum 2.BA steht der Zuwendungsbescheid ebenfalls noch aus. Förderunschädlichen Vorarbeiten wurden noch nicht durchgeführt.

Mit den geplanten Baumaßnahmen ISEK Hochfeld konnte aufgrund des Zeitbedarfs für vorlaufende Planungsleistungen in 2019 nicht begonnen werden, der Mittelabruf verzögert sich entsprechend.

Die Planung/Vorbereitung bzw. Umsetzung geplanter Baumaßnahmen (u.a. Deichpark, Marktplatz Laar) hat sich in 2019 bei der Maßnahme Stadterneuerung Laar verzögert, so dass die Fördermittel voraussichtlich im Folgejahr abgerufen werden können.

Nach Auskunft des Fördergebers standen für die Maßnahme Grüner Ring Süd II.BA in 2019 keine ausreichenden Fördermittel mehr zur Verfügung, Die Maßnahme wurde auf Folgejahre verschoben.

Bei der Maßnahme Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79 konnten Zuwendungen nur für die Haltestelle "Im Schlenk" abgerufen werden. Für die ebenfalls eingeplante Maßnahme "Haltestelle Kulturstraße" ist das Bewilligungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

Die erhaltenen Zuwendungen der Maßnahme Ausbau Obermeidericher Straße beruhen auf Ausgaben aus Vorjahren sowie fortgeschriebenen Haushaltsansätzen in 2019.

Bei den Einzahlungen aus der **Veräußerung von Sachanlagen** handelt es sich überwiegend um Erlöse aus Grundstücksverkäufen.

Die Grundstücksvermarktung der Flächenentwicklung Mercatorviertel hat sich verzögert, da nach Auswertung der archäologischen Funde zunächst die Entwicklungskonzeption überarbeitet werden musste. Aus diesem Grund können die geplanten Einzahlungen voraussichtlich im Folgejahr vereinnahmt werden.

Auf eine Einzahlung bei der **Veräußerung von Finanzanlagen** und eine damit korrelierende Entnahme von Mitteln aus der Maßnahme Barwertvorteil Leasing Stadtbahn konnte wegen des positiven Bewirtschaftungsverlaufs im Haushaltsjahr 2019 verzichtet werden.

Im Bereich der **Beiträge und Entgelte** ergeben sich gegenüber den Ansätzen Mindereinzahlungen von 4,270 Mio. EUR. Die Abweichung zwischen Plan- und Istdaten liegt insbesondere an den nicht beeinflussbaren zeitlichen Verzögerungen bei der Abwicklung und Abrechnung der KIDU- und Straßenbaumaßnahmen sowie der Umsetzung verschiedener Erschließungsmaßnahmen.

2.1.2 Auszahlungen

Bei den Auszahlungen für den **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** ergeben sich im Gesamtergebnis Minderauszahlungen in Höhe von 8,945 Mio. EUR. Diese Abweichung beruht im Wesentlichen auf Minderauszahlungen bei folgenden Einzelmaßnahmen:

Der eingeplante Erwerb Ottostr. 54/56 der Maßnahme Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide wurde bereits in 2018 getätigt.

Der geplante Grunderwerb für die Maßnahme Neubau Süd-West-Querspange Hamborn/Walsum 2.BA konnte in 2019 nicht realisiert werden und wird voraussichtlich in 2020 erfolgen.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen für das Entwicklungskonzept wurde ein Grundstückserwerb in 2019 bei der Maßnahme Flächenentwicklung Wedau nicht realisiert.

Bei der Investitionsmaßnahme Veräußerung und Erwerb von Grundstücken des Amtes für Stadtentwicklung und Projektmanagement handelt es sich um einen Rahmenansatz für den Erwerb von Immobilien im Bereich der allgemeinen Grundstücksbevorratung. Der Ansatz 2019 musste nicht vollständig in Anspruch genommen werden, da konkrete Grunderwerbe nur in geringerem Umfang abschlussreif vorlagen.

Schwerpunkt der Investitionen sind die **Baumaßnahmen**. Wie aus nachfolgender Übersicht zu ersehen ist, ergibt sich bei einem fortgeschriebenen Ansatz von 160,020 Mio. EUR und einem Ergebnis von 49,205 Mio. EUR eine Ausschöpfung von 30,7%. Sie liegt damit oberhalb des Niveaus des Vorjahres (29,4%). Unter Einbeziehung gebildeter Ermächtigungsübertragungen von 85,063 Mio. EUR für diesen Bereich liegt die Ausschöpfungsquote bei 83,9 %.

Allgemeine Gründe für die geringe Ansatzausschöpfung werden bereits oben unter Ziffer 2.1. erwähnt. Daneben gibt es bei der Vielzahl von Baumaßnahmen vielschichtige Gründe. Wesentliche Abweichungen von der Planung, deren Ursachen nachstehend entsprechend erläutert werden, sind bei folgenden Maßnahmen eingetreten:

	Ansatz fortgeschrieben	Davon Ermächti- gungsüb. a. d. VJ	Ergebnis	Abweichung
	- Mio. € -			
Baumaßnahmen	160,020	59,883	49,205	-110,816
davon <u>wesentliche</u> Abweichungen bei:				
Deichrückverlegung Mündelheim	23,776	11,776	4,062	-19,714
Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	13,245	0,745	2,487	-10,758
Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh.	10,918	3,542	3,464	-7,454
Neubau Umgehungsstraße Meiderich	4,500	0,000	0,000	-4,500
Flächenentwicklung Mercatorviertel	3,295	0,000	0,000	-3,295
Neubau Süd-West-Querspange Ham- born/Walsum 1.BA	3,307	0,056	0,046	-3,260
Flächenentwicklung Angerbogen	3,800	0,000	0,622	-3,178
Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnauwerke	5,482	2,982	2,610	-2,872
Stadterneuerung Laar	2,390	0,854	0,307	-2,083
Modernisierung Sportanlage Warbruckstr. II	1,950	0,000	0,000	-1,950
ISEK Hochfeld	1,971	0,231	0,060	-1,911
Ausbau Franz-Lenze-Platz	3,114	3,114	1,332	-1,782
Endausbau Promenade Eurogate	1,762	0,362	0,070	-1,692
Sicherung Hubbrücke Schwanentor	2,333	1,083	0,709	-1,624
Vorlaufende Honorarkosten für Tiefbau	2,066	0,566	0,526	-1,539
Radwegeverbindung Ruhrdeich	1,576	0,716	0,071	-1,505
Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt	2,701	2,701	1,374	-1,327
Grüner Ring Süd II.BA	1,300	0,000	0,000	-1,300
Nachrüstung Stadtbahnlinie U 79	3,703	0,733	2,405	-1,298
Grüner Ring Nord I.BA	1,100	0,000	0,000	-1,100
Ausbau Rheinpark 2.BA	3,585	1,609	2,495	-1,090

Für die Deichrückverlegung Mündelheim, die Bestandteil des Deichfahrplans 2025 ist, wurde erneut der Durchführungszeitraum verschoben. Durch das verzögerte Vergabeverfahren für die Dichtwand, innerhalb der Maßnahme, hat sich die Maßnahmenumsetzung auf die Folgejahre verschoben.

Mit dem 2.BA der Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung konnte in 2019 nicht begonnen werden, da die planerische Vorbereitung nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten.

Bedingt durch Zeitverzögerungen (Asbestproblematik) bei der Entkernung des Objektes Ottostr. 24/30 konnten bei der Maßnahme Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide weniger als die zuvor geplanten Mittel verausgabt werden. Bedingt durch die zuvor beschriebenen Verzögerungen konnte in der Folge mit den eingeplanten Arbeiten am Objekt Ottostr. 54/56 nicht begonnen werden.

Das Vergabeverfahren für die Bauarbeiten der Maßnahme Neubau Umgehungsstraße Meiderich konnte erst Ende 2019 abgeschlossen werden, so dass 2019 keine Auszahlungen notwendig wurden.

Die Grundstücksvermarktung der Flächenentwicklung Mercatorviertel hat sich verzögert, da nach Auswertung der archäologischen Funde zunächst die Entwicklungskonzeption überarbeitet werden musste. Erste Auszahlungen werden in 2020 erwartet.

Für die Maßnahme Neubau Süd-West-Querspange Hamborn/Walsum 1.BA steht der Zuwendungsbescheid noch aus. Förderunschädliche Vorarbeiten wurden noch nicht durchgeführt.

Bedingt durch zeitaufwendige vorlaufende Abstimmungs- und Planungsprozesse ist in der Projektumsetzung Flächenentwicklung Angerbogen ein Zeitverzug entstanden.

Die Baumaßnahmen der Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke konnten nicht in dem für 2019 vorgesehenen Umfang umgesetzt werden.

Die Planung/Vorbereitung bzw. Umsetzung geplanter Baumaßnahmen (u.a. Deichpark, Marktplatz Laar) hat sich in 2019 bei der Maßnahme Stadterneuerung Laar verzögert.

Die geplanten Aufwendungen für die Modernisierung der Sportanlage Warbruckstraße II werden voraussichtlich erst ab 2020 realisiert, da in 2019 zunächst vorbereitende Maßnahmen, wie Grünschnitt und Baumfällungen, beauftragt wurden.

Mit den für 2019 geplanten Baumaßnahmen (u.a. Hochfelder Markt) konnte aufgrund des Zeitbedarfs für vorlaufende Planungsleistungen bei der Maßnahme ISEK Hochfeld nicht begonnen werden.

Bei der Baumaßnahme Ausbau Franz-Lenze-Platz können Zahlungen aufgrund bauablauftechnischer Verschiebungen erst in 2020 abgewickelt werden.

Ein Baubeginn der Maßnahme Endausbau Promenade Eurogate war wegen der Abhängigkeit zur Baureifmachung des Geländes für das Projekt "The Curve" nicht möglich, Kosten sind gemäß den Planungsleistungen entstanden.

Die Baumaßnahme Sicherung Hubbrücke Schwanentor konnte nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden. Umfangreiche, vor Baubeginn nicht feststellbare Bauwerksschäden erforderten eine Umplanung, die zu Bauverzögerungen geführt hat.

Verzögerte Projektabwicklungen aufgrund der Baukonjunktur haben zu Kapazitätsengpässen bei den Fachfirmen geführt, aus diesem Grund konnten nur eingeschränkte Planungsleistungen bei der Maßnahme Vorlaufende Honorarkosten für Tiefbau abgewickelt werden.

Aufgrund der Entscheidung der höheren Naturschutzbehörde aus 2017 musste die ursprünglich geplante Streckenführung der Radwegeverbindung Ruhrdeich zum Teil aufgegeben werden. Die Planung konnte erst Anfang 2018, nach Erhalt des geänderten Zuwendungsbescheides, begonnen werden. Aufgrund eines deutlich höheren Zeitaufwandes für Planungsleistungen in 2019, kam es zu Verzögerungen bei der Auftragsvergabe sowie dem Baubeginn der Maßnahme.

Die Umsetzung der Maßnahme Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt hat sich aufgrund bautechnischer Schwierigkeiten bei der Projektumsetzung verzögert.

Nach Auskunft des Fördergebers standen für die Maßnahme Grüner Ring Süd II.BA in 2019 keine ausreichenden Fördermittel mehr zur Verfügung. Die Maßnahme wurde auf Folgejahre verschoben.

Mit dem geplanten Umbau der Haltestelle Kulturstraße wurde bei der Maßnahme Nachrüstung Stadtbahnlinie U79 nicht begonnen, da das Verfahren für die Bewilligung der Zuwendungen nicht abgeschlossen werden konnte.

Die Maßnahme Grüner Ring Nord I.BA musste aus unterschiedlichen Gründen in das Folgejahr verschoben werden. Daraus resultiert u.a., dass der Maßnahmenumfang um den Flächenanteil der Fa. Siemens reduziert wird.

Die Umsetzung des Ausbau Rheinpark 2.BA verschiebt sich aus bautechnischen Gründen in Teilen in das Haushaltsjahr 2020.

Bei den investiven Auszahlungen für den **Erwerb von beweglichem Anlagevermögen** handelt es sich um die unterschiedlichen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Fachbereiche, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind. Erhebliche Abweichungen gab es in folgenden Bereichen:

- Der fortgeschriebene Ansatz bei der Feuerwehr in Höhe von 16,238 Mio. EUR wurde um 9,986 Mio. EUR unterschritten, da ein Teil der Beschaffungen, insbesondere von Großfahrzeugen (Drehleiterfahrzeug und HLF Berufsfeuerwehr), wegen der zum Teil langwierigen Ausschreibungsverfahren, der Planung von Sonderkonstruktionen mit mehrjähriger Bauzeit und langfristigen Lieferzeiten nicht mehr in 2019 abgewickelt werden konnte.
- Die Abweichung im Bereich des Amtes für Schulische Bildung beträgt insgesamt -5,858 Mio. EUR. Im Wesentlichen blieben die Beschaffungen für den Schulbereich bei den Maßnahmen „Gute Schule 2020 Ausstattung“ um 2,181 Mio. EUR. „Gute Schule 2020 Breitband IT“ um 1,500 Mio. EUR sowie „Die telematische Schule“ um 1,027 Mio. EUR unter dem fortgeschriebenen Ansatz.
Dies hat folgende Ursachen: Bei der Maßnahmen „Gute Schule 2020 Ausstattung“ wird ein Großteil der Baumaßnahmen erst in 2020 beauftragt, in der Regel folgt auf den Abschluss der Baumaßnahme erst die Ausstattung. Die Maßnahmen werden daher erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt. Im Bereich „Gute Schule Breitband IT“ sind die Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen, aus diesem Grund erfolgte bisher keine Rechnungsstellung durch den Generalunternehmer. Bei der Maßnahme „Die telematische Schule“ führten langwierige Verfahren bei der Auftragsvergabe zu der o.g. Budgetabweichung.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen** fielen um 3,074 Mio. EUR höher aus, da zusätzlich zur fortgeschriebenen Tranche von 24,360 Mio. EUR für die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) eine außerplanmäßige Kapitalerhöhung bei der GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH von 3 Mio. EUR zur Finanzierung des Geschäftsbereichs Flächenentwicklung erfolgt ist. Der Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV liegt der Ratsbeschluss vom 27.04.2015 zur DS 15-1505 sowie für die Kapitalerhöhung der GEBAG der Ratsbeschluss vom 20.11.2019 DS 19-1297 zu Grunde.

Der Ansatz der **Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen** wurde aus zwei Gründen um 9,719 Mio. EUR unterschritten. Bei der Maßnahme Weiterleitung Schulpauschale an das IMD konnten in 2019 keine Mittelabflüsse verzeichnet werden. Die Ansparung der Schulpauschale dient der Finanzierung der Schulumrauerweiterung, die erst im Folgejahr zur Abwicklung kommen wird. Da für die Maßnahme „Anschlussstelle DU-Zentrum/Südtangente“ die Schlussabrechnungen des baudurchführenden Landesbetriebes Straßen NRW weiterhin nicht vorgelegt wurden, konnte der städtische Kostenanteil in 2019 nur in geringem Umfang ausgezahlt werden.

Der Ansatz für **Sonstige Investitionsauszahlungen** wurde um 0,442 Mio. EUR überschritten. Der Betrag setzt sich aus verschiedenen geringfügigen Rückzahlungen erhaltener Investitionszuwendungen zusammen, die ausgezahlt wurden.

2.1.3 Ermächtigungsübertragung

Wie bereits unter Ziffer 2.1. erwähnt, wird ein Teil der nicht in Anspruch genommenen Auszahlungsansätze gemäß § 22 (2) GemHVO nach 2020 übertragen. Das Gesamtvolumen der Übertragungen beträgt 112,154 Mio. EUR und liegt damit um 17,056 Mio. EUR über dem des Vorjahres.

In dieser Größenordnung werden die vom Rat der Stadt beschlossenen Haushaltsansätze 2020 im Wege der Planfortschreibung erhöht. Der Rat wird hierüber gem. § 22 (4) KomHVO NRW in der Jahresabschlussvorlage (DS 20-0194) informiert. Alle Planfortschreibungen sind dort in der Anlage H zum Anhang aufgelistet.

2.1.4 Gesamtfinanzierung der Investitionstätigkeit

Die Investitionen sind vorrangig durch die unter Ziffer 2.1.1 genannten investiven Einzahlungen zu finanzieren. Erst wenn diese nicht ausreichen, kommt eine Kreditfinanzierung in Frage.

Im Rahmen der durch die Bezirksregierung Düsseldorf mit Verfügung vom 28.03.2019 genehmigten Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für 2019 hätten nach dem Verbrauch der zur Verfügung stehenden Eigenmittel Maßnahmen bis zu einer Höhe von 22,329 Mio. EUR aufgrund der Ermächtigung in § 2 der Haushaltssatzung 2019 kreditär finanziert werden dürfen (inkl. der rentierlichen Verschuldung für den Rettungsdienst).

Der Gesamtbedarf der Investitionen 2019 beträgt 89,872 Mio. EUR und wird aus den Einzahlungen (aus Zuweisungen wie bspw. der Investitionsoffensive, Kostenerstattungen, Spenden etc.) sowie der übertragenen Kreditermächtigung aus 2018 finanziert.

Die **Nettoneuverschuldung** hat sich einschließlich der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in 2019 wie folgt entwickelt:

Gesamtstädtische Nettoneuverschuldung 2019				
	Stadt Mio. €	IMD Mio. €	DUSport Mio. €	Gesamt Mio. €
1. Gesamtbetrag der geplanten Kreditneuaufnahmen	22,329	43,762	0,000	66,091
2. Gesamtplan der fortgeschriebenen Kreditaufnahmen	70,752	43,762	0,000	114,514
3. Hiervon wurden lt. Jahresabschluss benötigt	28,281	16,656	0,000	44,937
4. Tatsächlich geleistete ordentliche Tilgungszahlungen lt. Jahresabschluss	23,714	18,748	0,930	43,392
5. Nettoneuverschuldung 2019	4,567	-2,092	-0,930	1,545

Die erforderliche Kreditaufnahme i.H.v. 28,281 Mio. EUR entfällt vollständig auf die Investitionstätigkeit der Stadt für die Zahlung in die Kapitalrücklage der DVV GmbH sowie für das Förderprogramm Gute Schule 2020. Ohne diese Kreditaufnahme wäre ein erheblicher Abbau der gesamtstädtischen Verbindlichkeiten (Stadt: - 23,714 Mio. EUR, Gesamt: - 26,736 Mio. EUR) zu verzeichnen.

Der Stadt und ihren Betrieben ist es aber trotz dieser Kreditaufnahme auch im Haushaltsjahr/Geschäftsjahr 2019 wieder gelungen, einen Beitrag zum Abbau der gesamtstädtischen langfristigen Verbindlichkeiten zu leisten.

2.2. Finanzierungstätigkeit

Als Finanzierungstätigkeit werden abgebildet:

- die notwendige Aufnahme von Krediten zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen,
- die Tilgung der Investitionskredite,
- die Abwicklung von Umschuldungen,
- die Gewährung von Darlehen und deren Rückflüsse,
- die Aufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung.

Für 2019 ergaben sich folgende Werte (ohne die nicht bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigenden Kredite zur Liquiditätssicherung, die unter Ziffer 6.2 des Lageberichts behandelt werden):

	Ansatz	davon	Ergebnis	Abweichung
Gesamtübersicht	fortgeschrieben	Ermächtigungs- übertragung a. d. VJ		
Finanzierungstätigkeit				
	- Mio. EUR -			
Einzahlungen				
Aufnahme von Krediten				
- für Investitionstätigkeit	70,752	(*) 48,423	28,281	-42,471
- für Umschuldungen	400,000	0,000	16,537	-383,463
Rückflüsse von Darlehen	8,046	0,000	7,625	-0,421
Summe Einzahlungen	478,798	48,423	52,443	-426,355
Auszahlungen				
Tilgung von Investitionskrediten				
- ordentliche Tilgung	28,300	0,000	23,714	-4,586
- Umschuldungen	400,000	0,000	16,537	-383,463
- außerordentliche Tilgung	0,050	0,000	0,000	-0,050
- Hochwasserschutz und Altlasten- sanierung durch die WBD-AöR	0,110	0,058	0,120	0,010
- Tilgungsweiterleitung Wohn.bauförd.	3,000	0,000	1,174	-1,826
Summe Auszahlungen	431,460	0,058	41,545	-389,195

(*) Eine technische Ermächtigungsübertragung von Einzahlungen aus Vorjahren ist nach § 22 KomHVO NRW nicht zulässig, es wird hier die nach § 86 (2) GO NRW zulässige Übertragung der Kreditermächtigung aus 2018 dargestellt.

Wie bereits unter Ziffer 2.1.4 erläutert, war zur Investitionsfinanzierung 2019 eine Kreditaufnahme in Höhe von 28,281 Mio. EUR erforderlich. Die Aufnahme war notwendig, um die letzte liquiditätsmäßige Rate der Kapitalerhöhung des DVV-Konzerns sowie Kredite im Rahmen „Gute Schule 2020“ zu finanzieren. Die erforderliche Kreditermächtigung lag gemäß § 2 der Haushaltssatzung 2019 vor.

Investitionskredite, deren Zinsbindung im Laufe des Haushaltsjahres ausläuft und die nicht prolongiert werden können, müssen umgeschuldet werden. In Abhängigkeit zur Marktlage kann es notwendig sein, Darlehen mehrfach zwischenzufinanzieren bzw. umzuschulden, was eine entsprechend hoch dotierte Budgetposition erforderlich macht. Im Haushaltsjahr 2019 waren keine Zwischenfinanzierungen notwendig, so dass der Ansatz nur in begrenztem Maße ausgeschöpft werden musste. Die Einzahlungsposition korrespondiert mit einer wertgleichen Auszahlungsposition, so dass Haushaltsneutralität gegeben ist.

Aufgrund der geringen Inanspruchnahme von Kreditaufnahmen in 2019 sowie in Vorjahren, fallen die Tilgungsleistungen niedriger aus. In Folge der in 2019 realisierten Kreditaufnahmen zur Finanzierung der DVV-Kapitalerhöhung ist in den nächsten Jahren mit ansteigenden Beträgen für Tilgungsleistungen zu rechnen.

Bei den Darlehensrückflüssen im Bereich der Wohnungsbauförderung handelt es sich um die Weiterleitung der eingegangenen Tilgungszahlungen an die Sparkasse Duisburg für bereits verkaufte Darlehen zur Wohnungsbauförderung. Gem. dem Kauf- und Abtretungsvertrag sind die während eines Abrechnungszeitraums von der Stadt Duisburg erhaltenen und weiterzuleitenden planmäßigen Tilgungsleistungen der Darlehensschuldner und die während eines Abrechnungszeitraumes buchungstechnisch erfassten außerplanmäßigen Tilgungen halbjährlich an die Sparkasse abzuführen. Hiervon sind jedoch nur die planmäßigen Tilgungen abschätzbar. Die Höhe der außerplanmäßigen Tilgungen ist nicht prognostizierbar, da es sich um freiwillige Zahlungen der Darlehensnehmer handelt. Hieraus ergeben sich sowohl im Bereich der Einzahlungen als auch im Bereich der Auszahlungen Abweichungen zwischen dem Planansatz und den tatsächlich eingegangenen Einzahlungen bzw. weitergeleiteten Auszahlungen. Die nach Auszahlung der 2. Rate und Buchungsschluss 2019 eingezahlten Sondertilgungsbeträge von rund 0,93 Mio. EUR sind noch im Haushaltsjahr 2019 vereinnahmt worden und werden erst zum 30.06.2020 zusätzlich an die Sparkasse Duisburg abgeführt.

F. Sonstige Angaben

1. Beteiligungen

Die mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen sind in dem veröffentlichten Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg aufgeführt.

2. Haftungsverhältnisse

Bürgschaften

Im Grundbuch von Rheinhausen ist eine Grundschuld in Höhe von 500.000,00 EUR zu Gunsten der Stadt Duisburg zur Absicherung der Fortführung des Bertha-Krankenhauses gemäß Vertrag zwischen der Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA (jetzt Sana-Kliniken AG), der Klinikum Duisburg gGmbH (jetzt Sana Kliniken Duisburg GmbH) und der Stadt Duisburg vom 03.08.2007 eingetragen worden.

Darüber hinaus hat die Stadt Duisburg Ausfallbürgschaften für folgende Kreditnehmer übernommen:

	31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR
Stadtwerke Duisburg	5.658.220,89	7.419.525,85
Gebag	5.356.451,10	6.385.474,74
Gebag Flächenentwicklungsgesellschaft	55.000.000,00 ¹⁾	0,00
Wohnungsgenossenschaft Rheinpreußensiedlung eG	475.926,62	499.836,68
Duisburger Verkehrsgesellschaft	17.791.128,40	20.423.860,02
	84.281.727,01	34.728.697,29

¹⁾ Erhöhung aufgrund einer neuen Bürgschaft in Höhe von 55.000.000,00 EUR gem. Ratsbeschluss vom 25.11.2019 (DS 19-0713/1) für einen in 2019 abgeschlossenen Rahmenkreditvertrag.

Sonstige Garantieerklärungen

Im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) hat die Stadt Duisburg eine Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Diese Verpflichtung ist auf die WBD-AöR übergegangen, wobei gleichzeitig festgelegt wurde, dass diese von der Stadt von jeglichen Zahlungsverpflichtungen bei einer Inanspruchnahme aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung freigestellt wird. Für die auf Basis neu kalkulierter Verbrennungsentgelte ermittelte Forfaitierungsunterdeckung für den Zeitraum 2016-2020 wurde im Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung (vergleiche Passiva 3.4) in Höhe von 27,4 Mio. EUR gebildet, welche sukzessive aufgelöst wird (Buchwert 2018: 17,4 Mio. EUR). Aktuell beträgt der Rückstellungsbeitrag 13,7 Mio. EUR. Das Gesamtrisiko aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung beträgt zum 31.12.2019 noch rd. 9,0 Mio. EUR.

3. Finanzinstrumente

Zum 31.12.2019 bestehen keine Finanzgeschäfte mit Kreditinstituten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken.

4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Stadt Duisburg hat zum 31.12.2007 dem IMD das Vermögen und die Verträge des Veranstaltungs- und Kongresszentrums im CityPalais Duisburg übertragen. Daraus ergab sich eine Sacheinlage von 25,0 Mio. EUR. Die Stadt Duisburg hat mit dem IMD vereinbart, etwaige Verluste aus dem Betrieb des Veranstaltungs- und Kongresszentrums zu erstatten, sofern die kumulierten Verluste den Betrag der Sacheinlage überschreiten. Im Zuge der Gesamtrechtsnachfolge der WBD-AöR ist die Anstalt in alle bestehenden Rechte und Pflichten der Stadt Duisburg eingetreten. In diesem Zusammenhang sind alle Darlehen, die wirtschaftlich den WBD-AöR zuzuordnen waren, auf die Anstalt übertragen worden, mit Ausnahme von drei Darlehen der

Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank. Zum Ende des Haushaltsjahres 2019 bestehen noch zwei Darlehen von 14.884.434,36 EUR.

Leasing

Die finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen belaufen sich auf 1.824.049,58 EUR, bezogen auf die Restlaufzeit. Die Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

- DV-Leasing 837.281,45 EUR
- Kfz-Leasing 205.865,61 EUR
- Kopierer, Sonstiges 780.902,52 EUR

5. Noch nicht erhobene Beiträge

Die aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen noch nicht erhobenen Beiträge belaufen sich auf rd. 0,35 Mio. EUR. Eine genaue Berechnung ist aufgrund fehlender Endabrechnungen von Seiten des Fachbereiches nicht möglich.

6. Außerplanmäßige Abschreibungen

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden im Haushaltsjahr 2019 wie folgt vorgenommen:

- Mobiles Konzertzimmer 118.605,02 EUR
- Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 88.937,43 EUR
- Sana Kliniken Duisburg GmbH 42.277,21 EUR
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH 25.758,89 EUR
- Filmforum GmbH 18.749,03 EUR
- GVZ DUNI 2.387,51 EUR
- Immobilien Service Duisburg GmbH 2.292,70 EUR

Das mobile Konzertzimmer wird von den Duisburger Philharmonikern nicht mehr benötigt, so dass eine betriebliche Nutzung nicht mehr stattfindet. Da ein Verkauf nicht realisiert werden konnte, erfolgte eine Abschreibung in Höhe des Restbuchwertes von 118.605,02 EUR.

Erläuterungen zu den übrigen außerplanmäßigen Abschreibungen befinden sich unter Ziffer 1.3 der Aktiva: Finanzanlagen.

7. Gesamtfinanzrechnung

Der Ausweis der liquiden Mittel in der Bilanz in Höhe von 16.509.321,81 EUR entspricht nicht dem ausgewiesenen Saldo in der Gesamtfinanzrechnung von 18.287.918,65 EUR. Die Abweichung in Höhe von 1.778.596,84 EUR setzt sich aus folgenden jahresübergreifenden Ein- und Auszahlungen zusammen:

	EUR
Jahresübergreifende Buchungen (RAP)	-2.367.748,38
Umgliederung der Bankunterkonten	588.451,80
Jahresübergreifende Buchungen (Kreditoren)	2.563,42
Jahresübergreifende Buchungen (PSCD)	103.149,14
Jahresübergreifende Buchungen (HR)	-2.718,36
Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen	-102.294,46
Abweichung insgesamt:	-1.778.596,84

Die Veränderung der jahresübergreifenden Buchungen aus Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus der Sozialhilfe (-1,6 Mio. EUR), den Beamtengehältern (-0,7 Mio. EUR) und den Kosten der Unterkunft (-70 Tsd. EUR) zusammen.

Stichtagsbezogen werden die Bankunterkonten je nach ihrem ausgewiesenen Saldo bilanziell aus dem Bereich der liquiden Mittel in den Bereich der sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgebucht. Diese Buchungen werden ohne Fortschreibung der Finanzrechnung durchgeführt.

Bei den jahresübergreifenden kreditorischen Buchungen handelt es sich um Rechnungen und Gutschriften, bei denen die Zahlung im alten Jahr erfolgt ist, diese jedoch erst im Folgejahr zugeordnet werden konnten.

Jahresübergreifende Buchungen aus dem SAP-Modul PSCD sind in voller Höhe Zahlungseingänge im alten Jahr, die erst im Folgejahr zugeordnet worden sind.

Im Zusammenhang mit der Personalkostenabrechnung aus SAP-HR konnten Zahlungen für das alte Haushaltsjahr erst im neuen Jahr zugeordnet werden.

Die Abweichungen aufgrund technischer Einstellungen ergeben sich durch nicht in die Finanzrechnung eingegliederte Finanzpositionen, die im Zusammenhang mit der Nebenrechnung WBD Entsorgungsgebühren, stehen.

8. Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage

Nach den Vorschriften des § 44 Abs. 3 KomHVO sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen, die von der Gemeinde gemäß § 90 Abs. 3 GO nicht mehr benötigt werden, erfolgsneutral mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Darüber hinaus sind Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Da das Eigenkapital der Stadt Duisburg aufgebraucht ist, werden diese Sachverhalte im negativen Eigenkapital abgebildet.

Nachfolgende Verrechnungen wurden im Haushaltsjahr 2019 vorgenommen:

	EUR
Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	905.176,72
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten bei Vermögensabgängen	3.488.015,65
Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00
Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen	2.247.145,60
Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-213.377,08
Aufwendungen aus der Verschrottung von Vermögensgegenständen	-5.138.429,93
Aufwendungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00
Aufwendungen aus der Abschreibung von Finanzanlagen	-224.118,19
Verrechnungen gem. § 44 (3) KomHVO	1.064.412,77
Erfolgsneutrale Korrekturen	0,00
Verrechnungen insgesamt:	1.064.412,77

Die Erträge resultieren aus Buchgewinnen aus der Veräußerung von Grundstücken und Fahrzeugen der Feuerwehr in Höhe von 0,9 Mio. EUR sowie aus der Auflösung von Sonderposten geförderter Vermögensgegenstände im Zuge von Straßenerneuerungen in Höhe von 3,3 Mio. EUR. Bei Erneuerungsmaßnahmen wird die noch vorhandene Bausubstanz ausgebucht und der in diesem Zusammenhang gebildete Sonderposten aufgelöst. Ferner wurden Sonderposten nach Anlagenabgängen von Grundstücken und beweglichen Vermögensgegenständen in Höhe von 0,2 Mio. EUR aufgelöst.

Die Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen in Höhe von 0,2 Mio. EUR stammen aus Verkäufen von Grundstücken.

Die Aufwendungen aus der Verschrottung von Vermögensgegenständen von 5,1 Mio. EUR resultieren aus Anlagenabgängen in den Bereichen Straßenbau in Höhe von 4,7 Mio. EUR (bei diesen Erneuerungsmaßnahmen wird der Restbuchwert der noch vorhandenen Bausubstanz ausgebucht) sowie aus Abgängen von Vermögensgegenständen im Wert von 0,4 Mio. EUR, die im Rahmen von Inventuren ermittelt wurden.

Bezüglich der Zu- und Abschreibungen auf Finanzanlagen vergl. Ziffer 1.3 Aktiva: Finanzanlagen.

9. Gleichstellungsplan

Die Stadt Duisburg hat auf Grundlage des novellierten Landesgleichstellungsgesetzes NRW in der Fassung vom 25.12.2016 und seiner Fortschreibung durch das Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen und weiterer landesrechtlicher Vorschriften vom 19.09.2017 einen Frauenförderplan/Gleichstellungsplan für die Stadtverwaltung Duisburg aufgelegt. Dieser ist gültig ab dem 01.01.2018 und besitzt eine Laufzeit bis zum 31.12.2022.

Seine Zielerreichung wird während der Laufzeit überprüft und bei festgestellter Zielabweichung gemäß § 5 Abs. 7 LGG NRW angepasst bzw. ergänzt.

Anlage 2.1 Anlagenspiegel

Anlagenspiegel zum 31.12.2019													
Anlagevermögen	Stand am 01.01. des Haushaltsjahres	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Abschreibungen und Zuschreibungen				Buchwert		
		Zuänge	Abschreibung	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr		Abschreibungen im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Änderungen durch Abgänge/ Umbuchungen	Kumulierte Abschreibung zum 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.563.134,85	217.238,60	-45.860,45	0,00	4.734.513,00	-349.975,41	0,00	45.860,45	-4.133.637,03			600.875,97	733.612,78
2. Sachanlagen													
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
2.1.1 Grünflächen	258.944.545,00	703.005,00	-1.287.572,42	478.416,40	258.838.393,98	-1.911.248,50	0,00	795.526,28	-73.475.463,61			185.362.930,37	186.584.803,61
2.1.2 Ackerland	30.921.059,08	1.405.999,16	-4.677,53	15.643,73	32.338.024,44	-1.568,10	0,00	0,00	-1.568,10			32.336.456,34	30.919.490,98
2.1.3 Wald, Forsten	21.488.675,54	0,00		-3.857,70	21.484.817,84	-25.016,17	0,00	0,00	-3.061.244,72			18.423.573,12	18.452.446,99
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	170.558.068,37	963.400,11	-2.973.895,00	1.169.630,68	169.717.224,16	-246.788,37	0,00	0,00	-251.207,08			169.466.017,08	170.311.300,00
Summe unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	481.912.367,99	3.072.404,27	-4.266.144,95	1.659.833,11	482.378.460,42	-1.940.683,38	0,00	795.526,28	-76.769.483,51			405.588.976,91	406.268.041,58
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
2.2.1 Kindergarteneinrichtungen													
2.2.2 Schulen													
2.2.3 Wohnbauten	7.706.951,07	0,00	0,00	0,00	7.706.951,07	-229.120,90	0,00	0,00	-438.148,58			7.268.802,49	7.497.923,39
2.2.4 Sonst.Dienst-, Geschäfts- u. Betriebsgebäude	27.436.265,52	0,00	0,00	679.937,78	28.116.204,30	-1.048.064,57	0,00	0,00	-15.314.785,73			12.801.418,57	13.169.545,36
Summe bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	35.143.217,59	0,00	0,00	679.937,78	35.823.155,37	-1.277.185,47	0,00	0,00	-15.752.934,31			20.070.221,06	20.667.468,75
2.3 Infrastrukturvermögen													
2.3.1 Grund u. Boden des Infrastrukturvermögens	364.998.120,68	768.329,38	-430.224,62	-1.182.698,58	363.553.525,86	-219.477,41	0,00	-13.662,00	-233.139,41			363.320.387,45	364.178.643,27
2.3.2 Brücken und Tunnel	187.835.677,57	0,00	0,00	0,00	187.835.677,57	-3.300.164,34	0,00	0,00	-42.290.841,33			145.544.836,24	148.845.000,58
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung	65.658.415,93	560.322,09	0,00	2.413.398,41	68.637.136,43	-49.597.206,78	0,00	0,00	-52.403.557,14			16.533.579,29	16.401.209,15
2.3.4 Entwässerungs- u. Abwasseranlagen	1.042.394.674,82	3.759.427,91	-7.885.268,64	22.022.087,20	1.060.190.921,29	-31.612.728,69	0,00	3.129.995,54	-357.509.896,36			702.681.024,93	713.267.511,61
2.3.5 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.132.404.200,41	536.732,79	0,00	259,40	1.132.941.192,60	-261.036.540,37	0,00	0,00	-283.721.726,01			849.219.466,59	871.367.660,04
Summe Infrastrukturvermögen	2.792.891.089,41	5.624.812,17	-8.315.493,26	23.258.046,43	2.813.458.454,75	-60.444.429,03	0,00	3.116.333,54	-736.193.160,25			2.077.299.294,50	2.114.060.024,65
2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden													
2.5 Kunstgegenstände, Kulturreisemöbel	17.618.589,80	0,00	0,00	0,00	17.618.589,80	0,00	0,00	0,00	0,00			17.618.589,80	17.618.589,80
2.6 Maschinen u. technische Anlagen, Fahrzeuge	40.715.084,32	1.013.924,13	-1.447.141,04	263.477,19	40.545.344,60	-2.858.857,46	0,00	1.454.660,09	-25.833.805,86			14.711.538,74	16.285.475,83
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	92.884.670,52	1.016.630,25	-935.027,80	36.707,41	92.802.966,38	-1.094.104,33	0,00	432.483,67	-24.752.303,37			68.050.663,01	68.933.987,81
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	89.741.861,88	43.174.045,70	0,00	-35.998.001,92	107.017.905,66	0,00	0,00	0,00	0,00			107.017.905,66	89.741.861,88
Summe Sachanlagen	3.550.906.881,51	53.901.816,52	-14.963.801,05	0,00	3.589.844.896,98	-67.615.259,67	0,00	5.799.003,58	-879.287.687,30			2.710.557.299,68	2.733.435.450,30
3. Finanzanlagen													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.104.501.467,15	3.075.100,00	0,00	0,00	1.107.576.567,15	-21.041,73	0,00	0,00	-15.485.209,14			1.092.091.358,01	1.099.037.299,74
3.2 Beteiligungen	295.872.416,73	2.900,00	0,00	0,00	295.875.316,73	-156.973,53	0,00	0,00	-384.594,93			295.490.721,80	295.644.795,33
3.3 Sondervermögen	343.581.094,07	21.849,98	0,00	0,00	343.602.944,05	-5.849.069,50	0,00	853.285,10	-4.995.783,40			338.607.160,65	337.732.025,57
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	43.673.672,23	265.185,95	0,00	0,00	43.938.858,18	-2.387,51	1.364.410,40	0,00	-10.100.643,88			33.838.214,30	32.211.005,46
3.5 Ausleihungen													
3.5.1 an verbundene Unternehmen	16.456.711,43	0,00	-5.372.433,94	96.823,94	11.180.901,43	0,00	0,00	0,00	0,00			11.180.901,43	16.456.711,43
3.5.2 an Beteiligungen	10.225,97	0,00	-2.045,16	0,00	8.180,81	0,00	0,00	0,00	0,00			8.180,81	10.225,97
3.5.3 an Sondervermögen	543.509,08	0,00	-45.300,00	0,00	498.209,08	0,00	0,00	0,00	0,00			498.209,08	543.509,08
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	19.201.204,35	0,00	-2.536.028,87	-96.823,94	16.568.551,54	0,00	0,00	0,00	0,00			16.568.551,54	19.201.204,35
Summe Ausleihungen	36.211.650,83	0,00	-7.955.807,97	0,00	28.255.842,86	0,00	0,00	0,00	0,00			28.255.842,86	36.211.650,83
Summe Finanzanlagen	1.823.840.301,91	3.365.035,93	-7.955.807,97	0,00	1.819.249.528,97	-33.903.524,08	0,00	2.217.695,50	-30.966.231,35			1.788.283.297,92	1.790.836.776,93
Summe Anlagevermögen	5.379.310.317,37	57.484.091,05	-22.965.469,47	0,00	5.413.828.938,95	-684.304.477,36	0,00	5.844.864,03	-914.387.555,68			4.499.441.383,27	4.525.065.840,01

Anlage 2.2 Forderungsspiegel

Forderungsspiegel Jahresabschluss 2019					
Arten der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	Mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	110.924.600,70	109.981.125,40	943.475,30	0,00	110.961.178,05
1.1 Gebühren	26.342.816,44	26.311.273,01	31.543,43	0,00	23.696.465,82
1.2 Beiträge	10.750.206,88	10.393.736,37	356.470,51	0,00	10.860.827,00
1.3 Steuern	16.127.835,65	16.120.818,35	7.017,30	0,00	20.039.867,66
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	23.876.176,96	23.599.950,81	276.226,15	0,00	19.687.151,54
1.5 Kostenerstattungen	8.823.734,95	8.663.169,04	160.565,91	0,00	11.986.760,82
1.6 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	25.003.829,82	24.892.177,82	111.652,00	0,00	24.690.105,21
2. Privatrechtliche Forderungen	51.480.203,51	47.200.120,84	4.280.082,67	0,00	56.629.803,24
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	7.598.817,57	3.318.734,90	4.280.082,67	0,00	9.704.300,24
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	16.007.716,30	16.007.716,30	0,00	0,00	15.132.855,34
2.3 gegen verbundene Unternehmen	18.154.647,78	18.154.647,78	0,00	0,00	23.847.166,82
2.4 gegen Beteiligungen	6.179.966,93	6.179.966,93	0,00	0,00	5.809.253,52
2.5 gegen Sondervermögen	3.539.054,93	3.539.054,93	0,00	0,00	2.136.227,32
Summe aller Forderungen	162.404.804,21	157.181.246,24	5.223.557,97	0,00	167.590.981,29

Anlage 2.3 Eigenkapitalspiegel

Eigenkapitalspiegel zum 31.12.2019

Bezeichnung	Bestand zum 31.12. des Vorjahres ¹	Verrechnung des Vorjahres- ergebnisses	Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage nach § 44 Abs. 3 KomHVO im Haushaltsjahr	Veränderung der Sonderrücklage	Jahresergebnis des Haushaltsjahres (vor Beschluss über Ergebnisverwend.)	Bestand zum 31.12. des Haushaltsjahres ²
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.1 1.1 Allgemeine Rücklage	-406.539.600,74	46.919.814,89	1.064.412,77	0,00		-358.555.373,08
1.2 1.2 Sonderrücklage	54.475.103,67	0,00		0,00		54.475.103,67
1.3 1.3 Ausgleichsrücklage	0,00	0,00				0,00
1.4. 1.4 Jahresüberschuss/- fehlbetrag	46.919.814,89	-46.919.814,89			36.166.156,99	36.166.156,99
1.5 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Gegenposten zu Aktiva) ¹	359.619.785,85	0,00				322.389.216,09
Summe Eigenkapital	54.475.103,67	0,00				54.475.103,67
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	359.619.785,85	0,00				322.389.216,09

1) Besteht ein negatives Eigenkapital, sind die Positionen 1.1 bis 1.4 auszuweisen (auch negativ) und kumuliert über die Position 1.5 auszubuchen.

2) Bestand vor Verrechnung des Jahresergebnisses

Nachrichtlich: Ergebnisverrechnungen Vorjahre (§ 96 Abs. 1 Satz 3 GO NRW)

	3. Vorjahr	Vorvorjahr	Vorjahr	Saldo
	EUR	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage (+/-)	5.720.370,68	15.015.427,37	46.919.814,89	67.655.612,94
Ausgleichsrücklage (+/-)	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	5.720.370,68	15.015.427,37	46.919.814,89	67.655.612,94

Anlage 2.4 Rückstellungsspiegel

Rückstellungsspiegel zum 31.12.2019

	Be- stands- konto	Rückstellungsgrund	Gesamtbe- trag Vorjahr €	Bewegungen im Haushaltsjahr			Gesamtbetrag Haushaltsjahr €
				Zuführung/ Umbuchung €	Inanspruch- nahme/Umbuchung €	Auflösung €	
Pensions-RSt.	251110	Pensionsrückstellungen	921.406.829,00	75.513.670,00	31.204.893,00	12.173.748,00	953.541.858,00
	251200	Beihilferückstellungen	211.923.551,00	17.368.137,00	7.177.124,00	2.854.612,00	219.259.952,00
	271110	RSt. Instandhaltung WBD	6.446.411,54	450.000,00	3.543.821,98	0,00	3.352.589,56
Sonstige Rück- stellungen	253400	Pensionsrückstellungen WBD	2.194.657,00	20.498,00	0,00	0,00	2.215.155,00
	255400	Pensionsrückstellungen VLVG	5.713.074,43	637.836,15	493.455,24	0,00	5.857.455,34
	281000	Rückstellungen für Urlaub	4.151.951,33	4.556.375,66	4.151.951,33	0,00	4.556.375,66
	282000	Rückstellungen für Gleitzeit	5.901.070,91	965.406,47	758.625,50	0,00	6.107.851,88
	282100	Rückstellungen für Altersteilzeit	12.238.996,05	1.870.485,61	3.523.971,32	0,00	10.585.510,34
	282201	Rückstellungen für Leistungsentgelt	4.300.000,00	4.362.532,60	4.162.532,60	0,00	4.500.000,00
	289000	RSt. Personal sonstige Verpflichtungen	12.111.295,00	404.882,00	100.000,00	0,00	12.416.177,00
	289020	RSt. Lieferungen und Leistungen	92.360,00	134.150,00	92.329,00	31,00	134.150,00
	289041	RSt. Verlustausgleich FMR	0,00	302.500,00	0,00	0,00	302.500,00
	289042	RSt. Verlustausgleich Zoo AG	4.068.000,00	4.144.000,00	3.786.905,78	281.094,22	4.144.000,00
	289044	RSt. Verlustausgleich DKH ehem. DMG	719.165,40	0,00	557.542,59	161.622,81	0,00
	289045	RSt. Verlustausgleich Johanniter-Krhs.	187.641,00	0,00	187.641,00	0,00	0,00
	289046	RSt. Verlustausgleich Marina Innenhafen	32.000,00	138.000,00	32.000,00	0,00	138.000,00
	289047	RSt. für Garantien	17.377.304,18	0,00	3.659.708,85	0,00	13.717.595,33
	289048	RSt. Verlustausgleich Duisburg Kontor	0,00	464.000,00	0,00	0,00	464.000,00
	289050	RSt. Steuerrisiken Gewerbesteuer	130.656.064,00	26.133.890,00	4.410.870,00	1.319.795,00	151.059.289,00
	289051	RSt. Steuern Betriebe gewerbl. Art	3.000,00	7.620,04	0,00	0,00	10.620,04
	289060	RSt. Mieten CityPalais	317.000,00	0,00	0,00	0,00	317.000,00
	289062	RSt. Mercatorhalle CityPalais	375.103,53	66.819,00	0,00	0,00	441.922,53
	289066	RSt. Sozialamt	214.830,00	272.156,00	103.925,56	102.999,38	280.061,06
	289067	RSt. Rückzahlung Fördermittel	577.502,25	501.646,34	144.506,91	0,00	934.641,68
	289071	RSt. Kapitalrücklage DVV	1.520.000,00	23.650.000,00	1.464.799,59	55.200,41	23.650.000,00
	289072	RSt. Jugendamt	9.089.397,96	9.262.554,16	4.401.147,44	1.526.529,41	12.424.275,27
	289075	RSt. Kasko- u. Haftpflichtumlage	510.000,00	710.000,00	445.661,96	64.338,04	710.000,00
	289079	RSt. Schülerunfallumlage KSA	15.000,00	15.000,00	9.907,75	5.092,25	15.000,00
	289081	RSt. Schiedsstelle	14.000,00	14.000,00	12.365,10	1.634,90	14.000,00
	289083	RSt. Rückzahlung von Zuwendungen	50.393,34	4.653.292,53	0,00	0,00	4.703.685,87
	289084	RSt. nicht anerkannte Rechnungen	1.650.717,82	1.506.206,84	748.369,79	859.474,38	1.549.080,49
	289085	RSt. ausstehende Rechnungen	307.839,98	90.126,65	55.116,33	0,00	342.850,30
	289086	RSt. Gerichts-, Rechtsanwaltskosten	60.000,00	0,00	60.000,00	0,00	0,00
	289091	RSt. Betriebskostenabrechnung 2011	29.273,28	0,00	0,00	29.273,28	0,00
Summe:			1.354.254.429,00	178.215.785,05	75.289.172,62	19.435.445,08	1.437.745.596,35

Rückstellung WBD 31.12.2019

Maßnahme	Rückstellung 31.12.2018	Zuführung	Inanspruch- nahme	Auflösung	Rückstellung 31.12.2019
M002916 Stahlrampe Marientor	2.931.218,14	0,00	1.258.433,44	0,00	1.672.784,70
M029115 Spundwand Innenhafen Nordufer Marina	2.189.193,40	0,00	2.189.193,40	0,00	0,00
M007118 OB-Karl-Lehr-Brücke	1.326.000,00	0,00	96.195,14	0,00	1.229.804,86
M001920 Brücke „Altenbrucher Damm“; Sittardsberger Allee	0,00	450.000,00	0,00	0,00	450.000,00
Gesamtsumme:	6.446.411,54	450.000,00	3.543.821,98	0,00	3.352.589,56

Anlage 2.5 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeitspiegel Jahresabschluss 2019					
Arten der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	Mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres
	EUR	Bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	EUR
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1 für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	488.817.803,14	29.629.599,89	95.923.488,32	363.264.714,93	484.039.162,16
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 von Kreditinstituten	488.817.803,14	29.629.599,89	95.923.488,32	363.264.714,93	484.039.162,16
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.222.900.035,50	667.900.035,50	295.000.000,00	260.000.000,00	1.347.400.053,65
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	23.189.952,01	249.260,86	1.208.234,21	21.732.456,94	24.415.630,29
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.382.130,46	93.382.130,46	0,00	0,00	100.808.658,27
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	14.592.619,18	14.592.619,18	0,00	0,00	13.225.911,01
7. Sonstige Verbindlichkeiten	30.350.104,19	30.350.104,19	0,00	0,00	33.532.571,02
8. Erhaltene Anzahlungen	139.391.559,16	139.391.559,16	0,00	0,00	123.419.686,62
9. Summe aller Verbindlichkeiten	2.012.624.203,64	975.495.309,24	392.131.722,53	644.997.171,87	2.126.841.673,02
Nachrichtlich:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:					
Bürgschaften	84.281.727,01				34.728.697,29
Sonstige Garantierklärungen	9.003.611,99				18.007.223,98

Anlage 2.6 Ermächtigungsübertragungen

Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2020 gemäß § 22 KomHVO				
1. Planfortschreibung der Ansätze des konsumtiven Finanzplans				
Dez.	Amt		Bezeichnung	Betrag
I	I-03		Stabsstelle für Wahlen und Informationslogistik	1.802,39
I	20		Stadtkämmerei: Beteiligungen	12.034.395,72
III	41		Kulturbetriebe Duisburg	441.922,53
III	50		Amt für Soziales und Wohnen	1.593.418,70
V	61		Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement	6.635.872,74
VI	VI-01		Kommunales Integrationszentrum	80.898,81
VII	63		Amt für Baurecht und betrieblichen Umweltschutz	170.000,00
			Summe	20.958.310,89
2. Planfortschreibung der Ansätze des investiven Finanzplans - <i>Investitionstätigkeit</i> -				
Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
OB	14	14000105003001	Vermögensbeschaffung Rechnungsprüfungsamt	8.660,46
OB	OB-1	25000122102001	Vermögensbeschaffung OB-1	52.164,47
OB	OB-01	75000120002001	Vermögensbeschaffung Institut für Arbeitssicherheit	2.400,00
I	12	12000214002001	Vermögensbeschaffung Wahlen	9.496,20
I	20	20000109002001	Vermögensbeschaffung Stadtkämmerei	1.635,06
I	20	20601504212002	Sonstiger Erwerb von Beteiligungen	2.900,00
I	21	21000119002001	Vermögensbeschaffung. Amt f. Rechn.wesen u.Steuern	1.131,19
II	30	30000111002001	Vermögensbeschaffung Rechtsamt	7.323,69
II	30	30000111002002	Erwerb von Fachliteratur Rechtsamt	582,55
II	32	32000201012001	Vermögensbeschaffung Allg. Sicherheit und Ordnung	2.207,82
II	32	32000201022001	Vermögensbeschaffung Außendienst	16.441,24
II	32	32000201022002	Vermögensbeschaffung Verkehrsordnungswidrigk.	9.119,00
II	32	32000209012001	Vermögensbeschaffung Straßenverkehrsamt	20.547,76
II	32	32000211012001	VB Personalstandswesen	9.641,31
II	32	32000212012001	Vermögensbeschaffung Ausländerwesen	32.617,87
III	40	40000301001003	Weiterleitung Schulpauschale an das IMD	8.350.000,00

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
III	40	40000301002002	Vermögensbeschaffung Schulverwaltung	73.170,74
III	40	40000301002004	Ausstatt.progr."Die telematische Schule"	1.039.995,45
III	40	40000301002005	Systematische Ausstattung Fachräume	119.738,19
III	40	40000301002006	Ausstattung im offenen Ganzttag	119.733,35
III	40	40000301002007	Ausstattung im Rahmen der Inklusion	4.876,14
III	40	40000301002008	Ausstattung Schulraumerweiterung Sek. I	259.982,52
III	40	40000301012002	Ausstattung Schulraumerweiterung Grundschule	5.276,77
III	40	40000301013008	Vermögensbeschaffung Grundschulen	24.879,20
III	40	40000301023008	Vermögensbeschaffung Hauptschulen	6.339,86
III	40	40000301043008	Vermögensbeschaffung Gymnasien	10.682,93
III	40	40000301053008	Vermögensbeschaffung Gesamtschulen	21.717,97
III	40	40000301063008	Vermögensbeschaffung Förderschulen	4.586,57
III	40	40000301072001	Vermögensbeschaffung Berufskollegs	124.900,69
III	40	40000301112001	Ergänzungsausstattung Sekundarschulen	56.266,18
III	40	40000301112008	Vermögensbeschaffung Sekundarschulen	388,18
III	40	40050301041008	Einrichtung NRW-Sportschule Steinbart-Gymnasium	115.000,00
III	41	44040414032001	Vermögensbeschaffung. Binnenschiffahrtsmuseum	14.994,00
III	41	44050414012001	Vermögensbeschaffung Stadtarchiv	115.979,24
III	41	44050414022002	Ausstattung Zentrum f. Erinnerungskultur	2.043,33
III	41	44050415022001	Vermögensbeschaffung Theater	275.887,16
III	42	42000406012001	Vermögensbeschaffung Stadtbibliothek, Zentr.Aufg.	281.714,29
III	42	42000406032001	Vermögensbeschaffung Schulmedienzentrum	101.349,56
III	43	43000404002001	Vermögensbeschaffung Volkshochschule	17.046,00
III	43	43000404042001	Vermögensbeschaffung Musik- und Kunstschule Duisburg	11.980,67
III	50	50000500002001	Vermögensbeschaffung Sozialverwaltung	10.310,51
III	50	50000501062003	Vermögensbeschaffung „Kleiner Prinz“	839,56
III	50	50000503032001	Vermögensbeschaffung Übergangsheime Asylbewerber	700,00
III	50	50030501062002	Vermögensbeschaffung Bürgerhaus Hagenschhof	7.175,71
III	51	51000600002001	Vermögensbeschaffung Jugendverwaltung	6.222,51
III	51	51000601002001	Vermögensbeschaffung Kitas/Tagespflege	217.275,47
III	51	51000602002001	Vermögensbeschaffung Kinder-u. Jugendarbeit	45.502,48
IV	IV-02	19000129012001	Vermögensbeschaffung Studieninstitut	8.697,71
IV	10	23000131002001	Vermögensbeschaffung Hauptamt	3.584,60
IV	10	23000131012001	Vermögensbeschaffung IT-Management	55.001,00
IV	10	23000132002001	Vermögensbeschaffung Organisation	1.218,67
IV	10	23000133002001	Vermögensbeschaffung Zentraler Service	1.657,56
IV	10	23000133042001	Vermögensbeschaffung Call Duisburg	28.431,51
IV	11	16000108002001	Vermögensbeschaffung Aus- und Fortbildung	817,53
IV	11	16000110092001	Vermögensbeschaffung Personalbetreuung/-wirtschaft	2.563,90
IV	11	16000110132001	Vermögensbeschaffung Personalamt	1.737,87
IV	90	91010191022001	Vermögensbeschaffung Allgemeine Verwaltung Walsum	20.687,74
IV	90	91011591012001	Vermögensbeschaffung Stadthalle Walsum	3.328,68
IV	90	92020192022001	Vermögensbeschaffung Allgemeine Verwaltung Hamborn	21.360,94

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
IV	90	93030193022001	Vermögensbeschaffung Allgemeine Verwaltung Meiderich	20.048,61
IV	90	94040194022001	Vermögensbeschaffung Allgem. Verw. Homb/R'ort/Baerl	19.488,02
IV	90	95050195022001	Vermögensbeschaffung Allgemeine Verwaltung Mitte	23.168,29
IV	90	96060196022001	Vermögensbeschaffung Allgem. Verwaltung Rheinhausen	23.438,39
IV	90	97070197022001	Vermögensbeschaffung Allgemeine Verwaltung Süd	20.003,17
IV	99	99000104012001	Vermögensbeschaffung Personalvertretung	5.347,75
V	31	31001300002001	Vermögensbeschaffung Natur- u. Landschaftspflege	27.493,00
V	31	31001301012001	Neupflanzung von Bäumen	15.450,00
V	31	31001301012002	Sonst. Baumaßnahmen Park- u. Gartenanlagen	475.213,88
V	31	31001301012004	Barrierefreier Ausbau von Grünanlagen	188.916,63
V	31	31001301032001	Entwicklung Straßenbaumbestand	99.148,11
V	31	31001301052001	Vorl. Honorarkosten für Grünanlagen	51.085,17
V	31	31001302032001	Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Baumschutzsatzung	647.284,04
V	31	31001302042001	Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen Ökokonto	746.601,71
V	31	31001302062001	Ausgl.-u. Ersatzmaßn. Landschaftsgesetz	109.561,58
V	31	31001303012001	Vermögensbeschaffung Wald und Landschaft	148.316,00
V	31	31001303012002	Sonst. Baumaßnahmen Wald und Forstwirtschaft	74.875,23
V	31	31001303012003	Waldentwicklung Duisburg	108.956,58
V	31	31001303012004	Grunderw./ -veräuß. Wald u. Landschaft	466.385,80
V	31	31001303012005	Gebäudeinvestitionen Wald u. Forst	728.886,61
V	31	31001306012001	Aus- und Umbau von Friedhofsgebäuden	450.000,00
V	31	31011301052002	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. A	16.239,91
V	31	31021301051007	Erneuerung Umgebung Jubiläumshain	100.000,00
V	31	31021301051017	Grünanlagen Kaspersfeld/Neuhausweg	200.000,00
V	31	31021301052003	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. B	6.683,92
V	31	31031301031012	Grüner Pfad / Stadtpark Meiderich	457.112,86
V	31	31031301052004	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. C	344,58
V	31	31031304041004	Deicherneuerung Laar / Beeckerwerth	380.000,00
V	31	31041301031010	Mercatorinsel / Ausbau Parkanlage	11.200,00
V	31	31041301052005	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. D	3.244,13
V	31	31041304041001	Erneuerung Deichanlage Homberg	312.593,07
V	31	31041304041008	Deicherneuerung Ruhrort	100.000,00
V	31	31051301031006	Klostergarten Innenhafen	177.447,93
V	31	31051301031007	Urban Gardening	80.000,00
V	31	31051301031009	Radwegeverbindung Ruhrdeich	1.505.954,03
V	31	31051301051002	Erneuerung/Umgestaltung Neudorfer-Markt	34.837,32
V	31	31051301051003	Umbau Kantpark/Stadterneuer. Innenstadt	94.196,62
V	31	31051301051004	Baumpfl./Stadterneuer. Innenstadt (IHI)	39.476,40
V	31	31051301051005	Grünverbindung Steinmetzstr.	60.858,52
V	31	31051301051009	RheinPark III.BA	896.654,00
V	31	31051301051011	Achse RheinOrt	110.000,00
V	31	31051301051012	Grüner Ring Masterplan	405.000,00
V	31	13051301051013	Grüner Ring Nord 1.BA	1.000.000,00
V	31	13051301051014	Grüner Ring Süd II.BA	1.197.000,00
V	31	31051301052006	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. E	1.028,06
V	31	31051304041003	Dammbleckenverschluss am Mariensperktor	610.525,15
V	31	31051304041005	Deicherneuerung Neuenkamp/Kaßlerfeld	599.115,50
V	31	31051304041007	Erneuerung Mariensperktor	2.198.120,97
V	31	31061301051008	Erneuerung/Umgestaltung Toeppersee	99.210,18
V	31	31061301052007	Barrierefreiheit Grünanlagen, Bez. F	9.702,36
V	31	31071304041002	Deichrückverlegung Mündelheim	8.684.834,49

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
V	31	31071304041006	Deichsanierung Neuer Angerbogen	375.000,00
V	31	31091301031002	Emscherlandschaftspark/Rheinportale	300.000,00
V	61	61000125015001	Vermögensbeschaffung Verwaltungsservice Dezernat V	16.097,30
V	61	61000901005001	Vermögensbeschaffung Gesamträumliche Planung	2.295,79
V	61	61000902005001	Vermögensbeschaffung Teilräumliche Planung	3.284,77
V	61	61000905015500	Veräußerung und Erwerb von Grundstücken	1.090.224,52
V	61	61001201064504	Bau von Kreisverkehrsplätzen	85.604,35
V	61	61001201064543	Barrierefreier Ausbau Bus-Haltestellen	49.609,00
V	61	61001201065001	Vermögensbeschaffung Verkehrsinfrastruktur	49.756,71
V	61	61001201065016	Vorlaufende Honorarkosten für Tiefbau	594.672,69
V	61	61001201065140	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Zentral	3.105.131,71
V	61	61001201065160	Baumaßnahmen Radverkehrsanlagen	53.311,48
V	61	61001204014859	Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechn.	128.719,27
V	61	61001204014882	Brandschutzmaßnahmen Stadtbahn	242.130,25
V	61	61001204015400	Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	2.586.522,67
V	61	61001204015405	Vorlaufende Honorarkosten Stadtbahn	1.706,25
V	61	61011201064411	Ausbau Herzogstraße	210.371,10
V	61	61011201064613	Ausbau Franz-Lenze-Platz	1.782.479,08
V	61	61011201065031	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. A	42.207,26
V	61	61011201065041	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. A	248.485,86
V	61	61011201065141	Baumaßnahmen. klassifizierte Straßen Bez. A	251.708,51
V	61	61020908014325	ISEK Marxloh	135.109,99
V	61	61021201064426	Neub. Süd-West-Querspange Hamb/Wals 1.BA	429.559,22
V	61	61021201064434	Ausbau Felix-Dahn-Straße	141.533,25
V	61	61021201064437	Ausbau Biesenwiese	394.057,91
V	61	61021201064440	Umbau Winningstraße	328.000,00
V	61	61021201064443	Umbau Obere Sterkrader Straße	2.878,47
V	61	61021201064508	Ausbau Kaiser-Friedrich-Straße	13.800,00
V	61	61021201064515	Ausbau August-Thyssen-Straße	297.917,82
V	61	61021201065032	Erschließungsmaßnahmen n.d. BauGB Bez. B	242.512,53
V	61	61021201065042	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. B	527.894,46
V	61	61021201065142	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. B	241.097,15
V	61	61030908014322	Stadterneuerung Laar	1.081.017,54
V	61	61031201064526	Ausbau Emmericher Straße	359.139,55
V	61	61031201064527	Ausbau Obermeidericher Straße	396.028,08
V	61	61031201064539	Ausbau Bahnhofstraße	549.773,32
V	61	61031201064608	Neubau Umgehungsstraße Meiderich	3.948.525,00
V	61	61031201064619	Umbau Gerhardstraße	97.295,82
V	61	61031201065033	Erschließungsmaßnahmen n. d. BauGB Bez. C	15.000,00
V	61	61031201065043	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. C	199.678,37
V	61	61031201065143	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. .C	230.607,85
V	61	61040908014316	Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochh.	7.452.875,90
V	61	61041201064402	Erschließung Eisenbahnstraße (Homberg)	51.894,28
V	61	61041201064548	Ausbau Moerser Straße	244.637,58
V	61	61041201064706	Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	8.172.663,02
V	61	61041201064713	Ausbau Duisburger Straße (L43)	107.874,21
V	61	61041201065044	Baumaßnahmen Gemeindestr. Bez. D	257.477,47
V	61	61041201065144	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen Bez. .D	67.279,61
V	61	61050902094860	Neugestaltung Bahnhofsvorplatz	66.399,29
V	61	61050902094861	Umbau Mercatorstraße	1.042.864,79
V	61	61050902094862	Neubau Fernbusbahnhof	843.244,18
V	61	61050902094863	Sonstige Baumaßnahmen Innenstadtumbau	297.293,46

Dez.	Amt	Finanzstelle	Bezeichnung	Betrag
VI	37	37000215001008	Ersatzbeschaffung HLF Berufsfeuerwehr	2.256.420,01
VI	37	37000215001009	Ersatzbeschaffung Drehleiterfahrzeug	2.255.035,46
VI	37	37000215001010	Ersatzbeschaffung LF Freiw. Feuerwehr	95.660,31
VI	37	37000215001011	Ersatzbeschaffung LF 20 Katastrophenschutz	30.000,00
VI	37	37000215001012	Ersatzbeschaffung Abrollbehälter	1.678,22
VI	37	37000215001014	Ersatzbeschaffung Gerätewagen	5.355,94
VI	37	37000215001018	Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen 2	209.790,86
VI	37	37000215002002	Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr	620.189,05
VI	37	37000215002003	Datenverarbeitungsanl. Berufsfeuerwehr	229.964,77
VI	37	37000215002005	Kleinfahrzeuge Berufsfeuerwehr	342.000,00
VI	37	37000215002007	Kleinfahrzeuge Freiwillige Feuerwehr	50.720,92
VI	37	37000215002008	Verlegung von Feuermeldeketten	20.000,00
VI	37	37000215002009	Dienst-/Schutzbekleidung Feuerwehr	173.693,46
VI	37	37000215031001	Einrichtung Sirensystem in Duisburg	82.457,65
VI	37	37000215031002	Gefahrenabwehr Hochwasser	79.063,08
VI	37	37000215032009	Vermögensbeschaffung Krisenmanagem./Bev.schutz	157.410,10
VI	37	37000217001002	Ersatzbeschaffung Rettungswagen	1.038.758,24
VI	37	37000217002001	Vermögensbeschaffung Rettungsdienst	252.565,45
VI	37	37000217002002	Datenverarbeitungsanlagen Rettungsdienst	116.960,01
VI	37	37000217002004	Kleinfahrzeuge Rettungsdienst	643.674,27
VI	37	37000217002005	Einrichtung Gebäude Rettungsdienst	125.562,23
VI	37	37000217002006	Dienst-/Schutzbekleidung Rettungsdienst	14.000,00
VI	53	50811506011019	Mod.Sportanl. Holtener Str. /Kerskensweg	605.500,00
VI	53	50831506011012	Umkleidegebäude Sportanlage Honigstr.	644.000,00
VI	53	53801507011015	Modernisierung Eissporthalle / Scania Arena	294.687,71
VI	53	53801507012001	Sonstige Baumaßnahmen Sportstätten Kernverw.	298.500,00
VI	53	53821507011001	Modernisierung Sportanlage Warbruckstr. III	650.000,00
VI	53	53821507011002	Modernisierung Sportanlage Warbruckstr. II	1.950.000,00
VI	53	53821507011007	Neubau Kunstrasenspielfeld Holtkamp	630.000,00
VI	53	53831507011008	Neubau Kunstrasenspielfeld Talbahnstraße	630.000,00
VI	53	53831507011009	Neubau Kunstrasenspielfeld Ahrstraße	270.000,00
VI	53	53851507011004	Modernisierung Sportanlage Paul-Esch-Straße	150.000,00
VI	53	53851507011005	Herstellung Ersatzsportfläche Wacholderstraße	32.000,00
VI	53	53851507011011	Modernisierung Sportpark Duisern	630.000,00
VI	53	53000701002001	Vermögensbeschaffung Gesundheitsförderung	1.789,76
VI	53	53000704002001	Vermögensbeschaffung Gesundheitsschutz	3.213,00
VII	63	63001004032001	Vermögensbeschaffung Bauaufsicht/ Denkmalschutz	42.835,22
VII	63	63001408012001	Vermögensbeschaffung Umweltschutz	24.877,71
			Summe	112.154.017,73
Die Ermächtigungsübertragungen können durch erwartete Einzahlungen (aus Zuweisungen wie z.B. der Investitionsoffensive KIDU, Spenden etc.), sowie der anteiligen Kreditemächtigung 2019 finanziert werden.				

Anlage 3

Gesamtergebnisrechnung

Jahresergebnis 2019 Gesamtergebnisrechnung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2018 (€)		Haushaltsansatz 2019 (€)		davon übertr. Emaent. aus 2018	Ergebnis 2019 (€)	Vegl. fort. An./Erg. absolut	übertr. Ermächt. nach 2020
		Original	fortgeschrieben	Original	fortgeschrieben				
01	Steuern und ähnliche Abgaben	664.922.491,02	674.932.000	674.932.000	674.932.000	0	661.734.842,25	13.197.158-	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	745.235.029,01	823.787.830	823.787.830	823.787.830	0	786.296.097,99	37.491.732-	0
03	+ Sonstige Transfererträge	19.397.957,64	18.981.700	18.981.700	18.981.700	0	19.201.169,49	219.469+	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	80.110.453,44	78.864.637	78.864.637	78.864.637	0	80.353.472,66	1.488.836+	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	22.508.314,22	22.978.151	22.978.151	22.978.151	0	22.647.889,62	330.262-	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	209.538.896,01	202.004.420	202.004.420	202.004.420	0	202.675.374,52	670.954+	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	86.298.743,37	73.689.418	73.689.418	73.689.418	0	106.386.119,38	32.696.702+	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0,00	0+	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0	0	0,00	0+	0
10	= Ordentliche Erträge	1.828.011.884,71	1.895.238.156	1.895.238.156	1.895.238.156	0	1.879.294.965,91	15.943.190-	0
11	- Personalaufwendungen	383.897.959,90	395.027.037	395.027.037	395.027.037	0	395.761.142,84	734.106+	0
12	- Versorgungsaufwendungen	47.190.023,51	51.143.678	51.143.678	51.143.678	0	59.609.828,51	8.486.151+	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	306.985.372,17	334.198.592	334.198.592	334.198.592	0	310.007.376,88	24.191.215-	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	72.061.925,14	72.128.338	72.128.338	72.128.338	0	67.965.235,08	4.163.103-	0
15	- Transferaufwendungen	682.659.091,61	735.142.011	735.142.011	735.142.011	0	721.865.839,93	13.276.172-	0
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	280.035.171,38	275.075.327	275.075.327	275.075.327	0	282.768.376,72	7.693.050+	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.772.829.543,71	1.862.714.983	1.862.714.983	1.862.714.983	0	1.837.977.799,96	24.737.183-	0
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	55.182.341,00	32.523.173	32.523.173	32.523.173	0	41.317.165,95	8.793.993+	0
19	+ Finanzerträge	9.468.844,48	16.260.055	16.260.055	16.260.055	0	12.434.776,21	3.825.279-	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	17.731.370,59	45.876.704	45.876.704	45.876.704	0	17.585.785,17	28.290.919-	0
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	8.262.526,11-	29.616.649-	29.616.649-	29.616.649-	0	5.151.008,96-	24.485.640+	0
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	46.919.814,89	2.906.524	2.906.524	2.906.524	0	36.166.156,99	33.259.633+	0
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0	0	0,00	0+	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0	0	0,00	0+	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0	0	0,00	0+	0
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	46.919.814,89	2.906.524	2.906.524	2.906.524	0	36.166.156,99	33.259.633+	0
27	- Globaler Minderaufwand	0,00	0	0	0	0	0,00	0+	0
28	= Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 26 und 27)	46.919.814,89	2.906.524	2.906.524	2.906.524	0	36.166.156,99	33.259.633+	0

29	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						4.393.192,37		
30	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen						2.247.145,60		
31	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen						5.351.807,01		
32	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen						224.118,19		
33	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen						1.064.412,77		
33	Verrechnungssaldo								

Anlage 4

Gesamtfinanzrechnung

Jahresergebnis 2019 Gesamtfinanzrechnung								
Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2018 (€)	Haushaltsansatz 2019 (€)		davon übertr. Ermächt. aus 2018	Ergebnis 2019 (€)	Vgl.fort.An./Erg. absolut	übertr. Ermächt. nach 2020
			Original	fortgeschrieben				
01	Steuern und ähnliche Abgaben	667.911.682,80	674.932.000	674.932.000	0	671.753.283,96	3.178.716 -	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	700.116.028,01	779.345.456	779.345.456	0	738.110.499,94	41.234.956 -	0
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	17.187.265,67	18.981.700	18.981.700	0	17.940.651,05	1.041.049 -	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	64.731.366,19	72.008.250	72.008.250	0	69.414.058,43	2.594.192 -	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	26.695.975,33	22.978.151	22.978.151	0	26.714.654,55	3.736.503+	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	205.344.442,35	201.997.874	201.997.874	0	194.240.984,96	7.756.889 -	0
07	+ Sonstige Einzahlungen	49.642.512,74	54.628.605	54.628.605	0	55.703.349,19	1.074.744+	0
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	9.177.981,90	15.933.183	15.933.183	0	11.298.299,48	4.634.884 -	0
09	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.740.807.254,99	1.840.805.220	1.840.805.220	0	1.785.175.781,56	55.629.438 -	0
10	- Personalauszahlungen	325.326.635,80	338.062.141	338.062.141	0	331.052.368,52	7.009.773 -	0
11	- Versorgungsauszahlungen	68.984.337,66	67.925.000	67.925.000	0	71.691.674,51	3.766.675+	0
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	302.777.612,29	335.502.184	337.191.256	1.689.072	302.049.842,79	35.141.413 -	10.619.258
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	17.507.557,43	45.826.704	45.916.796	90.092	16.873.709,05	29.043.087 -	0
14	- Transferauszahlungen	689.792.854,41	759.210.011	763.222.650	4.012.638	688.853.242,67	74.369.407 -	9.857.363
15	- Sonstige Auszahlungen	254.613.149,67	266.336.600	266.711.703	375.104	267.618.807,92	907.105+	481.689
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.659.002.147,26	1.812.862.640	1.819.029.546	6.166.906	1.678.139.645,46	140.889.901 -	20.958.311
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	81.805.107,73	27.942.580	21.775.673	6.166.906-	107.036.136,10	85.260.463+	20.958.311-
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	57.593.014,15	88.279.100	88.279.100	0	58.348.646,18	29.930.454 -	0
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	10.532.615,80	11.400.000	11.400.000	0	5.070.099,35	6.329.901 -	0
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.195.001,00	7.882.000	7.882.000	0	2.195.000,00	5.687.000 -	0
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	2.691.634,68	6.155.900	6.155.900	0	1.886.100,03	4.269.800 -	0
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	1.896.36-	0	0	0	2.358.90-	2.359 -	0
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	73.010.379,27	113.717.000	113.717.000	0	67.497.486,66	46.219.513 -	0
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3.806.017,44	10.198.500	12.094.144	1.895.644	3.149.204,38	8.944.940 -	3.078.965
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	45.585.851,05	100.137.100	160.020.472	59.883.372	49.204.964,26	110.815.507 -	85.062.557
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	12.897.494,69	22.459.400	31.419.710	8.960.310	12.598.601,96	18.821.108 -	13.776.996
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	39.830.500,00	1.000	24.360.000	24.359.000	27.434.100,00	3.074.100+	2.900
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	9.880.000	9.880.000	0	160.982,35	9.719.018 -	8.350.000
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	11.811,21	30.000	30.000	0	471.610,46	441.610+	0

Jahresergebnis 2019 Gesamtfinanzrechnung								
Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2018 (€)	Haushaltsansatz 2019 (€)		davon übertr. Ermächt. aus 2018	Ergebnis 2019 (€)	Vgl. fort.An./Erg. absolut	übertr. Ermächt. nach 2020
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	102.131.674,39	Original	fortgeschrieben	95.098.326	93.019.463,41	144.784.863-	110.271.418
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)	29.121.295,12-	142.706.000	237.804.326	95.098.326-	25.521.976,75-	98.565.350+	110.271.418
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)	52.683.812,61	1.046.420-	102.311.653-	101.265.233-	81.514.159,35	183.825.812+	131.229.729-
33	+ Einz. aus der Aufnahme u. d. Rückfl. von Kred. für Investit. u. diesen wirtschaftlich gleichkomm. Rechtsverhältnissen	51.633.118,89	430.375.100	430.375.100	0	52.443.264,07	377.931.836-	0
34	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.208.900.000,00	0	0	0	1.493.800.000,00	1.493.800.000+	0
35	- Ausz. für die Tilgung und Gewährung von Kred. für Investit. u. diesen wirtschaftlich gleichkomm. Rechtsverhältnissen	31.164.205,95	431.460.000	431.518.409	58.409	41.544.897,42	389.973.511-	0
36	- Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.363.700.000,00	0	0	0	1.618.300.000,00	1.618.300.000+	0
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	134.331.087,06-	1.084.900-	1.143.309-	58.409-	113.601.633,35-	112.458.324-	0
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	81.647.274,45-	2.131.320-	103.454.962-	101.323.642-	32.087.474,00-	71.367.488+	131.229.729-
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	30.744.174,10	119.959.931	119.959.931	0	15.965.594,75	103.994.336-	0
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	69.779.400,34	0	0	0	34.409.797,90	34.409.798+	0
41	= Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39 und 40)	18.876.299,99	117.828.611	16.504.969	101.323.642-	18.287.918,65	1.782.950+	131.229.729-

Anlage 5 Investitionsmaßnahmen 2019 mit Auszahlungen (Ergebnis) von über 500.000,00 EUR

Maßnahmen- nummer	Bezeichnung	fortgeschr. Ansatz in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR	Abweichung in Mio. EUR
021500.1009	Ersatzbeschaffung Drehleiterfahrzeug	2,115	0,541	-1,574
021500.1010	Ersatzbeschaffung LF Freiwillige Feuerwehr	1,672	1,576	-0,096
021500.2002	Vermögensbeschaffung Berufsfeuerwehr	0,825	0,662	-0,163
021500.2009	Dienst-/Schutzbekleidung Feuerwehr	1,245	1,149	-0,096
021503.1002	Gefahrenabwehr Hochwasser	1,031	0,949	-0,082
030100.2004	Ausstattungsprogramm „Die telematische Schule“	1,707	0,680	-1,027
030100.2005	Systematische Ausstattung Fachräume	0,985	1,274	0,289
040601.2001	Vermögensbesch. Stadtbibliothek, Zentr. Aufgaben	0,852	0,568	-0,284
060100.2001	Vermögensbeschaffung Kitas/Tagespflege	0,914	0,737	-0,177
090207.4806	Flächenentwicklung Angerbogen	5,000	1,800	-3,200
090209.4866	Umbau Friedrich-Wilhelm-Straße	2,224	1,582	-0,642
090801.4316	Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide	14,118	3,464	-10,654
090801.4324	Ausbau Rheinpark 2. Bauabschnitt	3,747	2,611	-1,136
100702.9001	Städt. Darlehen zur Wohnungsbauförderung	3,000	1,174	-1,826
120106.4416	Ausbau Wanheimer Straße	0,454	0,522	0,068
120106.4434	Ausbau Felix-Dahn-Straße	1,223	1,463	0,240
120106.4505	Sicherung Hubbrücke Schwanentor	2,333	0,709	-1,624
120106.4511	Ausbau Düsseldorfer / Moerser Straße (Rumeln)	0,557	0,569	0,012
120106.4528	Ausbau Friedrich-Ebert-Straße (Rheinhausen)	0,391	0,536	0,145
120106.4608	Neubau Umgehungsstraße Meiderich	4,500	0,551	-3,949
120106.4613	Ausbau Franz-Lenze-Platz	3,114	1,332	-1,782
120106.4706	Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung	13,245	3,072	-10,173
120106.4714	Umbau Koloniestraße (L 60)	0,551	0,587	0,036
120106.5016	Vorlaufende Honorarkosten für Tiefbau	2,066	0,526	-1,540
120106.5147	Baumaßnahmen klassifizierte Straßen, Bezirk G	0,809	0,696	-0,113
120107.4101	Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt	2,701	1,374	-1,327
120401.4858	Nachrüstung Stadtbahnlinie U79	3,703	2,405	-1,298
120401.4859	Erneuerung Stadtbahn Zugsicherungstechnik	6,810	6,830	0,020
120401.5400	Erhaltungsmaßnahmen Stadtbahnbauwerke	5,482	2,610	-2,872
130101.2004	Barrierefreier Ausbau von Grünanlagen	0,855	0,618	-0,237
130103.2001	Entwicklung Straßenbaumbestand	0,867	0,755	-0,112
130105.1003	Umbau Kantpark / Stadterneuerung Innenstadt	1,197	1,102	-0,095
130404.1002	Deichrückverlegung Mündelheim	23,776	4,062	-19,714
150601.1012	Umkleidegebäude Sportanlage Honigstraße	1,148	0,504	-0,644
150601.1019	Modernisierung Sportanlage Holtener Str./Kerskensweg	1,276	0,671	-0,605
150701.1005	Herstellung Ersatzsportfläche Wacholderstraße	0,762	0,712	-0,050

Erläuterungen zu den Investitionen:

090207.4806 Flächenentwicklung Angerbogen

Das Grundstück konnte im Berichtsjahr erworben werden, allerdings kam es zu keinem nennenswerten Baufortschritt aufgrund von noch nicht abgeschlossenen Ausführungsverträgen mit Dritten. Folglich sind im Berichtsjahr neben den Kosten für den Grundstückserwerb (1,178 Mio. EUR) für vorlaufende Planungskosten insgesamt 0,622 Mio. EUR ausgezahlt worden.

In das Haushaltsjahr 2020 wurden daher 3,178 Mio. EUR für Auszahlungen für Baumaßnahmen übertragen.

090801.4316**Abriss von Hochhäusern in Homberg-Hochheide**

Im fortgeschriebenen Haushaltsansatz wurden 14,118 Mio. EUR für Auszahlungen festgelegt, die sich auf Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (3,200 Mio. EUR) und auf Auszahlungen für Baumaßnahmen (10,918 Mio. EUR) aufteilen.

Der fortgeschriebene Ansatz wurde um 10,654 Mio. EUR unterschritten und ist auf Folgendes zurückzuführen. Die im Berichtsjahr geplanten Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von 3,200 Mio. EUR wurden bereits Ende 2018 getätigt, so dass der Haushaltsansatz 2019 entlastet wurde. Bei den Bauarbeiten kam es in 2019 zu Verzögerungen. Die geplanten Arbeiten für die Tiefgarage „Ottostraße 24 - 30“ (2,374 Mio. EUR) konnten wegen Eigentümerprobleme nicht wie beabsichtigt erfolgen. Der geplante Abbruch eines weiteren Hauses (2,000 Mio. EUR) hat sich ebenfalls verzögert.

Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 7,453 Mio. EUR wurden im Wege der Planfortschreibung nach 2020 übertragen.

090801.4324**Ausbau Rheinpark 2. Bauabschnitt**

Für den geplanten Ausbau des Rheinparks wurden 1,090 Mio. EUR weniger an Auszahlungen für Baumaßnahmen als im Haushaltsplan festgelegt waren geleistet. Grund hierfür sind Änderungen im Projektablauf, weshalb nur ein geringer Teil der geplanten Baumaßnahmen umgesetzt werden konnte.

In das Haushaltsjahr 2020 wurden 1,114 Mio. EUR für Auszahlungen für Baumaßnahmen übertragen.

120106.4505**Sicherung Hubbrücke Schwanentor**

Es wurden im Berichtsjahr 1,624 Mio. EUR weniger an Auszahlungen für Baumaßnahmen als im Haushaltsplan festgelegt waren geleistet. Nach Einrüstung der Hubtürme und Freilegung der Stahlkonstruktion wurden erheblich größere Schäden sichtbar, als vorher angenommen. Dies führte in 2019 zu einem mehrmonatigen Baustillstand, da zunächst umfangreiche Umplanungen erfolgen mussten.

In das Haushaltsjahr 2020 wurden daher 1,624 Mio. EUR für Auszahlungen übertragen.

120106.4608**Neubau Umgehungsstraße Meiderich**

Der Zuwendungsbescheid für die Maßnahme steht noch aus. In 2019 wurden bisher nur Grunderwerbskosten in Höhe von 0,551 Mio. EUR getätigt. Der Vertrag über die Planung und den Bau der o. a. Maßnahme zwischen der Stadt Duisburg und der Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH (DIG) wurde am 26.07.2019/15.08.2019 geschlossen und am 27.11.2019/02.12.2019 durch einen weiteren Vertrag ergänzt.

Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 3,949 Mio. EUR wurden im Wege der Planfortschreibung nach 2020 übertragen.

120106.4706**Beschleunigung Linie 901 Hafenquerung**

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um den Neubau des OB-Lehr-Brückenzuges. Der 1. Abschnitt ist baulich fertiggestellt.

Mit den Bauarbeiten zum 2. Bauabschnitt des OB-Lehr-Brückenzuges konnte in 2019 nicht begonnen werden, da die Planung nicht abgeschlossen war. Es wurden Zahlungen für Grunderwerb, Bauvorbereitung und Honorarkosten getätigt. Das Ausschreibungsverfahren wurde in 2019 eingeleitet; die Submission war am 30.10.2019. Die Auftragsvergabe erfolgte nach technischer und preislicher Prüfung im April 2020.

Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 8,173 Mio. EUR wurden im Wege der Planfortschreibung nach 2020 übertragen.

120107.4101**Einbau Verkehrseinrichtungen Innenstadt**

Während der Umsetzung traten verschiedene bautechnische Probleme auf (u. a. im Boden unerwartet vorgefundene Leitungen, Abstimmungsprobleme zwischen den beauftragten Unternehmen), die zu zeitlichen Verzögerungen führten.

Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 1,327 Mio. EUR wurden im Wege der Planfortschreibung nach 2020 übertragen.

120401.4858**Nachrüstung Stadtbahnlinie U79**

Die Maßnahme wurde ohne größere Probleme weiter umgesetzt aber noch nicht fertiggestellt. Dementsprechend wurden die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 1,502 Mio. EUR im Wege der Planfortschreibung nach 2020 übertragen.

130404.1002**Deichrückverlegung Mündelheim**

Die Deichrückverlegung in Mündelheim (Bestandteil des Deichsanierungsfahrplanes 2025 des Landes Nordrhein-Westfalen) ist eine auf mehrere Jahre ausgelegte Sanierung und Verlegung der Deichanlage. Unterteilt ist diese in vier Bauabschnitte. Die Bauabschnitte eins und zwei wurden Ende 2016 abgeschlossen.

Im Berichtsjahr sind für die Maßnahme 19,714 Mio. EUR weniger ausgezahlt worden als im Haushaltsplan 2019 veranschlagt wurden. Wegen eines Problems im Ausschreibungsverfahren musste die Auftragsvergabe der Dichtwand auf das Jahr 2018/2019 verschoben werden, was zur Folge hatte, dass sich die Gesamtmaßnahme entsprechend im Zeitfenster verändert hat.

Die Auszahlungen in Höhe von 4,062 Mio. EUR erfolgten überwiegend zum Zwecke der Errichtung der Dichtwand. In das Haushaltsjahr 2020 wurden insgesamt Haushaltsmittel für das Fortführen der Maßnahme von 8,685 Mio. EUR übertragen.

Anlage 6 Spiegel der Erträge und Aufwendungen je Organisationseinheit

Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018	Vergleich zum Vorjahr in EUR
1080 - Referate des Oberbürgermeisters (Ref. OB)			
Erträge	0,00	1.596.284,39	- 1.596.284,39
Aufwendungen	0,00	11.944.373,40	- 11.944.373,40
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	- 10.348.089,01	10.348.089,01
1200 - Stabsstelle Wahlen , Europaangelegenheiten und Informationslogistik (I-03)			
Erträge	1.488.568,09	1.840.730,86	- 352.162,77
Aufwendungen	3.339.939,68	3.349.301,40	- 9.361,72
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 1.851.371,59	- 1.508.570,54	- 342.801,05
1300 - Amt für Kommunikation (Amt 13)			
Erträge	161.363,65	0,00	161.363,65
Aufwendungen	3.735.496,19	0,00	3.735.496,19
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 3.574.132,54	0,00	- 3.574.132,54
1400 - Rechnungsprüfungsamt (Amt 14)			
Erträge	174.116,55	10.347,60	163.768,95
Aufwendungen	2.795.831,35	2.493.302,59	302.528,76
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 2.621.714,80	- 2.482.954,99	- 138.759,81
1600 - Personalamt (Amt 11)			
Erträge	4.623.596,73	2.875.470,56	1.748.126,17
Aufwendungen	104.752.340,60	104.856.982,89	- 104.642,29
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 100.128.743,87	- 101.981.512,33	1.852.768,46
1690 - Hauptamt: Zuschuss an DU-IT Gesellschaft für Informationstechnologie DU (Amt 11)			
Erträge	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen	0,00	9.537.626,52	- 9.537.626,52
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	- 9.537.626,52	9.537.626,52
1900 - Stabsstelle Studieninstitut (IV-02)			
Erträge	470.550,57	350.553,80	119.996,77
Aufwendungen	1.147.441,30	903.308,37	244.132,93
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 676.890,73	- 552.754,57	- 124.136,16
2000 - Stadtkämmerei (Amt 20)			
Erträge	250.830,28	177.114,90	73.715,38
Aufwendungen	3.942.721,43	3.737.371,51	205.349,92
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 3.691.891,15	- 3.560.256,61	- 131.634,54
2060 - Stadtkämmerei: Beteiligungen (Amt 20)			
Erträge	37.084.210,36	35.546.037,98	1.538.172,38
Aufwendungen	48.512.254,97	27.530.778,89	20.981.476,08
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 11.428.044,61	8.015.259,09	- 19.443.303,70

alle Angaben in EUR

Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018	Vergleich zum Vorjahr in EUR
2070 - Stadtkämmerei: Konzerninterne Abwicklung HSP (Amt 20)			
Erträge	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen	- 3.572.501,00	- 3.448.860,00	- 123.641,00
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	3.572.501,00	3.448.860,00	123.641,00
2080 - Stadtkämmerei: Stiftungen (Amt 20)			
Erträge	41.569,70	23.387,26	18.182,44
Aufwendungen	21.568,96	43.388,00	- 21.819,04
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	20.000,74	- 20.000,74	40.001,48
2090 - Stadtkämmerei: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 20)			
Erträge	911.070.180,31	862.708.551,66	48.361.628,65
Aufwendungen	208.772.396,02	199.789.671,08	8.982.724,94
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	702.297.784,29	662.918.880,58	39.378.903,71
2100 - Amt für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21)			
Erträge	4.418.568,58	3.481.006,68	937.561,90
Aufwendungen	13.680.680,46	12.568.650,59	1.112.029,87
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 9.262.111,88	- 9.087.643,91	- 174.467,97
2190 - Amt für Rechnungswesen und Steuern: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 21)			
Erträge	382.765.684,64	400.505.964,59	- 17.740.279,95
Aufwendungen	25.625.170,18	35.156.810,92	- 9.531.640,74
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	357.140.514,46	365.349.153,67	- 8.208.639,21
2300 - Hauptamt (Amt 10)			
Erträge	2.751.102,10	2.384.989,34	366.112,76
Aufwendungen	19.614.829,13	15.154.503,86	4.460.325,27
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 16.863.727,03	- 12.769.514,52	- 4.094.212,51
2390 - Hauptamt: Leistungsentgelt an die Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (Amt 10)			
Erträge	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen	624.917,60	600.993,58	23.924,02
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 624.917,60	- 600.993,58	- 23.924,02
2400 - Stabsstelle Digitalisierung (I-02)			
Erträge	91.715,09	0,00	91.715,09
Aufwendungen	1.389.426,24	0,00	1.389.426,24
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 1.297.711,15	0,00	- 1.297.711,15
2500 - Stabsstellen/Referate des Oberbürgermeisters (OB)			
Erträge	171.590,21	0,00	171.590,21
Aufwendungen	5.975.425,60	0,00	5.975.425,60
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 5.803.835,39	0,00	- 5.803.835,39

alle Angaben in EUR

Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018	Vergleich zum Vorjahr in EUR
2700 - Projekt Investitionsoffensive 2015 (I-04) und Gute Schule 2020/KIDU Schule (I-05)			
Erträge	47.309,28	3.965,00	43.344,28
Aufwendungen	641.469,86	628.905,43	12.564,43
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 594.160,58	- 624.940,43	30.779,85
2780 - Sonderinvestitionsprogramme Schule (I-05)			
Erträge	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	0,00	0,00
2790 - Abwicklung Investitionsoffensive I KIDU (I-04)			
Erträge	4.164.106,00	3.866.293,88	297.812,12
Aufwendungen	4.504.222,14	4.190.009,80	314.212,34
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 340.116,14	- 323.715,92	- 16.400,22
3000 - Rechtsamt (Amt 30)			
Erträge	2.770.955,39	3.449.765,26	- 678.809,87
Aufwendungen	8.629.298,24	11.233.086,08	- 2.603.787,84
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 5.858.342,85	- 7.783.320,82	1.924.977,97
3100 Umweltamt (Amt 31)			
Erträge	23.300.505,02	15.627.160,25	7.673.344,77
Aufwendungen	43.087.323,90	41.484.272,46	1.603.051,44
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 19.786.818,88	- 25.857.112,21	6.070.293,33
3190 - Umweltamt: Kapitaldienst für die WBD-AöR (Amt 31)			
Erträge	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen	87.143,52	90.092,18	- 2.948,66
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 87.143,52	- 90.092,18	2.948,66
3200 - Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32)			
Erträge	29.710.389,77	26.865.183,57	2.845.206,20
Aufwendungen	41.544.763,78	38.339.933,86	3.204.829,92
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 11.834.374,01	- 11.474.750,29	- 359.623,72
3700 - Feuerwehr und Zivilschutzamt (Amt 37)			
Erträge	41.202.056,60	32.142.641,82	9.059.414,78
Aufwendungen	79.211.392,79	70.764.811,75	8.446.581,04
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 38.009.336,19	- 38.622.169,93	612.833,74
4000 - Amt für schulische Bildung (Amt 40)			
Erträge	20.364.329,39	19.168.656,76	1.195.672,63
Aufwendungen	152.930.225,32	147.406.961,24	5.523.264,08
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 132.565.895,93	- 128.238.304,48	- 4.327.591,45

alle Angaben in EUR

Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018	Vergleich zum Vorjahr in EUR
4200 - Stadtbibliothek (Amt 42)			
Erträge	1.596.882,40	1.669.013,43	- 72.131,03
Aufwendungen	12.422.218,74	12.136.433,88	285.784,86
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 10.825.336,34	- 10.467.420,45	- 357.915,89
4300 - Volkshochschule (Amt 43)			
Erträge	6.861.021,94	6.854.016,09	7.005,85
Aufwendungen	13.237.344,08	12.512.979,69	724.364,39
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 6.376.322,14	- 5.658.963,60	- 717.358,54
4400 - Kulturbetriebe Duisburg (Amt 41)			
Erträge	3.266.468,79	3.397.605,05	- 131.136,26
Aufwendungen	40.857.356,37	40.245.731,97	611.624,40
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 37.590.887,58	- 36.848.126,92	- 742.760,66
5000 Amt für Soziales und Wohnen (Amt 50)			
Erträge	202.149.524,90	209.469.938,70	- 7.320.413,80
Aufwendungen	432.015.695,27	434.283.157,24	- 2.267.461,97
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 229.866.170,37	- 224.813.218,54	- 5.052.951,83
5080 - Amt für Soziales und Wohnen: Sportförderung (Amt 50)			
Erträge	0,00	2.182.122,97	- 2.182.122,97
Aufwendungen	0,00	23.957.663,65	- 23.957.663,65
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	0,00	- 21.775.540,68	21.775.540,68
5100 - Jugendamt (Amt 51)			
Erträge	133.562.992,43	123.168.596,14	10.394.396,29
Aufwendungen	363.136.020,42	346.545.085,17	16.590.935,25
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 229.573.027,99	- 223.376.489,03	- 6.196.538,96
5300 - Gesundheitsamt (Amt 53)			
Erträge	1.616.437,97	1.630.268,23	- 13.830,26
Aufwendungen	11.255.912,46	10.321.643,49	934.268,97
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 9.639.474,49	- 8.691.375,26	- 948.099,23
5380 - Gesundheitsamt: Sportförderung (Amt 53)			
Erträge	2.281.567,19	0,00	2.281.567,19
Aufwendungen	24.257.309,05	0,00	24.257.309,05
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 21.975.741,86	0,00	- 21.975.741,86
5400 - Institut für Jugendhilfe (Amt 54)			
Erträge	214.837,71	195.286,00	19.551,71
Aufwendungen	2.437.295,14	2.226.492,41	210.802,73
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 2.222.457,43	- 2.031.206,41	- 191.251,02

alle Angaben in EUR

Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018	Vergleich zum Vorjahr in EUR
5500 - Stabsstelle Verbraucherschutz (VI-02)			
Erträge	565.289,52	488.026,15	77.263,37
Aufwendungen	3.438.822,26	3.386.105,61	52.716,65
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 2.873.532,74	- 2.898.079,46	24.546,72
5600 - Kommunales Integrationszentrum (VI-01)			
Erträge	1.692.603,54	0,00	1.692.603,54
Aufwendungen	3.308.546,71	0,00	3.308.546,71
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 1.615.943,17	0,00	- 1.615.943,17
6100 - Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61)			
Erträge	61.743.551,51	68.601.682,86	- 6.858.131,35
Aufwendungen	138.319.771,60	136.619.068,35	1.700.703,25
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 76.576.220,09	- 68.017.385,49	- 8.558.834,60
6200 - Amt für Baurecht und Bauberatung (Amt 62)			
Erträge	3.420.428,93	7.061.393,96	- 3.640.965,03
Aufwendungen	11.514.413,28	17.149.558,82	- 5.635.145,54
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 8.093.984,35	- 10.088.164,86	1.994.180,51
6300 - Amt für Baurecht und betrieblichen Umweltschutz (Amt 63)			
Erträge	5.075.520,39	0,00	5.075.520,39
Aufwendungen	13.001.304,61	0,00	13.001.304,61
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 7.925.784,22	0,00	- 7.925.784,22
7400 - Stabsstelle Datenschutz (II-02)			
Erträge	18.215,39	12.915,38	5.300,01
Aufwendungen	206.928,87	269.663,45	- 62.734,58
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 188.713,48	- 256.748,07	68.034,59
7500 - Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin (OB-01)			
Erträge	75.174,02	48.163,52	27.010,50
Aufwendungen	1.097.674,20	948.495,10	149.179,10
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 1.022.500,18	- 900.331,58	- 122.168,60
7600 - Investsupport (VII-02)			
Erträge	0,00	186,14	- 186,14
Aufwendungen	781.178,66	256.072,47	525.106,19
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 781.178,66	- 255.886,33	- 525.292,33
7700 - Stabsstelle Strategische Stadtentwicklung (V-02)			
Erträge	65,51	138,35	- 72,84
Aufwendungen	182.167,82	173.628,01	8.539,81
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 182.102,31	- 173.489,66	- 8.612,65

alle Angaben in EUR

Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2018	Vergleich zum Vorjahr in EUR
7900 - Beratungsstelle Planen, Bauen, und Verkehr (V-04)			
Erträge	13.787,24	414,55	13.372,69
Aufwendungen	753.312,32	718.786,97	34.525,35
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 739.525,08	- 718.372,42	- 21.152,66
9000 - Amt für bezirkliche Angelegenheiten (Amt 90)			
Erträge	387.367,91	76.770,99	310.596,92
Aufwendungen	10.314.834,42	8.830.181,98	1.484.652,44
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 9.927.466,51	- 8.753.410,99	- 1.174.055,52
9900 - Personalrat (Amt 99)			
Erträge	64.706,52	84,52	64.622,00
Aufwendungen	2.031.700,59	1.623.889,64	407.810,95
Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 1.966.994,07	- 1.623.805,12	- 343.188,95

alle Angaben in EUR

Anlage 7 **Ergebnisse je Organisationseinheit**

1600 - Produktbereich 01 Personalamt (Amt 11)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.875.470,56	2.700.556	4.623.596,73	2.913.555	1.748.126
- Aufwendungen	104.856.982,89	98.535.538	104.752.340,60	104.461.108	- 104.642
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 101.981.512,33	- 95.834.982	- 100.128.743,87	- 101.547.554	1.852.768
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	79.753.341,57	67.899.529	76.267.946,71	70.612.264	- 3.485.395
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	6.907.284,74	5.876.576	7.037.244,62	6.528.986	129.960
= Ergebnis	- 29.135.455,50	- 33.812.030	- 30.898.041,78	- 37.464.276	- 1.762.586

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,763 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,748 Mio. EUR gestiegen, was hauptsächlich auf Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Da sich die Berechnungsgrundlage durch die Veröffentlichung einer neuen Richttafel im Jahre 2018 geändert hatte, mussten im Vorjahr zusätzliche Rückstellungen in Höhe von insgesamt 22,200 Mio. EUR eingestellt werden. Mit der Erstanwendung im Berichtsjahr erfolgte eine Inanspruchnahme in Höhe von 7,417 Mio. EUR und eine ertragswirksame Auflösung in Höhe von 14,782 Mio. EUR, die auf die jeweiligen Teilergebnisrechnungen aufgeteilt wurde. Für das Personalamt ergibt sich daraus ein Ertrag in Höhe von 1,385 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind um 0,105 Mio. EUR gesunken und liegen in etwa auf Vorjahresniveau. Dabei ist anzumerken, dass die Personalaufwendungen im Vorjahresvergleich um 13,486 Mio. EUR geringer sind. Im Jahr 2018 wurde eine zusätzliche Pauschale für die Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von insgesamt 22,200 Mio. EUR in der Teilergebnisrechnung des Personalamtes aufwandswirksam verbucht. Im Berichtsjahr führte zwar eine weitere Pauschale zu Aufwendungen in Höhe von insgesamt 22,996 Mio. EUR (siehe Ziffer 3.1 dieses Berichtes), diese wurden jedoch auf die Personal- und Versorgungsaufwendungen (letzte sind im Berichtsjahr um 12,420 Mio. EUR gestiegen) aufgeteilt.

Die Erträge aus verrechneten Leistungen (u. a. Personalnebenkosten und Versorgungsaufwendungen) sind um 3,485 Mio. EUR gesunken, sodass sich insgesamt eine Verschlechterung des Teilergebnisses gegenüber dem Vorjahr von 1,763 Mio. EUR ergibt.

2060 - Produktbereich 11,12,15 Stadtkämmerei: Beteiligungen (Amt 20)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	35.546.037,98	40.362.421	37.084.210,36	41.276.223	1.538.172
- Aufwendungen	27.530.778,89	29.460.632	48.512.254,97	33.948.326	20.981.476
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	8.015.259,09	10.901.789	- 11.428.044,61	7.327.897	- 19.443.304
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	4.982,52	4.983	4.982,52	4.983	0
= Ergebnis	8.010.276,57	10.896.806	- 11.433.027,13	7.322.914	- 19.433.304

alle Angaben in EUR

Über den Geschäftsbereich 2060 werden die Finanzströme zwischen der Stadt und den Beteiligungen abgewickelt.

Die Teilergebnisrechnung des Geschäftsbereiches 2060 weist ein Jahresdefizit in Höhe von 11,433 Mio. EUR aus. Das Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 19,433 Mio. EUR verschlechtert.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,538 Mio. EUR gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf höhere Erträge aus Gewinnausschüttungen von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zurückzuführen.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich ebenfalls um 20,981 Mio. EUR gestiegen. Ursächlich hierfür ist der Anstieg der Transferaufwendungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen. Die erhöhten Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus der Passivierung einer Rückstellung für den höheren Zuschussbedarf für den voraussichtlichen Verlustausgleich der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) für das Geschäftsjahr 2019.

2090 - Produktbereich 16					
Stadtkämmerei: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 20)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	862.708.551,66	893.346.235	911.070.180,31	921.062.756	48.361.629
- Aufwendungen	199.789.671,08	232.615.589	208.772.396,02	222.769.517	8.982.725
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	662.918.880,58	660.730.646	702.297.784,29	698.293.239	39.378.904
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	662.918.880,58	660.730.646	702.297.784,29	698.293.239	39.378.904

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 39,379 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vorjahresvergleich um 48,362 Mio. EUR gestiegen. Die Schlüsselzuweisungen vom Land sind um 41,656 Mio. EUR auf 605,703 Mio. EUR gestiegen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat sich um 8,381 Mio. EUR auf 197,566 Mio. EUR erhöht sowie der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 4,815 Mio. EUR auf 51,192 Mio. EUR.

Erstmalig wurde im Berichtsjahr vom Land zur Unterstützung von Aufwendungen zum Abbau eines Investitions- und Sanierungsstaus sowie für weitere Unterhaltungsaufwendungen ein Betrag in Höhe von 2,078 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Nach dem Stärkungspaktgesetz ist in den Jahren 2017 bis 2021 ein degressiver Abbau der Konsolidierungshilfe vorzunehmen. Die Konsolidierungshilfe wurde gegenüber dem Vorjahr um 10,599 Mio. EUR auf 20,430 Mio. EUR gekürzt.

Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 8,983 Mio. EUR gestiegen.

Die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) ist um 11,423 Mio. EUR auf 156,902 Mio. EUR gestiegen. Die Umlage an den Regionalverband Ruhr (RVR) ist ebenfalls um 0,688 Mio. EUR auf 7,714 Mio. EUR gestiegen.

Die Gewerbesteuerumlage ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 0,470 Mio. EUR auf 15,281 Mio. EUR gesunken. Die Krankenhausumlage ist dagegen um 0,472 Mio. EUR auf 6,952 Mio. EUR gestiegen.

Die Finanzierungsbeteiligung der Stadt Duisburg am „Solidarpakt II“ in Höhe von 12,625 Mio. EUR reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 2,354 Mio. EUR.

Die Zinsaufwendungen für Investitionskredite haben sich um 0,653 Mio. EUR verringert. Dies ist zum einen auf das weiterhin sinkende Zinsniveau auf dem Geldmarkt und zum anderen auf die zurückhaltende Inanspruchnahme von Krediten im Berichtsjahr zurückzuführen.

2190 - Produktbereich 16 Amt für Rechnungswesen und Steuern: Allgemeine Finanzwirtschaft (Amt 21)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	400.505.964,59	401.679.700	382.765.684,64	409.353.700	- 17.740.280
- Aufwendungen	35.156.810,92	38.830.000	25.625.170,18	42.830.000	- 9.531.641
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	365.349.153,67	362.849.700	357.140.514,46	366.523.700	- 8.208.639
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
= Ergebnis	365.349.153,67	362.849.700	357.140.514,46	366.523.700	- 8.208.639

alle Angaben in EUR

Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,209 Mio. EUR vermindert.

Zu den Erträgen in Höhe von 382,766 Mio. EUR gehören hauptsächlich die Gewerbesteuer (220,704 Mio. EUR), die Grundsteuer B (130,774 Mio. EUR) und die Vergnügungssteuer (9,423 Mio. EUR).

Die niedrigeren Erträge im Vorjahresvergleich in Höhe von 17,740 Mio. EUR sind hauptsächlich auf Mindererträge bei der Gewerbesteuer von 19,970 Mio. EUR zurückzuführen. Demgegenüber stehen Mehrerträge u. a. bei der Abgabe von Spielbanken von 1,223 Mio. EUR sowie der Grundsteuer B von 0,654 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 9,532 Mio. EUR gesunken. Bei den Aufwendungen von insgesamt 25,625 Mio. EUR handelt es sich u. a. um Aufwendungen für die Gewerbesteuer-Erstattungszinsen in Höhe von 13,540 Mio. EUR und Zinszahlungen für die aufgenommenen Kassenkredite von 4,680 Mio. EUR.

Die Gewerbesteuer-Erstattungszinsen fielen um 6,356 Mio. EUR niedriger aus, da im Vorjahr eine Passivierung einer Rückstellung für Steuerrisiken in einem Einzelfall erfolgte, die im Berichtsjahr nicht angefallen ist.

Die Zinszahlungen für Kassenkredite sind im Vorjahresvergleich um 0,449 Mio. EUR gesunken. Dies ist zum einen auf das weiterhin sinkende Zinsniveau auf dem Geldmarkt und zum anderen auf die geringere Inanspruchnahme von Krediten im Berichtsjahr zurückzuführen.

2300 - Produktbereich 01 Hauptamt (Amt 10)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	2.384.989,34	2.437.199	2.751.102,10	2.901.189	366.113
- Aufwendungen	15.154.503,86	18.153.707	19.614.829,13	20.150.183	4.460.325
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 12.769.514,52	- 15.716.508	- 16.863.727,03	- 17.248.994	- 4.094.212
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	207.868,52	206.365	217.092,20	218.892	9.224
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.709.645,96	1.450.307	1.610.171,72	1.537.496	- 99.474
= Ergebnis	- 14.271.291,96	- 16.960.450	- 18.256.806,55	- 18.567.598	- 3.985.514

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,986 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,366 Mio. EUR gestiegen. Die Steigerung bezieht sich im Wesentlichen auf Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,320 Mio. EUR sowie erhöhter Teilleistungen im Zuge der Postvorsortierung von insgesamt 0,080 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind ebenfalls um 4,460 Mio. EUR gestiegen. Hauptursächlich dafür sind die um 0,688 Mio. EUR höheren Personalaufwendungen sowie um 3,701 Mio. EUR gestiegene sonstige ordentliche Aufwendungen. Diese beziehen sich im Wesentlichen auf Aufwendungen für EDV-Software-Lizenzen in Höhe von 0,841 Mio. EUR und Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten von 2,720 Mio. EUR. In diesem Aufwandskonto werden die Leistungen der Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH (DU-IT) produktscharf und verursachungsgerecht abgebildet, da seit dem Haushaltsjahr 2019 kein zentraler Betriebskostenzuschuss mehr an die DU-IT (ehemals Geschäftsbereich 1690) entrichtet wird.

Zudem sind die Erträge aus verrechneten Leistungen um 0,009 Mio. EUR gestiegen und die Aufwendungen aus verrechneten Leistungen um 0,099 Mio. EUR gesunken, sodass sich insgesamt eine Verschlechterung des Teilergebnisses um 3,986 Mio. EUR ergibt.

3000 - Produktbereich 01 Rechtsamt (Amt 30)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	3.449.765,26	2.121.580	2.770.955,39	2.121.741	- 678.810
- Aufwendungen	11.233.086,08	10.938.730	8.629.298,24	8.200.772	- 2.603.788
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 7.783.320,82	- 8.817.150	- 5.858.342,85	- 6.079.031	1.924.978
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	27.165,00	27.165	27.165,00	32.140	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.574.056,12	1.374.218	1.424.577,91	1.439.390	- 149.478
= Ergebnis	- 9.330.211,94	- 10.164.203	- 7.255.755,76	- 7.486.281	2.074.456

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis verringerte sich der Zuschuss gegenüber 2018 um 2,074 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Minderung von 0,679 Mio. EUR zu verzeichnen. Die verringerte Ertragssituation ist vor allem auf verminderte Erträge aus privatrechtlichen Erstattungen von Gerichts- und Anwaltskosten von 0,426 Mio. EUR und aus Bußgeldern von 0,208 Mio. EUR zurückzuführen. Hinzu kommen Mindererträge aus der Auflösung von Rückstellungen für die Haftpflichtumlage an den Kommunalen Schadenausgleich westdeutscher Städte (KSA) von 0,362 Mio. EUR. Demgegenüber stehen Mehrerträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen von 0,261 Mio. EUR.

Die ordentlichen Erträge von 2,771 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 1,148 Mio. EUR (u. a. 0,685 Mio. EUR Bußgelder und 0,261 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen) sowie Erträge aus Kostenerstattungen von 1,620 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 2,604 Mio. EUR gesunken. Der Minderaufwand ist hauptsächlich durch verringerte Aufwendungen von 2,327 Mio. EUR für Schadensfälle (u. a. aufgrund des für die städtischen Mitarbeiter eingestellten Loveparade-Prozesses) und Aufwendungen für Prozess-, Gerichts- und Anwaltskosten von 0,324 Mio. EUR entstanden.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 8,629 Mio. EUR haben die Personalaufwendungen mit 4,043 Mio. EUR, die sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit 3,963 Mio. EUR (hauptsächlich 3,164 Mio. EUR Aufwendungen für Schadensfälle) und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 0,622 Mio. EUR.

3100 - Produktbereich 12, 13, 14, 16 Umweltamt (Amt 31)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	15.627.160,25	19.754.775	23.300.505,02	16.330.024	7.673.345
- Aufwendungen	41.484.272,46	43.501.000	43.087.323,90	41.242.384	1.603.051
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 25.857.112,21	- 23.746.225	- 19.786.818,88	- 24.912.360	6.070.294
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.043.643,47	530.950	627.086,95	550.202	- 416.556
= Ergebnis	- 26.900.755,68	- 24.277.175	- 20.413.905,83	- 24.462.562	6.486.850

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber 2018 um 6,487 Mio. EUR verringert.

Die ordentlichen Erträge von 23,301 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen sowie aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von insgesamt 2,371 Mio. EUR sowie aus privatrechtlichen Leistungsentgelten von insgesamt 5,925 Mio. EUR (u. a. 4,681 Mio. EUR privatrechtliche Benutzungsentgelte und 1,154 Mio. EUR Erträge aus Mieten und Pachten). Weiterhin sind sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 14,892 Mio. EUR zu verzeichnen.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Zunahme von 7,673 Mio. EUR zu erkennen. Die verbesserte Ertragssituation ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Sachkonten 239101 (Sonstige Sonderposten Baumschutz), 239102 (Sonstige Sonderposten Ökokonto) und 239103 (Sonstige Sonderposten Ausgleichszahlung Landschaftsgesetz) in Höhe von insgesamt 3,714 Mio. EUR ertragswirksam auf das Sachkonto 457100 (Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten) aufgelöst wurden. Ferner liegt ein Mehrertrag von 4,073 Mio. EUR in der Allgemeinen Investitionspauschale begründet, die der Stadt Duisburg von der Bezirksregierung Düsseldorf zur Verfügung gestellt wird. Diese wird zum Jahresende – seitens der Anlagenbuchhaltung – auf alle durchgeführten Investitionen der verschiedenen Fachbereiche für die Ersatzbeschaffung bei den Festwerten ertragswirksam aufgeteilt.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von 43,087 Mio. EUR haben mit 19,235 Mio. EUR die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (hauptsächlich 18,523 Mio. EUR Betriebskostenzahlung an WBD-AöR), die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 11,270 Mio. EUR (u. a. 6,346 Mio. EUR für die Ersatzbeschaffung von Festwerten für die Bewirtschaftung der Grünanlagen, 2,792 Mio. EUR für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens sowie 1,633 Mio. EUR für die Unterhaltung und Betrieb der Straßen, Wege und Plätze), die Transferaufwendungen mit 6,225 Mio. EUR und die Personalaufwendungen mit 4,050 Mio. EUR.

Die Aufwendungen haben sich im Vorjahresvergleich um 1,603 Mio. EUR erhöht. Der Mehraufwand fußt maßgeblich auf der Ersatzbeschaffung von Festwerten für die Bewirtschaftung der Grünanlagen, die gegenüber dem Vorjahr um 4,953 Mio. EUR gestiegen ist, z. B. für die Fördermaßnahme „Kantpark“ von ca. 2,400 Mio. EUR, für diverse KIDU-Maßnahmen von ca. 1,900 Mio. EUR und für die Erneuerung von Straßenbäumen von ca. 0,700 Mio. EUR. Demgegenüber stehen im Wesentlichen geringere Personalaufwendungen in Höhe von 3,519 Mio. EUR aufgrund der Umorganisation und Übertragung der Aufgaben auf das neue Amt für Baurecht und betrieblichen Umweltschutz.

3200 - Produktbereich 02 Bürger- und Ordnungsamt (Amt 32)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	26.865.183,57	27.048.400	29.710.389,77	27.328.935	2.845.206
- Aufwendungen	38.339.933,86	40.134.634	41.544.763,78	39.964.307	3.204.830
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 11.474.750,29	- 13.086.233	- 11.834.374,01	- 12.635.371	- 359.624
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	8.628.236,55	7.875.947	8.554.511,39	8.154.103	- 73.725
= Ergebnis	- 20.102.986,84	- 20.962.180	- 20.388.885,40	- 20.789.474	- 285.899

alle Angaben in EUR

Die Teilergebnisrechnung des Geschäftsbereiches 3200 „Bürger- und Ordnungsamt“ weist ein Jahresdefizit in Höhe von 20,389 Mio. EUR aus. Im Ergebnis hat sich der Zuschuss gegenüber dem Vorjahr um 0,286 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Jahresvergleich um 2,845 Mio. EUR gestiegen.

Innerhalb der einzelnen Ertragsarten kommt es im Vergleich zum Vorjahr zu verschiedenen Änderungen. Mehrerträge sind bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von insgesamt 0,601 Mio. EUR entstanden (z. B. Verwaltungsgebühren in den Produkten „Straßenverkehrsamt“ von 0,414 Mio. EUR und „Ausländerwesen“ von 0,205 Mio. EUR). Weiterhin ist bei den sonstigen ordentlichen Erträgen im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung von 2,243 Mio. EUR zu verzeichnen. Dieser resultiert u. a. aus Bußgeldern für den fließenden Verkehr und aus Verwarngeldern aus der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung sowie aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen.

Die Aufwendungen haben sich im Vorjahresvergleich um 3,205 Mio. EUR erhöht.

Den größten Anteil an den Aufwendungen in Höhe von 41,545 Mio. EUR haben mit 28,976 Mio. EUR die Personalaufwendungen und mit 10,734 Mio. EUR die sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Personalaufwendungen um 1,355 Mio. EUR und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 1,806 Mio. EUR (u. a. 0,531 Mio. EUR für den Bereich Außendienst und Verkehrsüberwachung).

3700 - Produktbereich 02 Feuerwehr (Amt 37)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	32.142.641,82	31.001.384	41.202.056,60	35.175.094	9.059.415
- Aufwendungen	70.764.811,75	80.162.461	79.211.392,79	83.297.678	8.446.581
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 38.622.169,93	- 49.161.077	- 38.009.336,19	- 48.122.585	612.834
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	20.720,04	20.720	20.720,04	20.720	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	35.581.385,20	28.627.184	33.098.346,23	29.878.983	- 2.483.039
= Ergebnis	- 74.182.835,09	- 77.767.541	- 71.086.962,38	- 77.980.848	3.095.873

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,096 Mio. EUR.

Gegenüber 2018 ist bei den Erträgen eine Steigerung von 9,059 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Mehrerträge sind im Wesentlichen auf höhere Erträge von 6,362 Mio. EUR aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Hinzu kommen privatrechtliche Erstattungen in Höhe von 3,451 Mio. EUR, die auf einer Vereinbarung bezüglich abwehrenden Brandschutzes und Hilfeleistungen mit einem Duisburger Unternehmen beruhen.

Die ordentlichen Erträge von 41,202 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte von 26,238 Mio. EUR (hauptsächlich Benutzungsgebühren von 26,237 Mio. EUR), Kostenerstattungen und -umlagen von 3,575 Mio. EUR sowie die sonstigen ordentlichen Erträge von 9,068 Mio. EUR.

Die Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,447 Mio. EUR erhöht. Der größte Anteil von insgesamt 7,184 Mio. EUR entfällt auf die Pflichtzuführung zu Pensionsrückstellungen für Beamte (5,841 Mio. EUR) und Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Beschäftigte (1,343 Mio. EUR). Zudem sind Mehraufwendungen von 0,443 Mio. EUR bei den Erstattungen an übrige Bereiche zu verzeichnen. Gründe hierfür sind Erhöhungen der jährlichen Erstattungsbeträge der in den Rettungs- und Krankentransportdienst eingebundenen Hilfsorganisationen und eine Nachzahlung für 2017/2018 an diese Organisationen.

Die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 79,211 Mio. EUR beinhalten hauptsächlich Personalaufwendungen von 55,686 Mio. EUR, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 15,135 Mio. EUR und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen von 6,016 Mio. EUR (u. a. Mieten und Betriebskosten an das IMD).

Die Erträge und Aufwendungen aus verrechneten Leistungen beeinflussen das Ergebnis mit einem saldierten Betrag von 2,483 Mio. EUR positiv.

4000 - Produktbereich 03 Amt für Schulische Bildung (Amt 40)					
	2018	2019		2020	Vergleich
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	Ergebnis zum VJ
+ Erträge	19.168.656,76	35.261.585	20.364.329,39	36.952.396	1.195.673
- Aufwendungen	147.406.961,24	156.673.790	152.930.225,32	162.466.964	5.523.264
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 128.238.304,48	- 121.412.205	- 132.565.895,93	- 125.514.568	- 4.327.591
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	- 509.979,67	- 715.952	- 489.142,33	- 1.043.312	20.837
= Ergebnis	- 127.728.324,81	- 120.696.253	- 132.076.753,60	- 124.471.256	- 4.348.429

alle Angaben in EUR

Im Ergebnis erhöhte sich der Zuschuss gegenüber 2018 um 4,348 Mio. EUR.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Erträgen eine Steigerung von 1,196 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Mehrerträge sind im Wesentlichen im Sachkonto „Zuweisungen vom Land“ in Höhe von 1,629 Mio. EUR entstanden (u. a. im Bereich Förderung des Landes für den „Offenen Ganztag“, im Bereich „Inklusion“ und im Projekt „Geld oder Stelle“). Diesen Mehrerträgen stehen Mindererträge bei den sonstigen ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,665 Mio. EUR gegenüber. Die Ursache hierfür liegt in den Erträgen aus der Anpassung von Festwerten im Jahr 2018, die im Berichtsjahr nicht angefallen sind.

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 20,364 Mio. EUR beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen von 12,936 Mio. EUR, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte von 3,288 Mio. EUR (u. a. Benutzungsgebühren) und sonstige ordentliche Erträge von 3,496 Mio. EUR (u. a. Erträge aus der Vereinnahmung der Investitionsförderung für Festwerte).

Die Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr von 5,523 Mio. EUR sind im Wesentlichen bei den Personalaufwendungen (1,020 Mio. EUR), bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 2,584 Mio. EUR (u. a. Erstattungen an übrige Bereiche von 1,418 Mio. EUR und Aufwendungen für die Ersatzbeschaffung von Festwerten für Möblierung und sonstige BGA von 0,732 Mio. EUR) entstanden. Hinzu kommen erhöhte Aufwendungen bei den Mieten und Betriebskosten in Höhe von insgesamt 1,148 Mio. EUR (u. a. 0,901 Mio. EUR aufgrund der Aufstellung von Containeranlagen als Schulräume) und Aufwendungen für die erstmalige Verteilung des bisher beim Hauptamt (Amt 10) veranschlagten Betriebskostenzuschusses an die Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH (DU-IT) in Höhe von 0,676 Mio. EUR.

Den größten Anteil an den Aufwendungen von insgesamt 152,930 Mio. EUR haben mit 104,797 Mio. EUR die Mieten und Betriebskosten für z. B. Schulgebäude.

5000 - Produktbereich 05, 10 Amt für Soziales und Wohnen (Amt 50)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	209.469.938,70	199.081.106	202.149.524,90	212.014.031	- 7.320.414
- Aufwendungen	434.283.157,24	451.886.667	432.015.695,27	466.223.152	- 2.267.462
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 224.813.218,54	- 252.805.561	- 229.866.170,37	- 254.209.121	- 5.052.952
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	9.882,22	13.214	10.116,97	6.026	235
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	8.607.613,38	7.331.702	7.443.427,41	6.749.925	- 1.164.186
= Ergebnis	- 233.410.949,70	- 260.124.050	- 237.299.480,81	- 260.953.020	- 3.888.531

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,889 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge von 202,150 Mio. EUR enthalten im Wesentlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 160,152 Mio. EUR. Dazu gehören u. a. Erstattungen des Bundes, des Landes, des Landschaftsverbandes Rheinland und anderer Gemeinden für die Sozialhilfe und den Asylbereich.

Im Vergleich zum Vorjahr sind Mindererträge in Höhe von 7,320 Mio. EUR zu verzeichnen, die u. a. aus sinkenden Asylbewerberzahlen resultieren.

Im Vorjahresvergleich sind die Aufwendungen ebenfalls um 2,267 Mio. EUR gesunken.

Die Aufwendungen von 432,016 Mio. EUR entfallen im Wesentlichen auf folgende Produkte:

Leistungen für Arbeitssuchende	194,469 Mio. EUR
Hilfen bei Pflegebedürftigkeit	77,098 Mio. EUR
Unterbringung Asylbewerber	25,535 Mio. EUR
Hilfen nach AsylbLG	18,859 Mio. EUR
Grundsicherung	54,581 Mio. EUR
Hilfe zum Lebensunterhalt	9,942 Mio. EUR
Hilfen für Menschen mit Behinderungen	13,898 Mio. EUR

Aufgrund der rückläufigen Asylbewerberzahlen verringerten sich die Aufwendungen für die Versorgung sowie für die Unterbringung der Asylbewerber um insgesamt 14,416 Mio. EUR.

Weiterhin sind im Bereich der Hilfen bei Pflegebedürftigkeit sowie der Grundsicherung die Aufwendungen um insgesamt 11,191 Mio. EUR gestiegen.

5100 - Produktbereich 06					
Jugendamt (Amt 51)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	123.168.596,14	133.827.260	133.562.992,43	148.704.907	10.394.396
- Aufwendungen	346.545.085,17	356.657.479	363.136.020,42	385.929.388	16.590.935
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 223.376.489,03	- 222.830.218	- 229.573.027,99	- 237.224.481	- 6.196.539
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	0,00	0	0,00	0	0
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	4.514.594,58	4.561.012	4.483.226,58	4.488.497	- 31.368
= Ergebnis	- 227.891.083,61	- 227.391.231	- 234.056.254,57	- 241.712.978	- 6.165.171

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,165 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vorjahresvergleich um 10,394 Mio. EUR gestiegen.

Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen aus dem Landeszuschuss zur Qualitätssicherung in Kindertageseinrichtungen in Höhe von 8,067 Mio. EUR und den höheren Erstattungen des Bundes- und Landesanteils im Bereich des Unterhaltsvorschusses in Höhe von 2,725 Mio. EUR. Hinzu kommen höhere Erträge aus Benutzungsgebühren im Bereich „Betreuung von Kindern in Einrichtungen und in Tagespflege“ durch die „U3/Ü3 Ausbauprogramme“ in Höhe von 0,876 Mio. EUR, aus Ansprüchen nach dem UVG in Höhe von 0,542 Mio. EUR und aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,826 Mio. EUR.

Gleichzeitig ergeben sich Mindererträge bei den Erstattungen des Landes für die „Unbegleiteten minderjährigen Ausländer“ in Höhe von 2,343 Mio. EUR und bei den Erträgen aus der Anpassung von Festwerten in Höhe von 0,509 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 16,591 Mio. EUR gestiegen und setzen sich u. a. wie folgt zusammen:

Die Aufwendungen für erzieherische Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,720 Mio. EUR. Hinzu kommen vermehrte Zuweisungen an die freien Träger und Tagespflegepersonen in Höhe von 5,754 Mio. EUR durch den kontinuierlichen Ausbau der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege und höhere Aufwendungen von 3,398 Mio. EUR beim Unterhaltsvorschuss aufgrund der Gesetzesänderungen aus dem Jahr 2017.

Die Personalaufwendungen stiegen um 4,303 Mio. EUR hauptsächlich aufgrund der tarifbedingten Entgelterhöhung für die tariflich Beschäftigten zum 01.04.2019. Zusätzlich sind höhere Aufwendungen durch die erstmalige Verteilung des bisher beim Hauptamt (Amt 10) veranschlagten Betriebskostenzuschusses an die Gesellschaft für Informationstechnologie Duisburg mbH (DU-IT) in Höhe von 0,818 Mio. EUR entstanden.

Im Gegenzug kam es aufgrund im Berichtsjahr fehlender Nachzahlungen aus Vorjahren für U3-Ausbaumaßnahmen zu niedrigeren Aufwendungen für Mietkosten für Fremdgebäude an das IMD in Höhe von 0,682 Mio. EUR.

6100 - Produktbereich 01, 09, 12 Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement (Amt 61)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	68.601.682,86	65.674.144	61.743.551,51	72.442.151	- 6.858.131
- Aufwendungen	136.619.068,35	140.939.226	138.319.771,60	142.688.254	1.700.703
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 68.017.385,49	- 75.265.083	- 76.576.220,09	- 70.246.103	- 8.558.834
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	1.132.016,27	1.694.250	1.592.234,67	74.803	460.218
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	2.144.204,91	2.204.824	2.145.627,96	2.068.086	1.423
= Ergebnis	- 69.029.574,13	- 75.775.656	- 77.129.613,38	- 72.239.386	- 8.100.039

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,100 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 6,858 Mio. EUR verringert. Sie betragen im Berichtsjahr 61,744 Mio. EUR und beziehen sich u. a. auf Erträge aus Zuwendungen (41,071 Mio. EUR), öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (10,438 Mio. EUR) und privatrechtlichen Leistungsentgelten (6,600 Mio. EUR).

Die Erzielung von relevanten Buchgewinnen in Höhe von insgesamt 3,284 Mio. EUR u. a. für den Verkauf von Grundstücken im Bereich der Mercatorstraße trug wesentlich zum positiven Ergebnis bei den Erträgen 2018 bei. Bei der KIDU-Maßnahme „Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik im gesamten Stadtgebiet Duisburg“ kam es in 2018 zu Erträgen von Zuwendungen in Höhe von 2,499 Mio. EUR. Es handelte sich in beiden Fällen um Einmaleffekte. Im Bereich Zuwendungen für die Städtebauförderung kam es im Vergleich zum Vorjahr zu niedrigeren Erträgen von 1,216 Mio. EUR. Grund war Verzögerungen bei zahlreichen Projektverläufen.

Die Aufwendungen in Höhe von insgesamt 138,320 Mio. EUR enthalten neben Abschreibungen (60,272 Mio. EUR) u. a. auch Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (45,545 Mio. EUR). Im Vorjahresvergleich sind die Aufwendungen um 1,701 Mio. EUR gestiegen. Wesentlicher Grund für die Erhöhung ist die Bildung von Rückstellungen u. a. für die Rückzahlung von Zuwendungen einschließlich Verzinsung im Bereich der Städtebauförderung von 4,643 Mio. EUR sowie für die Übernahme der Herstellungskosten einer Gleisverbindung auf der Rampe Bahnhofstraße von 1,082 Mio. EUR. Bei der Straßenentwässerung kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung in Höhe von 0,738 Mio. EUR. Die Kostensteigerung wurde von den WBD-AöR mit gestiegenen Gesamtkosten der Abwasserbeseitigung begründet.

Dagegen sind im Berichtsjahr Minderaufwendungen in Höhe von 4,372 Mio. EUR zu verzeichnen. In 2018 sind einmalig Aufwendungen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Grundstücks „The Curve“ am Innenhafen angefallen.

6200 - Produktbereich 09, 10, 12 Amt für Bodenordnung, Geomanagement und Kataster (Amt 62)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	7.061.393,96	5.208.418	3.420.428,93	7.682.149	- 3.640.965
- Aufwendungen	17.149.558,82	12.645.354	11.514.413,28	14.978.923	- 5.635.146
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 10.088.164,86	- 7.436.936	- 8.093.984,35	- 7.296.774	1.994.181
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	931.371,96	966.119	941.286,00	966.119	9.914
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	3.452.865,31	2.758.217	2.754.585,00	1.720.130	- 698.280
= Ergebnis	- 12.609.658,21	- 9.229.034	- 9.907.283,35	- 8.050.785	2.702.375

alle Angaben in EUR

Die Teilergebnisrechnung des Amtes für Bodenordnung, Geomanagement und Kataster weist ein Jahresdefizit in Höhe von 9,907 Mio. EUR aus. Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr infolgedessen um 2,702 Mio. EUR verringert.

Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf die Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsicht und unteren Denkmalbehörde zum 01.08.2018 auf das neue Amt für Baurecht und betrieblichen Umweltschutz (Amt 63) zurückzuführen.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,641 Mio. EUR gesunken. Grund hierfür sind im Wesentlichen Mindererträge im Bereich der Baugenehmigungs- und Bauabnahmegebühren in Höhe von insgesamt 2,873 Mio. EUR, bedingt durch die Übertragung dieser Aufgaben auf das Amt 63. Weiterhin sind die Erträge aus Zuschüssen von privaten Unternehmen durch den Verzicht auf die Entnahme aus der Thyssen-Spende für das Projekt „Grüngürtel Duisburg-Nord“ um 0,596 Mio. EUR gesunken.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich ebenfalls um 5,635 Mio. EUR gesunken. Die Minderaufwendungen sind hauptsächlich auf die Umorganisation und Übertragung der Aufgaben auf das Amt 63 im Bereich der Personalaufwendungen in Höhe von 5,401 Mio. EUR zurückzuführen.

Die Erträge und Aufwendungen aus verrechneten Leistungen beeinflussen das Ergebnis mit einem saldierten Betrag von 0,708 Mio. EUR positiv.

9000 - Produktbereich 01, 02, 15 Amt für bezirkliche Angelegenheiten (Amt 90)					
	2018	2019		2020	Vergleich Ergebnis zum VJ
	Ergebnis	fort. Ansatz	Ergebnis	Ansatz	
+ Erträge	76.770,99	49.365	387.367,91	50.939	310.597
- Aufwendungen	8.830.181,98	9.043.790	10.314.834,42	10.075.058	1.484.652
= Ergebnis vor Leistungsverrechnung	- 8.753.410,99	- 8.994.425	- 9.927.466,51	- 10.024.119	- 1.174.055
+ Erträge aus verrechneten Leistungen	4.885.482,13	4.634.660	5.328.134,00	5.404.034	442.652
- Aufwendungen aus verrechneten Leistungen	1.318.219,03	984.472	1.477.152,29	1.196.833	158.933
= Ergebnis	- 5.186.147,89	- 5.344.237	- 6.076.484,80	- 5.816.918	- 890.336

alle Angaben in EUR

Der Zuschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,890 Mio. EUR erhöht.

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,311 Mio. EUR gestiegen. Grund hierfür sind im Wesentlichen Mehrerträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen von 0,312 Mio. EUR.

Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1,485 Mio. EUR gestiegen. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf gestiegene Personalaufwendungen in Höhe von 1,132 Mio. EUR zurückzuführen. Diese Steigerung ist im Wesentlichen in der Besoldungserhöhung für die Beamten zum 01.01.2019 und der Entgelterhöhung für die tariflich Beschäftigten zum 01.04.2019 sowie den Beförderungen begründet.

Die Erträge und Aufwendungen aus verrechneten Leistungen beeinflussen das Ergebnis mit einem saldierten Betrag von 0,284 Mio. EUR positiv.